

Preußische Allgemeine



Nr. 42 · 18. Oktober 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Die Wiederkehr des Schrecklichen

Wie die Welt in den Bann einer neuen nuklearen Bedrohung gerät Seite 2



Verbrechen Vor 80 Jahren fiel die Rote Armee in Nemmersdorf ein Seite 11



Empfang 200 Jahre im Dienste pommerscher Geschichte Seite 19

FOTOS: PABLUCKINWEL/MCPHOTO/M. GANN/MCPHOTO/M. GANN; PHOTOARCHIV FÜR ZEITGESCHICHTE, DR. I. GARBE

VON RENÉ NEHRING

INNENPOLITIK

Es ist merkwürdig still im Land der Ampel. Herrschte im September noch große Aufregung ob der Ergebnisse der Landtagswahlen im Osten der Republik, so sind dieser Tage aus allen Richtungen deutlich leisere Töne zu vernehmen. Gehen etwa den führenden Protagonisten des Politikbetriebs nur wenige Wochen nach der Sommerpause schon wieder die Kräfte aus? Können die Parteien ihre eigenen Phrasen nicht mehr ertragen? Oder ist die augenblickliche Stille nur die sprichwörtliche Ruhe vor dem großen Sturm, der spätestens mit der Neuwahl des Bundestags in einem Jahr, vielleicht aber auch schon durch ein Platzen der jetzigen Bundesregierung im November über das Land hereinbricht?

Fakt ist: Trotz der Ruhe sind Deutschlands Parteien keineswegs untätig. So verabschiedete die Kanzlerpartei SPD auf einer Klausurtagung ein Strategiepapier, in dem sie unter anderem für eine Anhebung des Mindestlohns, diverse Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von E-Autos und zur Senkung der Energiekosten sowie für eine Aufweichung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse plädiert. Was sich wie ein alter Hut anhört, ist auch einer. Es dauerte nicht lange, bis Kommentatoren die Genossen darauf hinwiesen, dass ihre aktuellen Pläne auffallend dem ähnelten, was sie sich bereits vor vier Jahren vorgenommen hatten.

Auch die Ampelpartner der Sozialdemokraten stimmen sich allmählich auf den kommenden Wahlkampf ein. Bei den Grünen, die bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg böse Klatschen bekamen und anschließend sogar den Parteivorstand verloren, scheint klar, dass sie mit Vizekanzler Robert Habeck als Spitzenmann ins Rennen gehen werden. Dass jener sich vor wenigen Tagen in einem Podcast zufrieden mit seiner bisherigen Arbeit als Minis-

Deutschland erlebt Tage der Ruhe vor dem großen Sturm

Nach den Wahlen im Osten bereiten sich die Parteien allmählich auf die nächste Bundestagswahl vor. Dabei werden sie alle von alten Problemen eingeholt

ter für Wirtschaft und Klimaschutz zeigte und stolz erklärte, er habe so viele Gesetze und Verordnungen umgesetzt wie kein anderer Wirtschaftsminister vor ihm, dürften die meisten Wähler angesichts des historischen Niedergangs der einheimischen Wirtschaft in den letzten Jahren jedoch kaum als eine Verheißung sehen.

Der FDP hingegen ist dieser Niedergang durchaus bewusst. Zumindest deuten jüngste Pläne von Finanzminister Christian Lindner an, dass er die Arbeitnehmer in den nächsten Jahren durch Steuersenkungen und die Anhebung des Kindergeldes deutlich entlasten will. Ob die Wähler dadurch vergessen, dass die Liberalen seit ihrem Eintritt in die Ampelkoalition jeden Unsinn vom Wärmepumpenzwang über den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie bis hin zum Gleichstellungsgesetz – das den Bürgern ermöglicht, einmal im Jahr ihr Geschlecht zu ändern – mitgetragen haben?

Die Personalien stehen, vieles andere ist nicht geklärt

CDU und CSU hatten bereits vor einigen Wochen mit ihren Vorbereitungen auf die nächste Bundestagswahl begonnen und dabei mit der Einigung auf den gemeinsamen Kanzlerkandidaten Friedrich Merz ein potientes Streitthema aus dem Weg geräumt. Zudem hat sich die CDU unlängst ein neues Grundsatzprogramm gegeben, sodass sie glaubhaft verkünden

kann, heute eine andere politische Kraft zu sein als zu Zeiten Angela Merkels. Dennoch vermittelt die Union keinerlei Aufbruchstimmung. Zwar ist sie in Umfragen regelmäßig so stark wie die Ampelparteien zusammen, doch fehlt ihr für einen echten Politikwechsel ein angemessener Partner. Mit ihrer Brandmauerrhetorik haben sich Christdemokraten und Christsoziale nach links und rechts eingeeengt, sodass schon jetzt zu erahnen ist, dass die Veränderungen unter einem Unions-Kanzler nur geringfügig ausfallen dürften. Dass jüngste Umfragen einer schwarz-roten Koalition eine stabile Mehrheit bescheinigen, dürfte viele Wähler zudem an die Ära Merkel erinnern, als Union und SPD zwölf von 16 Jahren gemeinsam regierten und das stete Anwachsen des Protestpotentials links und rechts erst ermöglichten.

In der AfD indes, die im Osten der Republik ganze Regionen für sich gewinnen konnte, dürfte nach den Jubeltagen des Septembers allmählich die Erkenntnis greifen, dass sie noch immer keinerlei Perspektive hat, über unser Land nicht nur zu reden, sondern auch dessen Schicksal zu gestalten. Zwar hat sich das Spitzenduo aus Alice Weidel und Tino Chrupalla darauf geeinigt, mit Weidel als Kanzlerkandidatin in die kommende Bundestagswahl zu ziehen, doch bekommen die Anhänger der „Alternative“ in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gerade aufgezeigt, dass ihre Partei selbst bei ei-

nem Wahlergebnis von über dreißig Prozent keine aktive Rolle spielt. Und noch immer ist nicht im Ansatz erkennbar, mit welchen Angeboten die AfD ihre etablierten Wettbewerber davon überzeugen könnte, mit ihr vielleicht doch irgendwann ein Bündnis einzugehen.

Ähnlich ergeht es auch den Neulingen vom BSW. Zwar werden der Sahra-Wagenknecht-Partei gegenüber mangels Alternativen die Brandmauern still und leise abgetragen, doch zeigt sich schon jetzt, bei den Koalitionsverhandlungen nach den Landtagswahlen, dass das BSW bei Übernahme von Regierungsverantwortung schnell manch unangenehme Kröte schlucken werden muss, was ihrem Ruf als frische politische Kraft zweifellos schaden dürfte. Dies belegt auch eine aktuelle Insa-Umfrage, der zufolge die Neulinge in der Sonntagsfrage einen Verlust von zwei Prozentpunkten hinnehmen müssen und bundesweit bei nur noch acht Prozent der Wählerstimmen stehen.

Nochmal zurück zur Ampel: Vor wenigen Tagen meldete die „Welt“, dass die Bundesministerien in den vergangenen Jahren ihr Personal um fast fünfzig Prozent aufgestockt haben. Und zwar vor allem in den oberen Besoldungsgruppen. Insofern können die gegenwärtigen Regierungsparteien im kommenden Wahlkampf zwar nicht behaupten, sonderlich viel für das Land erreicht zu haben – aber immerhin einiges für die eigenen Leute.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Brandenburgs abgewählte Grüne erhalten einen satten finanziellen Nachschlag Seite 5

Kultur

Impressionen von der 60. Biennale in der Lagunenstadt Venedig Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Brandenburg entdeckten Forscher die Grabplatte Günther von Hohensteins Seite 13

Lebensstil

Zu Besuch in Ostfriesland – wo mehr Tee getrunken wird als bei den Briten Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 42
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Aufrüstung In der Folge der Verwerfungen der letzten Jahre investieren die einstigen Kontrahenten des Kalten Krieges abermals in umfangreiche nukleare Arsenale

Die wachsende Gefahr eines Atomkriegs

Zum wiederholten Male droht Russlands Präsident Putin dem Westen mit dem Einsatz von Kernwaffen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die russische Nukleardoktrin von 2020 sah erstmals den Einsatz von Atomwaffen als Reaktion auf einen Angriff mit konventionellen Waffen vor, sofern dieser die Existenz des russischen Staates bedrohe. Angesichts dessen forderte der Putin-Vertraute und frühere Präsident des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Sergei Karaganow, am 12. September 2024 nukleare Präventivschläge gegen die NATO, wenn diese der Ukraine gestatte, die vom Westen gelieferten Langstreckenwaffen gegen Russland einzusetzen. Darüber hinaus urteilte er: „Die derzeitige Nukleardoktrin erfüllt die Funktion der Abschreckung nicht“, denn sie lasse den Gegner immer noch fälschlich glauben, „dass wir Atomwaffen unter fast keinen Umständen einsetzen werden“.

Acht Tage später appellierte das EU-Parlament an die Regierungen der Länder der Europäischen Union, die Beschränkungen bezüglich der ukrainischen Angriffe auf Russland mit westlichen Waffensystemen aufzuheben. Daraufhin schrieb der Vorsitzende der Moskauer Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, welcher neuerdings als möglicher Nachfolger von Präsident Wladimir Putin gehandelt wird, auf der Social-Media-Plattform Telegram: „Was das Europäische Parlament fordert, führt zu einem Weltkrieg mit Atomwaffen ... Zur Information: Die Flugzeit der Sarmat-Rakete nach Straßburg beträgt drei Minuten 20 Sekunden.“ Und Putin selbst setzte hinzu: Wenn die EU-Regierungen der Aufforderung des EU-Parlaments tatsächlich folgten, würde das bedeuten, „dass sich die NATO-Länder, die USA und die europäischen Länder im Krieg mit Russland befinden“.

Atomare Drohungen

Am 25. September wiederum übertrug das russische Fernsehen eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, in der Putin eine vierminütige Erklärung abgab, mit der er die bevorstehende Anpassung der Szenarien für einen möglichen Einsatz von Kernwaffen ankündigte. Im Detail sagte der Staatspräsident, dass künftig jegliche „Aggression gegen Russland durch einen Nicht-Kernwaffenstaat, aber mit Beteiligung oder Unterstützung eines Kernwaf-

fenstaates, als gemeinsamer Angriff auf die Russische Föderation betrachtet“ werde, was „den Übergang Russlands zum Einsatz von Kernwaffen“ nach sich ziehen könne. Dies gelte auch und gerade für „massive“ gegnerische Attacken unter Verwendung von „strategischen und taktischen Flugzeugen, Marschflugkörpern, Drohnen, Hyperschall- und anderen Flugzeugen“. Ebenso drohte Putin mit Atomschlägen für den Fall solcher Angriffe auf das verbündete Weißrussland.

Medwedews Gepolter

Unmittelbar nach dem Staatspräsidenten meldete sich dann der Stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, auf die für ihn typische polternde Weise zu Wort: Die Änderung der russischen Atomwaffendoktrin ziele keineswegs nur gegen „das verkommene Neonazi-Regime“ in der Ukraine, sondern gegen „alle Feinde Russlands, die die Welt in eine nukleare Katastrophe treiben wollen“.

Gleichermaßen signalisierte das russische Staatsfernsehen Zustimmung, indem es am 29. September einen wöchentlichen Nachrichtenüberblick ausstrahlte, in dem es unter anderem hieß: Wenn die Ukraine tatsächlich Ziele tief im Inneren Russlands mit den von Großbritannien gelieferten Storm-Shadow-Marschflugkörpern angreife, „dann werden militärische Einrichtungen in Großbritannien ... auch ein legitimes Ziel für unsere Hyperschall-Kinschal-Raketen. Und die könnten sowohl mit einem konventionellen als auch mit einem nuklearen Sprengkopf bestückt werden. Provoziert es nicht ... Sagt später nicht, dass man Euch nicht gewarnt hätte. Und es wäre schön, wenn London sich daran erinnern würde, dass die britischen Inseln überhaupt kein Raketenabwehrsystem haben. Gar keins.“

Danach hieß es weiter: „Die Entscheidung über eine nukleare Reaktion wird von einer Person getroffen werden, nämlich von Wladimir Putin. Und der russische Präsident wurde bereits so sehr vom

Westen provoziert, dass er es irgendwann satthaben könnte.“

Atomgeheimnisse gelüftet

Tatsächlich verfügt Russland gegenwärtig über alle Möglichkeiten, derartige Drohungen wahr zu machen. Darüber hinaus existieren Anzeichen für einen weiteren Ausbau des nuklearen Arsenal. So fand das RCAST Open Laboratory for Emergence Strategies (ROLES) der Universität Tokio bei der Auswertung von Satellitenaufnahmen deutliche Hinweise auf die Vorbereitung eines unterirdischen Atomtests im Bereich des alten Testgeländes auf der Insel Nowaja Semlja im hohen Norden Russlands. Dazu zählen umfangreiche Erdarbeiten und die Ankunft von großen Transportschiffen beziehungsweise Flugzeugen der Atomenergieagentur Rosatom. Gleichzeitig läuft nun offenbar die Stationierung eines völlig neuartigen, nuklear angetriebenen und bewaffneten Marschflugkörpers vom Typ „Burewestnik“ an.

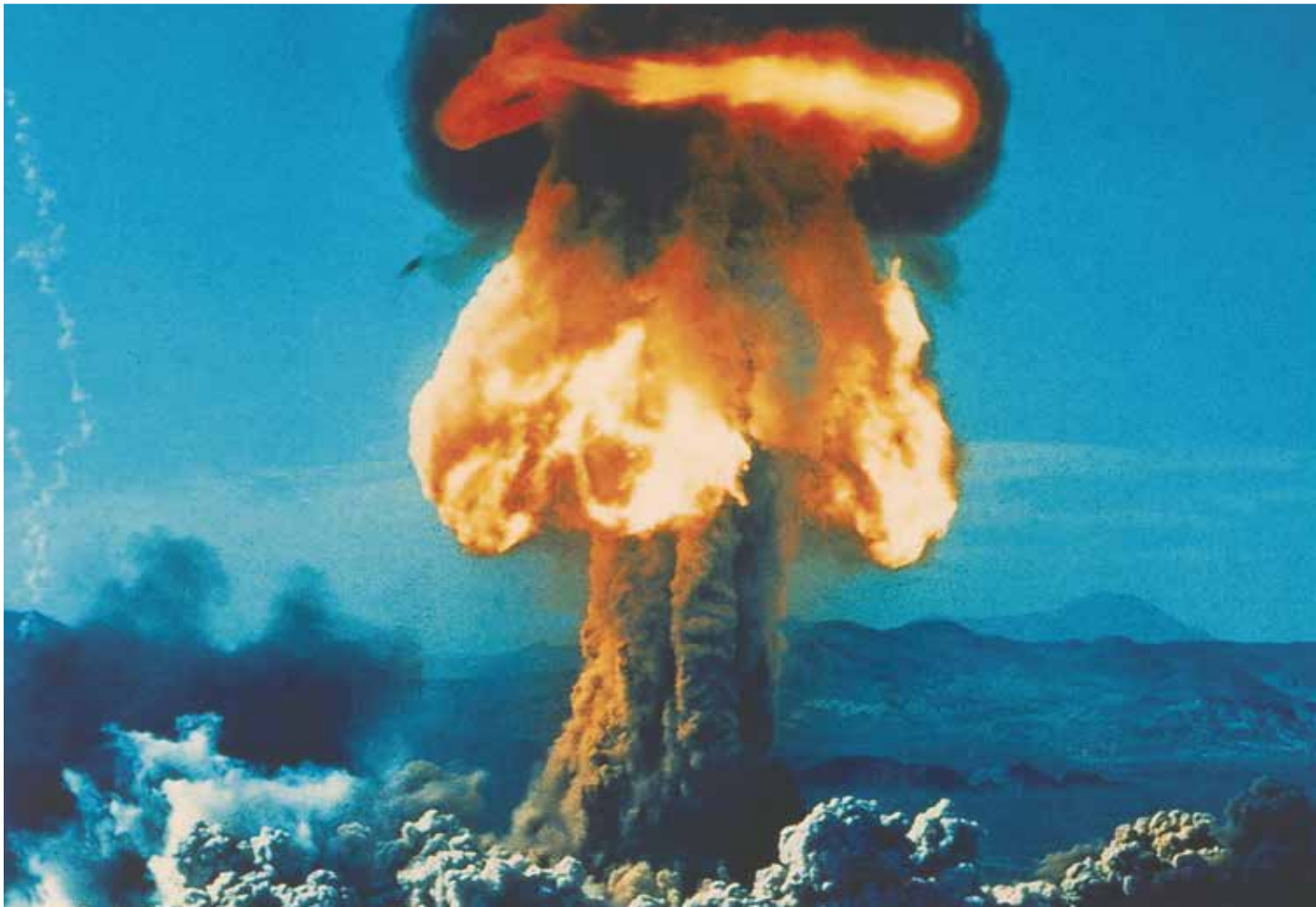


FOTO: PICTURE ALLIANCE / ULLSTEIN BILD - ULLSTEIN BILD | ULLSTEIN BILD

Wiederkehr des Schrecklichen: Symbolbild eines undatierten Atomtest in der Wüste Nevadas (USA) 14 Sekunden nach Zündung

MORBIDE PLANSPIELE

Vernichtender Nuklearschlag – und dann?

US-Forschungen zum „Tag danach“ – Berechnungen der Folgen für Umwelt und Landwirtschaft durch Radioaktivität

Das Engineer Research and Development Center (ERDC) in Vicksburg im US-Bundesstaat Mississippi ist die Forschungsabteilung des US Army Corps of Engineers, dessen Aufgabe darin besteht, „öffentliche und militärische Ingenieurdienstleistungen in Krieg und Frieden zu erbringen und die Risiken durch Katastrophen zu reduzieren“. Am 10. September schrieb das ERDC einen mit 34 Millionen US-Dollar dotierten Auftrag mit der Nummer IAW FAR 13.106-1(b)(1) aus, der nur zwei Tage später an das Unternehmen Terra Analytics in Boulder (Colorado) ging. Dieses soll nun umgehend „aktive Forschungsprogramme“ in Angriff nehmen, „die sich auf die Modellierung der

Auswirkungen des Einsatzes von Atomwaffen auf die Umwelt beziehungsweise auf landwirtschaftliche Systeme konzentrieren“. In diesem Zusammenhang geht es insbesondere auch um die Optimierung der Softwareplattform AgriShock, welche bei derartigen Prognosen und Simulationen zur Anwendung kommt.

In den Ausschreibungsunterlagen wurde zunächst darauf verwiesen, dass der Auftragnehmer „Lösungen bereitstellen soll, die für die Durchführung von Studien erforderlich sind, welche die Modellierung einer nuklearen Kriegsführung auf globaler Ebene zum Ziel haben, die zur Zerstörung landwirtschaftlicher Systeme wie beispielsweise landwirtschaftlicher

Betriebe führen würde“. Darüber hinaus verlangte das ERDC aber auch, „die geographische Abdeckung von AgriShock auf die Länder des ehemaligen Ostblocks einzugrenzen und den Softwarecode auf DoD TS/SCI-Level ERDC-Supercomputing-Ressourcen zu implementieren“. Das heißt im Klartext: Die Dienststelle der US-Armee plant wohl umfangreiche Berechnungen zu den ökologischen Folgen eines Atomkrieges in Mittel- und Osteuropa.

Der Punkt Zwei der Ausschreibung fordert dann zusätzlich noch die Aktualisierung des „AgriShock-Softwarecodes auf Regionen außerhalb von Osteuropa und Westrussland“. Desgleichen will das ERDC, dass der Auftragnehmer AgriShock

Dargestellt werden soll eine radioaktive Kontamination größerer Gebiete – auch ohne Zündung von Kernwaffen

AgriShock ist eine Softwareplattform zur Modellierung und Simulation bestimmter Szenarien

so modifiziert, dass es „die Art und Weise darstellt, wie ein nicht-destruktives nukleares Ereignis abläuft“. Damit ist höchstwahrscheinlich die radioaktive Kontamination größerer Gebiete gemeint, die auch ohne die Zündung von Kernwaffen erfolgen kann, beispielsweise bei nuklearem Terrorismus oder Havarien in Kernkraftwerken.

In erster Linie geht es dem ERDC aber ganz offensichtlich um Planspiele und Kalkulationen rund um einen Atomkrieg in Europa, wobei der geographische Schwerpunkt eher in der Mitte und dem Osten des Kontinents liegt, wo der Ukraine-Krieg seine furchtbaren Schatten über die Region wirft. W.K.

Antisemitismus – die neue Normalität

Juden haben wieder Angst in Deutschland. Auf den Straßen droht ihnen Schimpf und Gewalt, von Politik und Medien erfahren sie Heuchelei sowie subtile Verächtlichmachung. Und das alles aus Kreisen, die bislang vorgaben, auf ihrer Seite zu sein

VON HOLGER FUSS

Er ist wieder da. Vier Worte von schauerlicher Suggestivität. Sie könnten als Werbeslogan dienen für die Fortsetzung einer Slasher-Filmreihe. Der Schriftsteller Timur Vermes hatte vor zwölf Jahren sein Romandebüt so betitelt, eine gallige Satire über die imaginäre Wiederkehr Adolf Hitlers im Berlin des Jahres 2011. Heute kommen einem die Worte erneut in den Sinn: Er ist wieder da. Doch diesmal ist es nicht Hitler, sondern der Judenhass, der zurückkehrt nach Deutschland und Europa im Jahre 2024.

Der österreichische Publizist Peter Sichrovsky hat die Lage prägnant formuliert: „Nach dem Schock des Holocaust gab es ein paar Jahrzehnte, in denen es uns Juden in Österreich sehr gut ging. Und plötzlich, seit dem 7. Oktober, sind diese Ratten, die sich versteckt haben und die ruhig waren, aus ihren Löchern herausgekommen und haben sich gedacht: Jetzt dürfen wir wieder!“ – und forderte ihn so, als ob das Wochenende vorbei ist und es hat der Montag wieder begonnen.“

Ein rabenschwarzer Montag. In Deutschland wie in Österreich und in vielen anderen westlichen Gesellschaften mehren sich die Attacken auf jüdische Menschen. Erst kürzlich stellte der jüdische Fußballverein TuS Makkabi Berlin seinen Spielbetrieb ein – aufgrund des Krieges im Nahen Osten könne der Club die Sicherheit seiner jüdischen Sportler nicht mehr garantieren. In Berlin-Mitte stieg ein Jude mit Kippa in ein Taxi, der Fahrer fragte: „Sind Sie Jude?“ – und forderte ihn auf, wieder auszusteigen. In München wurde ein jüdischer Mann an Krücken vor einer Synagoge von zwei 17-Jährigen als „Scheißjude“ beschimpft und verprügelt.

Man könnte derlei Vorkommnisse schier endlos aufzählen, täglich kommen neue hinzu. Juden werden körperlich angegriffen, bedroht, verunglimpft, sie müssen auf Häuserwänden Hakenkreuzschmierereien erblicken und Davidsterne in blutigroter Farbe sowie NS-Parolen und „Fuck Israel“, geschrieben mit zwei SS-Runen. Für jüdische Menschen ist der öffentliche Raum zu einem Speißrutenlauf geworden. Was wir alle erleben, ist die Kapitulation des zivilisierten Umgangs miteinander vor der Vergesindelung unseres Landes.

Das neue Gesicht des Judenhasses

Der Antisemitismus frisst sich derzeit durch unser Gemeinwesen wie Erosion durchs Metall – aber nicht nur, weil die üblichen Verdächtigen am Werke sind. Alte und neonazistische Narren, die ihr intellektuelles Zukurzgekommen sein seit jeher an den traditionell intelligenteren Juden abreagieren. Zu ihnen gesellen sich stumpfstirnige Linke, die ihren rotbepinselten Faschismus durch antizionistischen Zynismus zum Ausdruck bringen. Als Dritter im Bunde treten unsere muslimischen Mitbewohner hinzu, die im nordafrikanischen Gürtel von Maghreb und Arabien strukturell antijüdisch sozialisiert wurden und deren Hass in den Parallelwelten unserer Vielfaltsrepublik einen warmen Schoß findet, um weiter bebrütet zu werden. Wohl gemerkt: Adolf Hitler wird in vielen islamischen Ländern als großer deutscher Staatsmann bewundert.

Zur neuen Normalität in Deutschland wird der Antisemitismus jedoch nicht durch diesen Pöbel auf den Straßen, sondern vor allem auch durch eine Armada von Heuchlern in den feinen Amtsstuben von Politik und Medien. Während das Kanzlerwort „Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz“ offiziös die Runde macht, nistet zwischen den Zeilen eine enthemmte Dämonisierung Israels und der Regierung Netanjahu. Anfang der Woche verstieg sich „Spiegel On-



Brutstätte eines neuen Antisemitismus: Deutschlands Hochschulen, in denen – wie hier an der Freien Universität Berlin – unter dem Schlagwort der Solidarität mit Palästina offen Judenhass geschürt wird
Foto:pa/dpa/Gollnow

line“ zu der Behauptung, Israel habe „eine Kriegserklärung an die Weltordnung“ ausgesprochen. Mehr Herabsetzung eines winzigen Landes an der Mittelmeerküste, das sich dem Terror und kriegerischer Angriffe von Gaza bis Iran ausgesetzt sieht, geht kaum.

Von „Israels zusehends schrankenloser Kriegsführung“, ist weiter zu lesen, und dass das israelische Parlament im Begriff ist, „das Palästinenserhilfswerk UNRWA zur Terrororganisation zu erklären. Auf einer Ebene mit Hamas.“ Warum die Knesset diesen Schritt diskutiert, wird unterschlagen: Am 7. Oktober 2023, dem schwarzen Sabbat, waren auch Mitarbeiter des UN-Hilfswerks an den Terrormassakern beteiligt. Rund 100 Namen von UNRWA-Angestellten stehen auf einer Liste, die Israel dem Chef der UN-Unterorganisation, Philippe Lazzarini, übergab. Seit 75 Jahren ist die UNRWA in den Palästinensergebieten tätig, wie überall in Gaza ist die Hamas auch in das Hilfswerk eingesickert und hat es korrumpiert. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft forderte im Sommer einen „schnellen Ausstieg aus der Finanzierung des palästinensischen Sonderflüchtlingswerks UNRWA für die Nachfahren palästinensischer Flüchtlinge“. Die Bundesregierung finanziert das Hilfswerk unverdrossen weiter.

Relativierung auf allen Kanälen

Zum Jahrestag des Hamas-Massakers am 7. Oktober brachte das ZDF ein Spezial „Gedenken in Israel“. Darin durfte die Politikwissenschaftlerin Dalal Erekat aus Ramallah minutenlang den Massenmord an mehr als 1200 Menschen klein- und die Hamas schönreden: „Ich glaube nicht, dass die Palästinenser als menschliche Schilde benutzt werden. Die israelische Militärmaschinerie zielt auf Zivilisten ab und will sie umbringen.“

Anschließend widersprach der Studioleiter Tel Aviv, Michael Beyer, zunächst dem Schwadronieren Erekat, um dann seinerseits unverzüglich zu beklagen, dass Israel beim Angriff auf die Hamas „wenig bis gar nicht Rücksicht“ nimmt „auf die Zivilbevölkerung“. So etwas sendet das ZDF an je-

nem Tag, da Israel um seine Toten trauerte und um seine Geiseln bangte.

Und so geht das dauernd. Wann immer wir öffentlich-rechtliche Nachrichten einschalten und Talkshows schauen, erreicht uns ein stetes Rinnsal niederträchtiger Narrative. Mal heißt es, Netanjahu wolle den Krieg hinauszögern, weil er hernach seine Abwahl fürchtet oder gar, vor Gericht gestellt zu werden. Mal heißt es, Israel verweigere einen Waffenstillstand, damit die Geiseln freikommen könnten. Der Gedanke, dass die Hamas die Geiseln freilassen könnte, damit ein Waffenstillstand möglich würde, bleibt unerwähnt. Wie auch, dass der Deal, den Israel verweigert, die Freilassung palästinensischer Häftlinge aus israelischen Gefängnissen beinhaltet. Wie verrückt wäre es, Terroristen zu entlassen, damit sie anschließend wieder Juden töten können? Zuweilen heißt es auch, Netanjahu sei gegen eine Zwei-Staaten-Lösung. Aber wer will schon seine erbitterten Todfeinde auf diesem schmalen Küstenstreifen als staatliche Ordnung institutionalisieren?

Den Vogel schießt jedoch eine gewisse Kristin Helberg ab, Ehefrau eines syrischen Arztes, Journalistin und dem Publikum besser bekannt als Talkshow-Dauergast, wenn es um Nahost geht. Helberg hat das Israel-Bashing zur antisemitischen Kunstform entwickelt. Sie brachte es bei „Markus Lanz“ fertig, die Propagandalüge vom Genozid, den Israel angeblich in Gaza verübt, juristisch sattelfest vorzutragen. Und das geht so: Natürlich habe Israel ein Recht auf Selbstverteidigung, aber nur im Rahmen des Völkerrechts, und die These vom Genozid werde in Fachkreisen diskutiert, deshalb sollten wir darüber sprechen, sie wolle sich die These auch nicht zu eigen machen. Hauptsache, irgendetwas von Genozid bleibt beim Publikum hängen. Feinster Denunziantensprech und infame Täter-Opfer-Umkehr.

Grüner Israel-Boykott

Ähnlich bösartig geht es zu auf dem Berliner Politparkett. Jetzt kam heraus, wer seit März

Zur neuen Normalität in Deutschland wird der Antisemitismus jedoch nicht durch den Pöbel auf den Straßen, sondern vor allem durch eine Armada von Heuchlern in den feinen Amtsstuben von Politik und Medien

die Waffenlieferungen an den jüdischen Staat blockierte: Robert Habeck und Annalena Baerbock. Erst als Friedrich Merz im Bundestag den Kanzler fragte: „Was sind Ihre Solidaritätsbekundungen für den Staat Israel eigentlich wert?“ – da kündigte Scholz weitere Waffenlieferungen an.

Eine seltsame Tonalität durchzieht linke Parteien, wenn es um Juden geht. Fast so, als dächten sie bei sich: Antisemitismus mögen wir nicht, Juden aber auch nicht, Muslime sind uns sehr viel lieber. Auf dem jüngsten Parteitag der Berliner Linkspartei überwarfen sich die Delegierten anlässlich eines Antrags, die linken Antisemitismus kritisierte. Die Streitlinie verlief entlang der Frage, welche wissenschaftliche Antisemitismus-Definition zu gelten habe. Auch dies gehört zur neuen Normalität der Judenverachtung: Antisemiten etikettieren ihre Abneigung gegenüber Juden solange um, bis sie mit sauberer Weste dastehen.

Oder sie machen es wie Lisa Paus. Die grüne Bundesfamilienministerin postete: „Wir gedenken heute der Opfer und der Geiseln seit dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Die Zahl der antisemitischen und antimuslimischen Vorfälle ist auch in Deutschland seitdem massiv gestiegen.“ Zack! Im Handstreich relativiert, Täter und Opfer gleichgestellt. Oder sie machen es wie Alfonso Pantisano, Berlins Queer-Beauftragter und Spross italienischer Einwanderer, der just am 7. Oktober nicht nur Kevin Kühnerts Kritik an der grassierenden Homophobie unter Muslimen widersprach, sondern sich auf Instagram mit einer Kufiya, dem sogenannten Palästinenser-Schal, präsentierte. Zack! Es war der Gedenktag, da Israel um seine Toten trauerte und um seine Geiseln bangte.

Was Deutschland von seinen Juden hat

Es geht aber auch anders. Am selben Tag veröffentlichte der Chef des Medienhauses „Axel Springer“, Mathias Döpfner, ein Plädoyer für eine Neuregelung zur bevorzugten Einbürgerung jüdischer Einwanderer. Angesichts der beschämenden Gegenwartslage setzte er einen patriotischen Impuls und rief „das Deutschland der deutsch-jüdischen Symbiose, der kulturellen und wirtschaftlichen Blüte zwischen 1871 und 1933“ in Erinnerung, „das beste Deutschland, das es je gab“, obschon auch damals voller antijüdischer Ressentiments.

Und doch ist Döpfners Gedankenspiel nicht ohne Charme: „Wenn Mecklenburg-Vorpommern – ein Bundesland so groß wie Israel – ab morgen zum bevorzugten Einwanderungsgebiet für jüdische Migranten würde, hätten wir dort in zehn Jahren die besten deutschen Universitäten, die größte Dichte von Start-ups, die geringste Arbeitslosigkeit und das höchste Pro-Kopf-Einkommen.“ Ungefähr so sahen die Pläne für den Gazastreifen nach dem Abzug der Israelis 2005 aus: eine mediterrane Schweiz, ein palästinensisches Singapur, Investoren waren in den Startlöchern. Heraus kam die Willkürherrschaft der Hamas, eine Wüstenei aus Wut und Gewalt. Die Juden machen im Nahen Osten den Unterschied aus und verdeutlichen, dass Kulturen eben doch von verschiedenartiger Beschaffenheit sind. Deshalb sind sie allenthalben so verachtet.

Und so könnten sich gerade in diesen Tagen auch die nichtjüdischen Deutschen von den Juden einiges abschauen: etwa den Leistungswillen zur Exzellenz, die Ehrfurcht vor dem Lernen und den Lesehunger. Döpfners Essay trägt den Titel: „Deutschland muss jüdischer werden“. Ja, das wäre schön.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen.

● MELDUNGEN

Herkunft der Asylsucher

Berlin – Zum 30. Juni waren laut Bundesregierung im Ausländerzentralregister (AZR) 43.616 Menschen mit einer Asylberechtigung registriert. Auffällig ist, dass mit 12.141 die Türkei die Spitze der Herkunftsländer anführt, gefolgt von Syrien mit 5317 und dem Iran mit 5134 Personen. Bei den insgesamt knapp 728.000 Ausländern mit Flüchtlingsschutz führt Syrien als Herkunftsland die Statistik mit etwa 334.000 Betroffenen vor dem Irak mit knapp 100.000 und Afghanistan mit etwa 80.000 Personen an. Unter subsidiärem Schutz (einer eingeschränkten Aufenthaltsgenehmigung) standen laut AZR etwa 351.000 Menschen, wobei auch hier die meisten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan kamen. Bei der Zahl der Aufenthaltserlaubnisse, die wegen Abschiebeverbots erteilt wurden, waren 188.000 Personen erfasst, wobei die Mehrzahl aus Afghanistan stammt. Geduldet wurden zur Jahresmitte knapp 183.000 Ausländer, von denen die Hauptherkunftsländer der Irak, gefolgt von der Türkei und Afghanistan waren. **MRK**

Zweifel an der Energiewende

Dresden – Als Gast des 58. Kraftwerkstechnischen Kolloquiums der TU Dresden hat der CDU-Politiker Reiner Haseloff deutlich Kritik an der Energiewende geübt. Der Diplom-Physiker bezweifelt unter anderem den Einsatz von Wasserstoff in der Energiewirtschaft in absehbarer Zeit. In diesem Jahrhundert würde es noch keine Wasserstoffwirtschaft geben, die Unternehmen seien mit dem Kapitalbedarf überfordert, so der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Haseloff sprach sich auch für eine andere Industriepolitik aus. Diese müsse zunächst einmal darin bestehen, das Bestehende zu erhalten und auch Wege zu finden, diese bezahlbar und wettbewerbsfähig zu erhalten. Professor Michael Beckmann von der TU Dresden, der Organisator des diesjährigen Kraftwerkstechnischen Kolloquiums, forderte, über Dinge wie die Energiewende müsse ideologiefrei diskutiert werden können. **H.M.**

H₂-Leitung kommt später

Kopenhagen – Nachdem schon Norwegen eine Wasserstoff-Pipeline nach Deutschland gestoppt hatte, teilte nun auch der dänische Netzbetreiber Energinet mit, der geplante Bau einer Wasserstoffleitung nach Deutschland werde sich um Jahre verzögern. Laut dem dänischen Klima- und Energieministerium verschiebt sich der Start auf 2031. Energinet begründet die Verzögerung damit, dass sich mehrere Aktivitäten für das Projekt „als umfangreicher und zeitaufwendiger erwiesen haben“. Das niederländische Unternehmen Gasunie, einer der Beteiligten des Leitungsprojekts, erklärte auf Anfrage der „Berliner Zeitung“ zudem, man sehe ein großes Interesse vonseiten der Bundesregierung, den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft voranzutreiben, für „einen echten Marktimпульs“ würden jedoch „noch mehr als die heutigen Rahmenbedingungen“ gebraucht. **H.M.**



FOTO: IMAGO IMAGES/MCPHOTO

Ist spannend, unterhaltsam, bildet und fördert das Familienleben: Mutter oder Vater sollte den Kindern stets viel vorlesen

FRÜHBILDUNG

Vorlesen macht Kinder schlau

Jede dritte Familie vernachlässigt Bücher – für Kleine ein großer Nachteil

VON PETER ENTINGER

Am 15. November findet wieder der „Bundesweite Vorlesetag“ statt. Dieser Aktionstag macht auf die wichtige Bedeutung des Vorlesens für Kinder aufmerksam. Dass es hierbei Nachholbedarf gibt, zeigt dabei auch der jüngste „Vorlesemonitor“, dessen Ergebnisse in der vergangenen Woche veröffentlicht wurden.

Dabei handelt es sich um eine jährliche Studie zum Vorleseverhalten in Familien mit Kindern bis zu einem Alter von acht Jahren. Die Studie wurde von der Wochenzeitung „Die Zeit“, der Stiftung Lesen und der Deutsche Bahn Stiftung durchgeführt und zeigt im Vergleich zu 2023 immerhin eine leichte Verbesserung der Vorlesesituation.

Vorleseimpulse fehlen

Für die Studie wurden in diesem Jahr 815 Eltern mit Kindern in der betreffenden Alterskategorie zu ihrem Vorleseverhalten befragt. Obwohl sich die Zahlen

auf das Vor-Corona-Niveau erholt habe, bestehe Grund zur Sorge, heißt es in der Studie: „Vor allem bei den ganz kleinen Kindern, die noch nicht in die Kita gehen, und bei den älteren Kindern, die gerade mit dem Lesenlernen beginnen, fehlt es an Vorleseimpulsen in der Familie. Diese Phasen sind jedoch wichtig, um Grundlagen zu schaffen und die Lesemotivation im Grundschulalter zu erhalten und zu fördern.“

Hörbücher sind kein Ersatz

Lesenlernen sei komplex und könne schnell frustrieren. In jeder dritten Familie werde aber nicht oder nur selten vorgelesen. „Wir als Gesellschaft brauchen ein allgemeines Verständnis darüber, wie wichtig das Vorlesen für die Entwicklung ist. Hier geht es nicht nur um tolle Geschichten und verbindende Momente, sondern um Zukunftschancen für alle Kinder. Es darf nicht sein, dass der Bildungserwerb abhängig davon ist, ob die eigenen Eltern unterstützen können. Freiwillig Engagierte können hier ein-

springen und mit ihrem Einsatz einen echten Unterschied machen“, sagte Jörg F. Maas, Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen.

Während der Corona-Pandemie wurde weniger vorgelesen, da Eltern mit älteren Kindern tagsüber bereits viel Zeit mit Büchern und Aufgaben verbrachten. Hörbücher seien übrigens kein vollständiger Ersatz für das gemeinsame Vorlesen, da sie das interaktive und gemeinschaftliche Erlebnis nicht bieten können.

Neben Befragungsergebnissen zum konkreten Vorleseverhalten von Eltern liefert der Vorlesemonitor viele weitere Einblicke in deren Sichtweisen und zeigt Gründe auf, warum Eltern nicht vorlesen. Diese beziehen sich häufig auf die Kinder selbst. Neben Stress und fehlender Zeit im Alltag gaben die Erziehungsberechtigten an, ihre Kinder wollten nicht vorgelesen bekommen, seien zu unruhig oder beschäftigten sich lieber mit anderen Dingen. Dabei habe das Vorlesen nicht nur einen positiven Effekt für die Bindung zwischen Eltern und Kindern, es trainiere

auch entscheidende Fähigkeiten für die Zukunft. „Kinder, die frühzeitig positive Vorleseerfahrungen machen, tun sich beim eigenen Leseerwerb und ganz grundsätzlich in allen Schulfächern leichter. Und wir wissen, dass diese Erfahrungen auch an die nächste Generation weitergegeben werden. Wer als Kind selbst vorgelesen bekommen hat, liest deutlich öfter selbst vor“, erklärt Sandra Kreft, Mitglied der Geschäftsleitung der Zeit-Verlagsgruppe. Die Stiftung Lesen empfiehlt daher, das Vorlesen nicht nur mit Kinderbüchern zu verbinden, sondern auch Möglichkeiten zu nutzen, die Smartphones und Tablets dafür bieten.

Apps zum Vorlesen

Gedruckte Bücher und digitale Medien dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, betont Simone Ehmig, Leiterin des Instituts für Lese- und Medienforschung der Stiftung Lesen. Die Nutzung moderner Medien sei dabei von Hörbüchern ausdrücklich zu unterscheiden. Vor allem Eltern mit formal niedriger Bildung lesen weniger vor als der Durchschnitt aller Eltern. Bei mehr als einem Drittel (34 Prozent) sei das seltener als einmal pro Woche. Das zeige sich sowohl bei Familien mit als auch Familien ohne Migrationshintergrund. 43 Prozent der Eltern haben bereits Apps für Kinder genutzt – davon 26 Prozent zum Vorlesen. Eltern, denen früher selbst vorgelesen wurde, lesen ihren eigenen Kindern häufiger vor. Und dies unabhängig vom Bildungshintergrund: 74 Prozent davon lesen mindestens mehrmals pro Woche.

Einen interessanten Aspekt liefert die Studie zum Abschluss. Teilweise sei in Familien mittlerweile eine Hemmschwelle zum Vorlesen vorhanden. „Statt zu den-

34

Prozent der Eltern mit formal niedriger Bildung lesen ihren Kindern seltener als einmal pro Woche vor.

ken, sie müssten einen perfekten Rahmen für das Vorlesen schaffen, sollten Eltern sich einfach trauen und loslegen. Vorlese-rituale müssen keinen Anforderungen entsprechen, sondern sollen einfach nur Spaß machen und zu den eigenen Familienvorstellungen passen“, raten die Autoren der Studie.

Auffallend ist aber, dass genaue Erkenntnisse, wie sich die Migration auf das Vorleseverhalten auswirkt, fehlen.

EXPORT

Verdächtig viele Waffenlieferungen in die Türkei

Hat die Ampel im Gegensatz dazu heimlich ein Embargo für Militärgüter gegen Israel verhängt?

Im Jahr 2023 exportierte die Bundesrepublik Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 20 beziehungsweise 326 Millionen Euro nach Israel. Solche Exporte gingen im laufenden Jahr drastisch zurück. Im Januar gestattete die Ampelregierung nur noch die Ausfuhr von Kriegswaffen zum Preis von 30.500 Euro, und im Februar sank die Genehmigungssumme sogar auf 2000 Euro. Das machte insgesamt 0,16 Prozent des Volumens vom Vorjahr aus. Danach erhielt der jüdische Staat keine Munition, Handfeuerwaffen oder schweres Kriegsgeschütz mehr. Gleichzeitig schrumpften auch die Ausfuhren von Rüstungsgütern auf 14 Millionen Euro.

Angesichts dessen liegt der Verdacht nahe, dass der für die Genehmigung der Exporte zuständige Bundessicherheitsrat, dem acht Bundesminister sowie Bundes-

kanzler Olaf Scholz angehören, ein heimliches Embargo gegen Israel verhängt hat und die Exportanträge aus der Wirtschaft ignoriert. Natürlich bestritt das Regierungssprecher Steffen Hebestreit: „Es gibt keinerlei deutschen Waffenexport-Boikott gegen Israel.“ Allerdings äußerte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck parallel dazu, dass Waffensysteme, die im Gazastreifen für den offensiven Kampf gegen die Terrormiliz Hamas verwendet werden könnten, zurückgehalten werden. Denn hier bestehe der Verdacht eines völkerrechtswidrigen Einsatzes.

Im völligen Kontrast zu all dem stehen die Entscheidungen des geheim tagenden Bundessicherheitsrates bezüglich der Waffen- und Rüstungsexporte in die Türkei, wobei die Wende hier ebenfalls erst 2024 erfolgte. Noch 2023 wurden lediglich

17 Lieferungen für 1,2 Millionen Euro genehmigt. Das resultierte daraus, dass sich das NATO-Land Türkei zu einem zunehmend problematischen Partner entwickelt hat. Mittlerweile beantragte Ankara sogar die Mitgliedschaft im BRICS-Staatenbündnis, welches faktisch unter der Kontrolle Russlands und Chinas steht. Dazu kommt die gewaltsame Unterdrückung der Kurden im In- und Ausland sowie die Unterstützung islamischer Terrormilizen im Nahen Osten.

Dennoch wurden im ersten Quartal 2024 plötzlich Genehmigungen für Exporte im Wert von 23 Millionen Euro erteilt. Danach schnellten die Zahlen noch stärker hoch. So darf die Waffenschmiede MBDA einhundert Luftabwehr-Lenkflugkörper für Schiffe liefern, die vermutlich eine Million Euro pro Stück kosten. Hinzu

kommen 28 schwere Torpedos von ThyssenKrupp Marine Systems im Wert von 156 Millionen Euro. Des Weiteren erhielten zwei Konsortien von Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik die Erlaubnis zur Auslieferung von Materialpaketen für insgesamt 79 Millionen Euro für die Modernisierung der zwölf türkischen U-Boote des deutschen Typs 209. Außerdem erfolgte die Freigabe von Motorenteilen für nochmals fast zwei Millionen Euro. Alles in allem beläuft sich der Umfang der Genehmigungen seit dem 1. April 2024 auf etwa 337 Millionen Euro.

Grund für das Entgegenkommen des Bundessicherheitsrates könnte ein neuer Migrantendeal mit der Türkei sein, der angeblich garantieren soll, dass ausreisepflichtige Türken schneller rückgeführt werden können. **Wolfgang Kaufmann**

BRANDENBURG

Belohnung für Wahlverlierer

Finanzieller Nachschlag für abgewählte Grüne – 300.000 Euro vom Staat für Abwicklung der Fraktion

VON HERMANN MÜLLER

Nur wenige Begriffe werden von den Grünen in Reden und Wahlprogrammen so häufig bemüht wie das Wort „Nachhaltigkeit“. Im Kontrast zum Anspruch auf ökologisch „nachhaltiges“ Wirtschaften steht die Finanzplanung der Grünen-Fraktion im Landtag von Brandenburg in der abgelaufenen Wahlperiode. Der vor der Abwicklung stehenden Fraktion fehlt Geld, damit ihre bisherigen Mitarbeiter „nicht von heute auf morgen auf der Straße sitzen“.

Nachdem die Brandenburger Grünen bei der Landtagswahl am 22. September nur noch 4,1 Prozent der Wählerstimmen erzielten und auch ein Direktmandat verfehlten, werden im neuen Landtag keine Abgeordneten der Grünen mehr sitzen. Wie die ebenfalls an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte Linke-Fraktion und die der Gruppe der Freien Wähler ist die Grünen-Fraktion nun verpflichtet, sich selbst abzuwickeln.

Für die Fraktionsmitarbeiter heißt dies nun, dass sie sich nach neuen Arbeitsplätzen umsehen müssen. Nach Informationen der „Märkischen Oderzeitung“ muss die Landtagsfraktion der Grünen mehr als 20 Mitarbeiter entlassen. In den Wahlkreisbüros sollen die Grünen-Abgeordneten zudem weitere 30 Mitarbeiter beschäftigt haben.

Auf Kosten der Steuerzahler soll die vor der Auflösung stehende Fraktion nun noch einmal einen sechsstelligen Zuschuss für ihre Mitarbeiter erhalten. Das Präsidium des Landtags Brandenburg hat noch vor dem Zusammentreten des neuen Landtags am 17. Oktober in seiner alten Zusammensetzung mehrheitlich einen Zuschuss über 300.000 Euro für die Grünen-Fraktion beschlossen. Die AfD stimmte im Landtagspräsidium gegen die Beschlussvorlage von Präsidentin Ulrike Liedtke (SPD).

Keine Rücklagen gebildet

Die Gruppe der Freien Wähler und die Fraktion der Linkspartei sind ebenfalls nicht mehr im neuen Landtag vertreten. Auch hier stehen Mitarbeiter vor der Entlassung. Doch anders als die Grünen-Fraktion brauchen Freie Wähler und Linke nachträglich keinen Finanzausschuss, da sie offenbar durch finanzielle Rückla-



Trübe Jobaussichten: Hanna Große Holtrup (l.), Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und Spitzenkandidatin Antje Töpfer müssen für sich und ihre Mitarbeiter nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten Ausschau halten Foto: pa/Frank Hammerschmidt

gen eine Vorsorge für den Fall einer Wahlniederlage getroffen haben.

Clemens Rostock, in der vorigen Wahlperiode Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, verteidigte den Antrag auf Zuschuss: „Das Fraktionsgesetz sieht genau diesen Weg des Nachschusses für einen solchen Fall vor.“ Der Grüne verwies zudem darauf, das Gesetz sehe nicht vor, für solche Fälle Rücklagen zu bilden. Dies ist korrekt, allerdings gibt es eine Empfehlung des Landesrechnungshof an die Landtagsfraktionen, vorsorglich Rücklagen zu bilden.

Der Rechnungshof ist es auch, der die Ausgaben der Landtagsfraktionen in regelmäßigen Abständen überprüft. Ein wichtiger Punkt dabei: Die Fraktionen besitzen einen großen Spielraum, wie sie die zur Verfügung gestellten Mittel ausgeben. Allerdings dürfen die Fraktionen das Geld nur für ihre Parlamentsarbeit nutzen, nicht aber für die Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Parteien.

Auf besonders eklatante Verstöße ist der Bundesrechnungshof bei Fraktionen

gestoßen, die in der Wahlperiode von 2013 bis 2019 im Bundestag vertreten waren. In einem Bericht hatten die Rechnungsprüfer zahlreiche Belege aufgeführt, wie im Wahljahr 2013 Fraktionsmittel für unzulässige Parteiwerbung zweckentfremdet wurden. Fündig wurde der Rechnungshof dabei bei Union und Grünen in Einzelfällen. Bei den Sozialdemokraten und der Linke fanden die Rechnungsprüfer „mehrere Fälle“.

FDP am meisten gerügt

Die meisten Rügen kassierte seinerzeit die FDP-Fraktion. Nach Ansicht des Bundesrechnungshofs hatte die Fraktion der Liberalen öffentliche Mittel in erheblichem Umfang „rechtswidrig für Parteaufgaben“ eingesetzt. Obendrein machte die Rheinische Zusatzversorgungskasse nach dem Ausscheiden der FDP-Fraktion aus dem Bundestag im Jahr 2013 auch geltend, dass für etwa 100 Mitarbeiter der FDP-Fraktion 5,8 Millionen Euro an Beiträgen für die Altersvorsorge nicht bezahlt worden waren. Die Versorgungskas-

se blieb letztendlich auf der Millionenforderung sitzen.

Zwei Jahre vor dem Ausscheiden aus dem Bundestag hatte die FDP-Fraktion noch Rücklagen in Millionenhöhe gehabt. Die Reserven schmolzen allerdings 2012 und im Wahljahr 2013 in hohem Tempo dahin. Parallel stiegen die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion. Am Ende waren nicht mehr genug Rückstellungen vorhanden, um die Forderungen der Versorgungskasse zu begleichen.

Schon seinerzeit mahnten Juristen bessere Regeln für die Fraktionsfinanzierung an. Ein Reformbedarf besteht allerdings bis heute weiter. Im September 2024 hat der Bundesrechnungshof einen Sonderbericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen vorgelegt. Die Prüfer bemängelten unter anderem, dass ein Gesetzentwurf von SPD, Union, FDP und Grünen weiterhin keinen wirksamen Rückforderungs- und Sanktionsmechanismus vorsieht, wenn Fraktionen Haushaltsmittel regelwidrig für Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

BÜRGERBEGEHREN

Man sieht die Stadt vor lauter Bäumen nicht

Eine Berliner Initiative kämpft um Unterschriften für Straßenbäume – Wegfall von Parkplätzen als Folge

Seit dieser Woche gibt es in Berlin den Versuch, durch ein Volksbegehren rund eine Million zusätzliche Bäume in der Stadt pflanzen zu lassen. Die Umsetzung des Begehrens würde 7,2 Milliarden Euro kosten. Das „Klimaanpassungsgesetz“ ist bereits ausgearbeitet und umfasst 24 Paragraphen sowie 51 Seiten Begründung. Bis 2040 soll dann alle 15 Meter ein Baum an Berlins Straßenrändern stehen.

Heinrich Strößenreuther, der Hauptinitiator der Aktion, ist unlängst der CDU beigetreten und hat dort alsbald die „Klimaaunion“ gegründet. Die Kosten seines Begehrens versuchte er zu relativieren: „Auch der Flughafen BER habe über sieben Milliarden Euro gekostet, Stuttgart 21 sogar elf Milliarden ... Wir kämpfen darum, dass Berlin lebenswert bleibt.“ Gemeinsam mit den weitgehend unbekann-

ten Mit-Initiatoren Felix Mühlmann, Gélica Schäffgen und Katharina Baudisch zeigt er sich siegessicher.

Seit dem 1. Juli gibt es ein bundesweites Klimaanpassungsgesetz. Ebenso gilt – bis auf Weiteres – die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Am 17. Juni 2024 beschlossen die Umweltminister der EU das sogenannte Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Ob es Wirkung entfalten kann, ist fraglich.

Die österreichische Umweltministerin von den Grünen gab bei der Abstimmung den Ausschlag. Sie votierte entgegen der Anweisung des österreichischen Bundeskanzlers Karl Nehammer. Deswegen erhob die österreichische Regierung Nichtigkeitsklage vor dem Europäischen Gerichtshof. Daher dürfte es eben doch darauf ankommen, ob sich in der Berliner

Wahlbevölkerung genug Unterstützer für das Vorhaben finden.

In der Vergangenheit haben viele Bürgerbegehren die erste Hürde der geforderten 20.000 Unterschriften genommen. Sofern das Abgeordnetenhaus dem Ansinnen nicht folgen will, steht eine zweite Stufe an. Sollte der Senat sich das Gesetz nicht freiwillig zu eigen machen, startet die „große“ Unterschriftensammlung. Beteiligen sich rund 200.000 Berliner an der zweiten Unterschriftensammlung, kommt es zum Volksentscheid. Die Initiative hat dafür den Termin der nächsten Wahl zum Abgeordnetenhaus 2026 im Visier.

In der Vergangenheit haben die meisten Bürgerbegehren diese zweite Hürde nicht geschafft. Strößenreuther zeichnete schon für die Initiative Volksentscheid

Fahrrad verantwortlich, die zwar keinen Erfolg hatte, aber den Grünen in der Berliner Landesregierung als Vorwand für ihr sogenanntes Mobilitätsgesetz diente.

Für einen erfolgreichen Volksentscheid muss mindestens ein Viertel aller Wahlberechtigten mit Ja (650.000 Stimmen) und insgesamt die Mehrheit der Wähler dafür stimmen. Zur Kontrolle bei der Umsetzung des Gesetzes nach einem erfolgreichen Volksentscheid soll ein „Risikowetterat“ die Fortschritte überprüfen und Rechtfertigungsdruck auf die Landespolitik erzeugen, wenn die Ziele verfehlt werden. Strößenreuther betrachtet sein Klimaanpassungsgesetz nach eigenen Angaben als eine Art „trojanisches Pferd“. Um Platz für seine neuen Bäume zu schaffen, will er Kfz-Stellplätze abschaffen.

Frank Bücker

KOLUMNE

Berliner Sparen

VON VERA LENGSFELD

Berlin ist bekanntlich eine der Städte, die meinen, Platz für noch mehr „Flüchtlinge“ zu haben. Inzwischen wird die Finanzierung der Neuankommlinge zu einer schweren Belastung für den Haushalt der Hauptstadt. Natürlich tragen auch die Kosten für die Fütterung der zahlreichen NGOs mit Steuergeldern zur Haushaltskrise bei. Aber das will man sich nicht eingestehen. Stattdessen wird von allen Senatoren verlangt, zehn Prozent ihrer Ausgaben einzusparen.

Das trifft auch den Kulturhaushalt, wo vor allem den Freischaffenden die Subventionierung zusammengestrichen werden soll. Berlin als Hauptstadt der freien Tanzszene sei nun gefährdet, heißt es in einer Stellungnahme. Aber eine „freie Szene“ gibt es nicht, wenn sie nur am staatlichen Tropf existieren kann. Das trifft auch auf die zahlreichen „Unabhängigen Jugendzentren“ zu, die vor allem von der Antifa bewohnt werden und die ohne Steuergeld am nächsten Tag schließen müssten. Kaum jemand würde diese Szene vermissen. Prekär wird es, wenn an der Bildung gespart wird.

Berliner Schulen dürfen bis Ende November keine Klassenfahrten mehr buchen. Das verkündete Bildungssektorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) im Bildungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses.

An die Berliner Schulleitungen sei bereits ein Schreiben zu den Klassenfahrten versandt worden. Es gehe darum, keine Verträge abzuschließen, die künftig Kosten für den Berliner Landeshaushalt verursachen. Bei den ohnehin schwierigen Verhältnissen an Berliner Schulen, über deren Ursachen ein Mantel des Schweigens gebreitet wird, sind die Fahrten wichtig für den Zusammenhalt der Klassengemeinschaft. Falls Lehrer ihre Reisekosten selber zahlten, sei das „eine gute Sache“. Das soll bis November gelten, aber ein einmal eingesparter Zuschuss kommt nie wieder.

MELDUNG

Drittteuerste Metropole

Berlin – Nach München und Frankfurt am Main ist Berlin bei Mietwohnungen auf Platz drei der teuersten Metropolen Deutschlands aufgerückt. Wie die Online-Plattform „ImmoScout 24“ ermittelte, muss in Berlin bei der Neuvermietung einer Bestandswohnung im Schnitt eine Kaltmiete von 14,19 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden. An der Spitze liegt München mit durchschnittlich 20,97 Euro. Bei Neubauten überstieg Berlin erstmals den Durchschnittspreis von 20 Euro je Quadratmeter Kaltmiete. Für Neubauten in München ermittelte „ImmoScout 24“ sogar eine durchschnittliche Kaltmiete von 25,58 Euro pro Quadratmeter. Steigender Leerstand und auch sinkende Mietpreise werden dagegen auf dem Berliner Markt für Büroimmobilien registriert. Laut dem Beratungsunternehmen Colliers sind derzeit 1,56 Millionen Quadratmeter Bürofläche in Berlin ungenutzt. Das sind 6,8 Prozent der Büroflächen in der Hauptstadt.

H.M.

● MELDUNGEN

Athen braucht mehr Kinder

Athen – Griechenlands Regierung will bis 2035 insgesamt 20 Milliarden Euro aufwenden, um die demographische Krise im Lande zu stoppen. Aktuell kommen zwei Todesfälle auf eine Geburt, nachdem die Zahl der Lebendgeburten 2023 nochmals um mehr als sechs Prozent zurückging. Deshalb sprach der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis kürzlich von einer „nationalen Bedrohung“. Das Geld soll vor allem für Kindertagesstätten und Steuererleichterungen sowie Zuschüsse für Paare ausgegeben werden, die sich entschließen, Kinder haben zu wollen. Das sagte die Athener Familien- und Sozialministerin Sofia Zacharaki bei der Vorstellung des Nationalen Demographischen Aktionsplanes. Ob die 20 Milliarden ausreichen, ist fraglich, denn Griechenland hat nach Spanien die zweithöchste Arbeitslosenquote in der Europäischen Union. Zudem fehlen bezahlbare Wohnungen. Deshalb gehen viele junge Griechen ins Ausland. *W.K.*

Keine Ukraine-Legion in Polen

Warschau – Der am 8. Juli vorgestellte Plan des polnischen Regierungschefs Donald Tusk und des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zur Aufstellung einer „Ukrainischen Legion“ aus in Polen weilenden Ukrainern im wehrfähigen Alter ist gescheitert. Wie der polnische Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz bekanntgab, gingen lediglich 196 Bewerbungen über die Website des eigens eröffneten Rekrutierungsbüros in Lublin und die Konsulate Kiews ein, obwohl sich etwa 300.000 ukrainische Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren derzeit in Polen aufhalten. Dabei wurden den potentiellen Legionären viele Versprechen gemacht. Dazu gehörte eine „garantierte“ Ausbildung auf Stützpunkten der NATO, wo die Rekruten auch mit modernster westlicher Ausrüstung ausgestattet werden sollten. Und es winkte ein Monatssold von umgerechnet bis zu 4000 Euro beim Einsatz an der Front. *W.K.*

Beunruhigende Arktis-Streife

Peking – Wie aktuell der staatliche chinesische Fernsehsender CCTV berichtete, sind Einheiten der Küstenwache der Volksrepublik (CCG) zum ersten Mal mit russischen Kriegsschiffen im Nordpolarmeer auf Patrouille gegangen. Weiter hieß es, die CCG habe „die Fähigkeit ihrer Schiffe, Aufgaben in unbekannten Gewässern zu erfüllen, umfassend getestet und die Teilnahme an der Verwaltung der internationalen und regionalen Meere geprobt“. China bezeichnet sich seit Kurzem als „Fast-Arktisstaat“ und signalisierte bereits Interesse an den natürlichen Ressourcen des Nordpolargebietes sowie an der Erschließung von Schifffahrtsrouten im Hohen Norden. Laut Angaben der US-Küstenwache bestand der russisch-chinesische Flottenverband aus vier Schiffen, die durch die Beringstraße nach Norden steuerten. Dem ging ein Militärmanöver von Bombern beider Länder im Luftraum nahe Alaska im Juni des laufenden Jahres voraus. *W.K.*

US-WAHLEN I

Robert F. Kennedy jr. als liberale Alternative

Der Neffe des legendären JFK hat sich jetzt Trump angeschlossen – Profitieren wollen beide davon

VON THOMAS KLINGEBIEL
UND JENS EICHLER

Über die wirklichen Probleme der amerikanischen Bürger wird im Zuge der US-Wahlen in deutschen Medien wenig bis gar nichts berichtet. Diesen Sorgen aber wollte sich vermeintlich ein dritter Kandidat – neben Kamala Harris und Donald Trump – widmen. Einer, der ebenso medial hierzulande fast ignoriert wird: Es handelt sich um Robert F. Kennedy jr., den Neffen des Präsidenten John F. Kennedy.

Geboren im Januar 1954, war er alt genug, um die durch das Attentat von Dallas gewaltsam beendete Ära seines Onkels im Weißen Haus bewusst zu erleben. Als sein eigener Vater, der Senator Robert F. Kennedy sr., im Wahlkampf von 1968 in Los Angeles ermordet wurde, war er Zeuge der Tat. Der gewaltsame Tod des Onkels und Vaters hat Robert Kennedy zweifellos traumatisiert.

Nachdem Kennedy seine Karriere als stellvertretender Staatsanwalt in New York begonnen hatte, übernahm er als junger Rechtsanwalt ein Mandat, das seinen künftigen Lebensweg vorzeichnen

sollte: Er vertrat die Berufsfischer des Hudson River, deren Existenz durch das fortschreitende Fischsterben im Fluss bedroht war. Es gelang ihm, auch durch seine Verbindungen, den Energieriesen General Electric, der für die Verschmutzung des legendären Flusses verantwortlich war, in die Knie zu zwingen. Heute ist der Hudson River wieder ein lebendiger Fluss. Kennedy hat den Kampf gegen Umweltverschmutzer und Umweltgifte bis auf die Pharmaindustrie ausgedehnt.

Bürgerliche Verantwortung

Die Beschneidung seiner Bürgerrechte in der Corona-Zeit war das treibende Motiv für ihn, sich um das höchste politische Amt der USA zu bewerben. Er fühlt sich berufen, das politische Erbe der Kennedys einzusetzen. Vor allem will er die seiner Meinung nach unter Corona in der Substanz geschwächte Mittelschicht wiederherstellen. Er sieht in ihr das soziale Substrat der Demokratie und Garanten des inneren Friedens. Ganz im Sinne der Verfassungsväter glaubt er, dass persönliches Eigentum eine wesentliche Bedingung für innere Selbstständigkeit und bürgerliches Verantwortungsgefühl bildet.

Kennedy kritisiert zudem eine angebliche Verflechtung, die zwischen der Industrie und staatlichen Behörden auch durch personellen Austausch zu beobachten sei. Insbesondere die Libertären wünschen einen radikalen Rückbau des Staates. Im Wahlprogramm Kennedys finden sich eine Reihe von Punkten, die dem libertären Diskurs entlehnt sind. Zudem arbeiten in seinem Wahlkampfteam und seinen Unterstützerkreisen viele Libertäre. Wie erst vor wenigen Wochen bekannt wurde, hat Kennedy aber auch schon seit Juli 2023 mit Angela McArdle, der jungen Vorsitzenden der Libertären Partei, zusammengearbeitet. Sie haben jüngst ein Abkommen zur Wahlkampffinanzierung geschlossen, das beiden Seiten zu höheren Spenden als bisher verhelfen kann.

Auch Trump bemüht sich um die Libertären. Zu groß ist nämlich seine Angst, an Kennedy oder die Libertären wichtige Stimmen im Kopf-an-Kopf-Rennen an Harris zu verlieren. Daher trat er auf dem Bundesparteitag in Washington auf und forderte die Delegierten auf, seine Bewerbung um das Präsidentenamt zu unterstützen. Trump und Kennedy wissen um die Meinungsführerschaft, die die Liber-

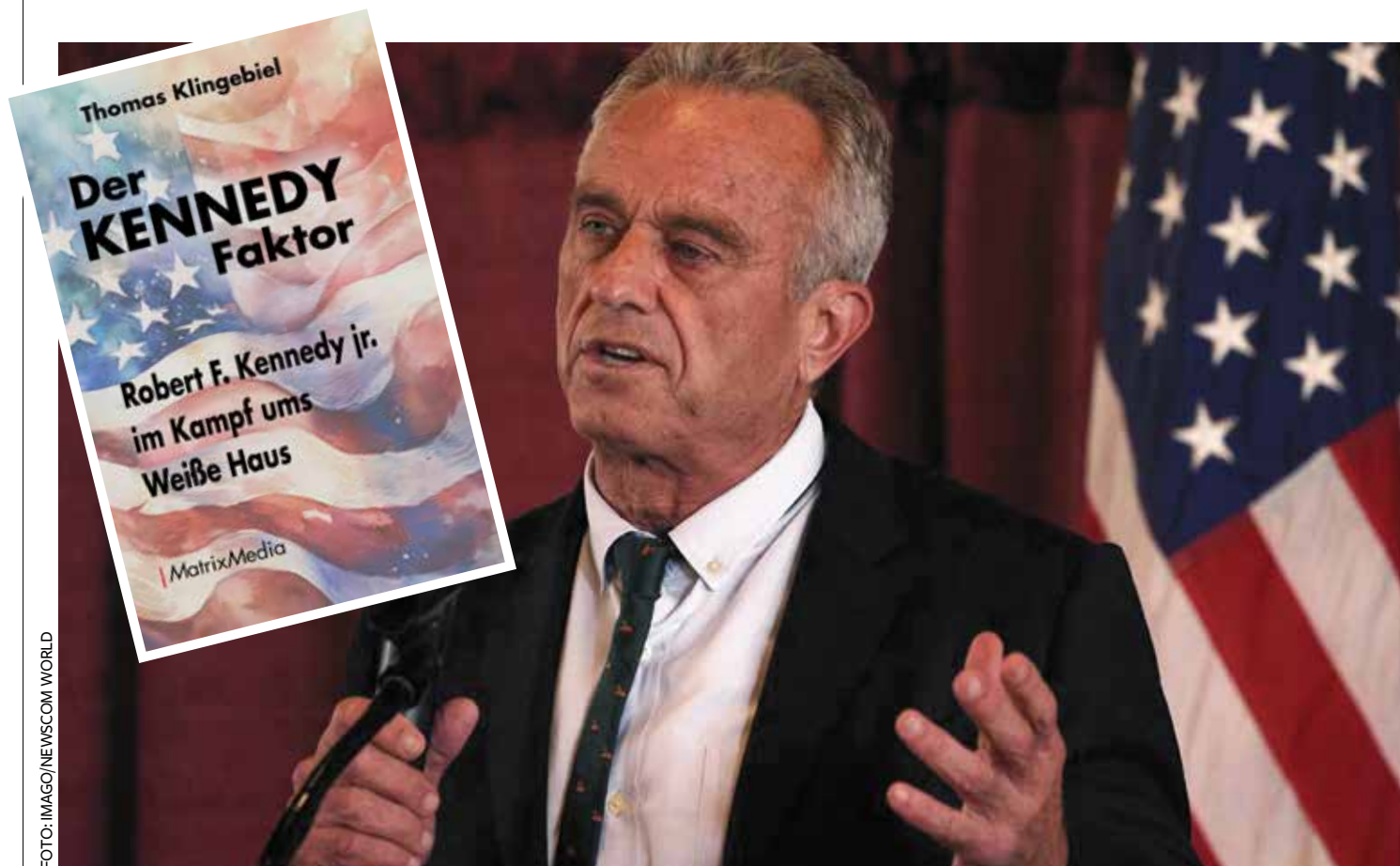
tären in Teilen der unabhängigen Wählerschaft ausüben. Die registrierten unabhängigen Wähler wiederum stellen inzwischen die Hälfte der gesamten Wählerschaft, also genau so viele wie die demokratischen und republikanischen Wähler zusammengenommen.

Um die Wahlen am 5. November zu gewinnen, muss man sich folglich um die Unabhängigen bemühen. Manche demoskopischen Erhebungen haben gezeigt, dass Kennedy bei unabhängigen Wählern mehr Zustimmung erhält als Trump oder Harris. Er nimmt auch bei den jungen Wählern, die Internet-Medien bevorzugen, eine führende Position ein und findet Unterstützung bei Latinos und Schwarzen. Kennedy selbst spricht das Spanisch der Latinos. Die Demokratische Partei, die auf diese Wählergruppen angewiesen ist, sieht in Kennedy indes eine große Gefahr und hat den Wahlkampf seit Monaten durch Klagen behindert, um ihn zur Aufgabe seiner Kandidatur zu nötigen.

Über Personal entscheiden

Schon länger gab es Hinweise, dass sich Kennedy dem Lager Trumps anschließen könnte. Das Mehrheitswahlrecht erschwert allerdings die Bildung von Koalitionen. So hat es einige Wochen gedauert, bevor man zu einer Lösung kam: Kennedy erklärte sich am 24. August bereit, Trump in zehn Swing-States zu unterstützen, wollte aber in den übrigen Staaten seine Kandidatur fortsetzen. Denn die Libertäre Partei und andere Gruppen, die sich Kennedy angeschlossen hatten, wollen mit seiner Hilfe die Fünfprozentmarke erreichen, um Erstattung die von Wahlkampfmitteln beantragen zu können.

Kennedy hofft zudem, dass ihn Trump-Anhänger in US-Bundesstaaten wählen, die sonst von Demokraten dominiert werden. Ob er einen Staat und damit Wahlmännerstimmen gewinnt, wird man sehen. Trump hat jedenfalls versprochen, mit Kennedy ein Unity Government zu bilden, dem auch die Libertären angehören dürften. Kennedy will im Transition-Team, das für die Auswahl des Personals der künftigen Trump-Regierung zuständig sein wird, den Vorsitz übernehmen. Seine Agenda hat Trump in wesentlichen Teilen übernommen. Am 5. November wird man am Ende der Wahl erkennen, ob und wie der Kennedy-Faktor wirkt.



In manchen Kreisen wegen seiner Ansichten nicht ganz unumstritten: Rechtsanwalt, Umweltaktivist und US-Systemkritiker Kennedy

US-WAHLEN II

US-Bürger wählen im Ausland mit Hindernissen

Unklar, aufwendig, schlecht organisiert – dennoch können Stimmen der „Expats“ entscheidend sein

Die amerikanische Präsidentschaftswahl zwischen Kamala Harris und Donald Trump am 5. November wird allen Umfragen zufolge ein enges Rennen werden. In einzelnen Bundesstaaten können wenige Stimmen entscheidend sein. Der Kandidat, der am Ende nur hauchdünn vorn liegt, erhält laut Wahlgesetz alle Wahlleute-Stimmen aus dem Bundesstaat. Es sind insgesamt rund 250 Millionen Menschen wahlberechtigt. Das hört sich gigantisch an. Doch am Ende könnten Wählergruppen entscheidend sein, die man bisher kaum auf Rechnung hatte – unter anderem die „Auslands-Amis“.

Weltweit leben rund neun Millionen US-Amerikaner außerhalb des Landes, rund die Hälfte von ihnen darf wählen. Schon das ist umstritten. Denn es hängt davon ab, ob sie offiziell eingeschrieben

sind. Genau hier beginnen die Probleme, denn das Verfahren ist recht kompliziert.

Das US-Bundesprogramm zur Wahlunterstützung geht lediglich von weltweit 2,9 Millionen wahlberechtigten Auslands-Amerikanern aus. Im Schnitt lag die Wahlbeteiligung 2020 aber nur bei 7,8 Prozent. In Deutschland waren es immerhin 25 Prozent, wobei die US-Behörden von weniger Stimmberechtigten ausgehen als beispielsweise das Statistische Bundesamt. Neben der generell erforderlichen Registrierung müssen im Ausland lebende Amerikaner die Wahlunterlagen extra anfordern. Die Wahlbehörden schicken ihnen jedoch häufig Umschläge für die Briefwahl, die für das Inland bestimmt sind. „Die Anleitungen zur Stimmabgabe sind nicht gut, viele haben Fragen“, teilt die Stiftung U.S. Vote Foundation and

Overseas Vote mit, die Amerikaner im Ausland bei der Wahl unterstützt. Teilweise wüssten Wahlberechtigte nicht einmal, in welchem US-Bundesstaat sie wahlberechtigt sind. Laut der Universität Oxford haben bei der Wahl 2012 nur zwölf Prozent der je nach Schätzung zwei bis neun Millionen „Expats“ gewählt.

Demokraten in Deutschland vorn

Teilweise dauere es Monate, bis die Unterlagen per Post eingetroffen seien, sagt die Stiftung, und die Möglichkeit, nachzufragen oder gegen eine Ablehnung Protest einzulegen, bleibe kaum. Die Zeit sei zu knapp. So gehen die Meinungen auch auseinander, ob die Stimmen am Ende entscheidend sein könnten. Man sollte den Einfluss nicht unterschätzen, glaubt Constance Chucholowski, Chefin des

Berliner Ablegers von Democrats Abroad und fügt hinzu: „Sie waren auch 2020 sehr ausschlaggebend.“ In manchen Staaten habe der Vorsprung zwischen dem amtierenden Präsidenten Joe Biden und Donald Trump nur zwischen 10.000 und 25.000 Stimmen gelegen.

„Das halte ich für sehr unwahrscheinlich, es sind einfach zu wenige“, sagt dagegen Benjamin Wolfmeier vom Deutschland-Ableger der Republikaner. Mobilisieren wollen beide Parteien die Auslands-Amis aber dennoch. Auch mit finanziellen Mitteln, die die US-Parteien ihren Auslandsablegern zukommen lassen. Zuletzt lagen die Demokraten bei den hier lebenden US-Bürgern vorn. Das könnte auch daran liegen, dass die bundesdeutschen Medien traditionell eher einen klaren Anti-Trump-Kurs fahren. *Peter Entinger*

VON HERMANN MÜLLER

Wirtschaftsminister Robert Habeck droht bei einem wichtigen Projekt der Wirtschaftstransformation ein herber Rückschlag. Der Stahlkonzern ThyssenKrupp hat eine „ergebnisoffene“ Prüfung seines Milliardenprojekts zur Herstellung von sogenanntem grünem Stahl angekündigt. Trotz üppiger Staatshilfen steht das Projekt, das die bisher genutzten Hochöfen des Konzerns ersetzen soll, auf der Kippe.

Inzwischen meldet der Konzern nämlich Zweifel, ob das einkalkulierte Geld für den Bau der Anlage in Duisburg ausreichen wird. Es gebe „bereits nach kurzer Zeit ungeplante Mehrkosten“, die aktuell bewertet würden, so BDI-Chef Siegfried Russwurm in seiner Funktion als Aufsichtsratschef der ThyssenKrupp AG. Gutachten, die der Konzern in Auftrag gegeben hat, sollen bis zum Jahresende Antworten liefern.

Erst im Sommer 2023 hatte Habeck an ThyssenKrupp einen Förderbescheid für den Bau einer Direktreduktionsanlage in Duisburg überreicht. Statt Koksrohle soll in der Anlage als Energieträger Wasserstoff zur Produktion von Eisenpellets genutzt werden. Daraus soll dann in Elektrolichtbogenöfen Kohlenstoffdioxid-reduzierter „grüner“ Stahl entstehen. Diese Form von „klimaneutraler“ Stahlproduktion gilt als Kernstück der grünen Wirtschaftstransformation.

Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben insgesamt zwei Milliarden Euro für das Projekt zugesagt. Davon sind bereits etwa 500 Millionen Euro an Fördergeld geflossen. ThyssenKrupp hatte angekündigt, knapp eine Milliarde Euro eigener Mittel für das Projekt zu investieren. Gutachten, die der Konzern in Auftrag gegeben hat, sollen bis zum Jahresende Antworten liefern, ob das Projekt zu den kalkulierten Kosten realisierbar ist.

Keine Markttauglichkeit

ArcelorMittal, Europas größter Stahlhersteller, hatte bereits im Frühjahr Zweifel vorgebracht, ob sich in Europa die Produktion von grünem Stahl rechne und ob dieser auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sei. Für die Produktion werden beträchtliche Mengen an klimaneutral erzeugtem Wasserstoff benötigt, die aktuell in Deutschland und Europa gar nicht verfügbar sind. Daher wachsen die Zweifel, ob sich dies in den nächsten 15 Jahre ändern wird. Geert van Poelvoorde, Europa-Chef von ArcelorMittal, warnte bereits: „Wasserstoff in Europa wird teuer sein.“ Verbunden war dies mit der Warnung des Managers: „Wir würden uns aus dem Markt katapultieren.“



Brennt für grünen Stahl, auch wenn dieser nicht markttauglich sein wird: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck

KLIMANEUTRALITÄT

Der grünen Transformation droht der Herzinfarkt

Insbesondere beim „grünen Stahl“ sind günstiger Industriestrom sowie ausreichend nutzbarer grüner Wasserstoff die Knackpunkte

ArcelorMittal plant deshalb, in einer Übergangsphase Erdgas zu verwenden und grünen Wasserstoff aus dem Ausland zu importieren. Deutlich machte das Management inzwischen auch, wie wichtig für die Stahlproduktion ein kostengünstiger Industriestrompreis ist, bis genügend grüner Wasserstoff zur Verfügung steht.

Auch in der saarländischen Stahlindustrie gibt es diese Erwartung an die Politik. Ganz im Sinne der von der Ampel-Regierung propagierten Wirtschafts- und Klimapolitik planen die Dillinger Hüttenwerke und die Saarstahl AG ihre Produktionsstätten in Dillingen und Völklingen auf Klimaneutralität umzustellen. Im Saarland überbrachte Robert Habeck im Januar eine Förderzusage des Staates. Der Bund und das Saarland lassen sich die Umstellung 2,6 Milliarden Euro kosten,

die restlichen zwei Milliarden stemmt der Stahlhersteller selbst. Gebaut wird mit den 4,6 Milliarden eine Direktreduktionsanlage und zwei Elektrolichtbogenöfen.

Utopie grüner Grundprodukte

Trotz der Milliardenförderung machte Stefan Rauber, Vorstandsvorsitzender der Dillinger Hüttenwerke und der Saarstahl AG, deutlich, dass für eine erfolgreiche Umstellung der Stahlproduktion noch weitere Hilfe der Politik nötig ist. Er erwartet einen Schutz vor subventionierten Billigimporten und einen Industriestrompreis, der deutlich niedriger liegt als die mehr als 16 Cent je Kilowattstunde. Nach Angaben eines Unternehmenssprechers der Dillinger Hüttenwerke und der Saarstahl AG ist ein Industriestrompreis von weniger als vier Cent erforderlich.

Forderungen aus der Stahlbranche nach Senkung des Industriestrompreises deuten an, dass es mit der Anschubförderung zum Bau der Direktreduktionsanlagen und Elektrolichtbogenöfen nicht getan sein wird. Der Steuerzahler ist künftig auch bei der laufenden Subventionierung für einen niedrigen Industriestrompreis für grünen Stahl gefragt. Habeck will klimafreundlich hergestellte Grundprodukte wie Stahl oder Zement über die öffentliche Beschaffung oder über Quotenregelungen zum neuen Standard werden lassen. Im Fall des wirtschaftlich schwer angeschlagenen Konzerns ThyssenKrupp wird seit einigen Wochen über einen Einstieg des Staates diskutiert. Als Alternative gilt eine Verschmelzung des Konzerns mit der niedersächsischen Salzgitter AG zu einer Deutschen Stahl AG.

ARBEITSMARKT

Düstere Aussichten für die Arbeitslosenquote 2025

Generell gilt: In ländlichen Gebieten geht die Beschäftigung zurück, in der Stadt steigt sie dafür

Die Arbeitslosigkeit wird einer neuen Studie zufolge 2025 in allen Bundesländern im Zuge der schwachen Konjunktur zunehmen. Einige Regionen werden dabei besonders betroffen sein, wie die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg betont.

„Die Beschäftigung wird im Westen um 0,6 Prozent wachsen, im Osten hingegen stagnieren. Die wirtschaftliche Stagnation zieht den Arbeitsmarkt in Mitleidenschaft. Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht mehr in allen Bundesländern steigt, nimmt die Arbeitslosigkeit generell zu. Insbesondere in ländlichen Kreisen steigt die Arbeitslosigkeit und sinkt die Beschäftigung“, heißt es. Allen voran in den mitteldeutschen Bundesländern erwartet man überdurchschnittliche Anstiege der Arbeitslo-

senquoten. Ausnahme hierbei ist Brandenburg, wo lediglich ein Anstieg um 0,1 Prozentpunkte, wie auch in vielen westdeutschen Bundesländern, erwartet wird.

Dagegen steht in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ein Plus von 0,3 Prozentpunkten. „Das bedeutet aber nicht, dass dort auch die Arbeitslosenquoten an sich am höchsten sind. Das wird den Prognosen zufolge in Bremen und Berlin der Fall sein, also zwei Stadtstaaten“, erklärt Rüdiger Wapler vom Regionalen Forschungsnetz des IAB.

Dadurch, dass in einigen mitteldeutschen Bundesländern die Beschäftigung sinke sowie die Arbeitslosigkeit steige, seien dort stärkere Anstiege der Arbeitslosenquoten als anderswo zu erwarten. Am geringsten wird die Arbeitslosigkeit relativ in Niedersachsen und Nordrhein-

Westfalen zunehmen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte am stärksten in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen steigen, wenngleich diese Prognose noch nicht ganz sicher ist.

„Eine schnellere Erholung des Konsums und verstärkter Außenhandel dürften positive Effekte bringen. Eskalieren Handelskonflikte oder nehmen geopolitische Spannungen weiter zu, könnte sich die Entwicklung in den regionalen Arbeitsmärkten verschlechtern“, sagt Wapler. Eine klassische Unterscheidung zwischen Stadt und Land gebe es nicht mehr. Die Beschäftigung geht zwar vor allem in den ländlichen Gebieten zurück, in städtischen Gebieten steigt sie weiterhin. „Hohe Anstiege der Arbeitslosigkeit erwarten wir aber dagegen sowohl in den Großstädten als auch in den sehr dünn be-

siedelten ländlichen Kreisen. Hier können wir also nicht sagen, Stadt oder Land macht den Unterschied“, sagt Wapler.

Vor Pandemie-Beginn wiesen kreisfreie Großstädte und städtische Kreise im Vergleich zu den ländlichen Gebieten einen geringeren Abbau der Arbeitslosigkeit auf. Auch der pandemiebedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 2019 und 2020 fiel bei diesen Regionen mit einer Wachstumsrate von jeweils mehr als 20 Prozent höher aus als in den ländlichen Gebieten. Geopolitische Veränderungen und Krisen sorgten für eine Kehrtwende. „In allen Siedlungsstrukturtypen stieg 2023 die Arbeitslosigkeit erneut“, heißt es in der Studie. Unter dem Strich bedeutet dies: Bleiben die Rahmenbedingungen schlecht, könnte sich die Situation noch verschärfen. *Christian Schreiber*

● MELDUNGEN

Banken fördern Kernkraft

New York – Laut der „Financial Times“ haben 14 international agierende Großbanken ihre Absicht erklärt, den Ausbau von Kernkraftwerken zu unterstützen, damit die globale Energieerzeugung mittels Nuklearbrennstoffen bis 2050 verdreifacht werden könne. Zu den betreffenden Geldinstituten zählen unter anderem absolute Branchenriesen wie die Bank of America, Morgan Stanley und Goldman Sachs. Das Vorstandsmitglied des Verbandes der Kernkraftwerksindustrie World Nuclear Association (WNA), George Borovas, bezeichnete den Entschluss als „Wendepunkt“, der alles verändern werde. Nach Ansicht der Banken existiert kein realistisches Szenario, in dem die Welt bis 2050 ohne den Einsatz von Kernenergie CO₂-neutral werden könne. Die Entscheidung fiel dabei ausdrücklich mit Blick auf den immer größer werdenden Strombedarf der Technologieriesen infolge einer zunehmenden Nutzung von Künstlicher Intelligenz. *W.K.*

Iran verkauft Öl wie lange nicht

Teheran – Die Islamische Republik Iran exportiert derzeit so viel Öl wie seit 2018 nicht mehr. Dem Seefrachtspezialisten Vortexa zufolge werden momentan jeden Tag um die 1,7 Millionen Barrel iranisches Öl auf dem Seeweg in alle Welt verschifft. Damit überholte der Iran Kuwait und Nigeria und avancierte zum viertgrößten Öl-exporteur innerhalb der OPEC. Wegen dieser für Teheran positiven Entwicklung ist das Floating Storage im Persischen Golf drastisch zurückgegangen. Dabei werden voll befüllte Öltanker mangels Absatz für Monate oder Jahre auf See geparkt. Dass der Ölexport des Iran jetzt so boomt, zeigen Satellitenaufnahmen der Terminals auf der Insel Charg, über die ein Großteil der Ausfuhren geht. Hier liegen etliche Supertanker, von denen nicht wenige zur Schattenflotte des Iran gehören, mit der dieser die internationalen Sanktionen gegen das Mullah-Regime unterläuft. *W.K.*

Alstom-Werk vor dem Aus

Görlitz – Der französische Zughersteller Alstom plant, sein Görlitzer Werk mit 700 Arbeitsplätzen bis März 2026 zu schließen. Grund ist die strategische Verlagerung von Rohbauarbeiten nach Osteuropa. Neben dem Standort in Görlitz sind auch die Alstom-Werke in Hennigsdorf, Kassel und Mannheim von Verlagerungen betroffen. Ziel der Verlagerungen ist vor allem der Alstom-Standort in Breslau. In Görlitz werden unter anderem Doppelstockwagen für Israel produziert. Laut einem Bericht des MDR zeigt der Rüstungskonzern KNDS Interesse an den Hallen des Alstom-Produktionsstandortes Görlitz und Teilen der Belegschaft. Wie der MDR berichtet, sucht KNDS nach Produktionsstätten für seinen Radschützenpanzer Boxer. KNDS ist aus dem Zusammenschluss von Krauss-Maffei Wegmann und dem französischen Rüstungshersteller Nexter hervorgegangen. In Görlitz werden seit 175 Jahren Eisenbahnwaggons hergestellt. *H.M.*

ANALYSE

Willkür der Beauftragten

HERMANN MÜLLER

Ob Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, „Ansprechperson Queeres Berlin“ oder Beauftragter für Chancengleichheit und Vielfalt – Deutschland leistet sich immer mehr Beauftragte für bestimmte Themen. Was vor Jahrzehnten mit Datenschutz- oder Frauenbeauftragten begann, hat sich mittlerweile zu einer Wachstumsbranche entwickelt. Allein die Bundesregierung hat inzwischen über vierzig Beauftragte, die sich auf diversen Politikfeldern engagieren.

Und die kosten viel Geld. Schon auf Ebene der Bundesländer kann etwa die Stelle eines Polizeibeauftragten mit einem Millionenetat verbunden sein. Wie die „Bild“-Zeitung 2023 berichtete, verfügt die „Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“ sogar über 67 Planstellen und ein jährlichen Etat von über 43 Millionen Euro.

Selbst Kommunen die sich regelmäßig über Geldmangel beklagen, glauben inzwischen, ohne einen Beauftragten für dieses oder jenes gehe es nicht mehr. Trotz eines hohen Schuldenbergs hat in Berlin etwa die Koalition aus CDU und SPD die Zahl der Beauftragten auf 17 erhöht.

Die Einrichtung immer neuer Posten für Beauftragte hat sich für einige Politiker zu einer bequemen Möglichkeit entwickelt, dem Bürger zu signalisieren: Wir kümmern uns um Deine Probleme! Gelegentlich hat das Anwachsen der Zahl von Beauftragten aus Politikersicht sogar einen Nebeneffekt: Ein Parteifreund oder Genosse kann so mit Posten und Einkommen versorgt werden.

Gerichtliche Klatsche

Doch die Resultate sind manchmal auch sehr sinnvoll. Potsdams Behindertenbeauftragte sorgte beispielsweise zusammen mit anderen Akteuren dafür, dass Bürger, die eine Behinderten-Parkkarte beantragen, nicht mehr Angst um ihren Führerschein haben müssen. Über hundert Potsdamer mit Behinderung sollten zeitweise plötzlich nachweisen, dass sie überhaupt noch zum Autofahren tauglich sind. Die umstrittene Praxis der Führerscheinstelle wurde auch mithilfe der Behindertenbeauftragten zum Glück abgestellt.

Dafür sorgte in Berlin wiederum der „Queerbeauftragte“ Alfonso Pantisano für Schlagzeilen anderer Art. Anlass waren die Aussagen des SPD-Politikers Kevin Kühnert über homophobe Sprüche muslimischer Männer. Pantisano, Berlins „Ansprechperson für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ reagierte auf die Thematik „Schwulenfeindlichkeit unter Migranten“ gereizt: Er wolle bei rassistischen Erzählungen nicht schweigen. Dazu postete er ein Foto auf Facebook, das ihn mit einer arabischen Kopfbedeckung zeigte. Die Folge war scharfe Kritik an ihm – auch aus den eigenen Reihen, die bis hin zu Rücktrittsforderungen ging.

Umstritten ist mittlerweile auch der Ruf der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), die unter der Leitung von Ferda Ataman steht. Die ADS hatte versucht, gerichtlich gegen das Medium „Nius“ wegen Aussagen in einer Nachrichtenmeldung der Redaktion sowie in einem Kommentar vorzugehen – erfolglos. Das Landgericht Berlin und das Kammergericht machten deutlich, dass das Grundrecht der Meinungsfreiheit inklusive der Machtkritik in der freiheitlich-demokratischen Ordnung besonders hoch zu veranschlagen ist. Dies darf für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes durchaus als eine handfeste juristische Klatsche gewertet werden.

Fragwürdige Personalien

Wenig thematisiert wird bisher, dass mit den Beauftragen Parallelstrukturen entstehen, die der Demokratie nicht förderlich sind. Die Beauftragten von Bundes- und Landesregierung arbeiten beispielsweise parallel Beamten in den jeweiligen Ministerien zu. Die parlamentarische Kontrolle der Beauftragten ist dabei allerdings oft recht dürrtig. Diese beschränkt sich meist darauf, dass der Beauftragte dem Parlament einen Jahresbericht seiner Arbeit vorlegt.

Regierungen und Parlamente in der Bundesrepublik wären daher gut beraten, wenn sie öfter mal hinterfragen, ob die Schaffung eines neuen Beauftragtenposten wirklich notwendig ist. Kosten und auch fragwürdige Postenbesetzungen können nämlich dazu führen, dass die Bürger sich irgendwann fragen, ob nicht auf Beauftragte komplett verzichtet werden kann, oder ob es nicht auch bald ein Beauftragter notwendig ist, der die Beauftragten im Auge behält.



George Soros: Zieht listig und gewieft die Fäden der Macht und träumt von der Weltherrschaft

Foto: action press

KOLUMNE

Verräterische Weltherrschaft

FLORIAN STUMFALL

Die herrschenden politischen wie medialen Protagonisten arbeiten recht erfolgreich daran, den durch die Parlamente gesetzten strafrechtlichen Bestimmungen ergänzende Vorschriften zur Seite zu stellen, die nicht durch ein verfassungsrechtliches Gremium, sondern durch Empörung und Aufschrei durch lautstarke Minderheiten auf der öffentlichen Bühne in Kraft gesetzt werden. Das geschieht dadurch, dass Denk- und Sprachverbote eingeführt werden, die nicht nur einzelne Begriffe, sondern ebenso Meinungen und Überzeugungen umfassen. Um derlei anzuzeigen, gibt es Meldestellen und, wie Innenministerin Nancy Faeser kundgetan hat, missliebige Geschehnisse werden „auch unter der Strafbarkeitsgrenze“ verfolgt. Vor allem die sogenannten Verschwörungstheorien haben es fast schon zum gleichen Gewicht gebracht wie Gesetze, die Mord und Totschlag verbieten.

Für die Kontrolle von Gedanken und Meinungen erweist sich als günstig, dass der Begriff „Verschwörungstheorie“ beliebige Sachverhalte umfassen kann, die von den später voll gerechtfertigten Warnungen vor den Corona-Maßnahmen der Regierung bis zu einem der beliebtesten Stücke reichen, nämlich der Sache mit der Weltherrschaft. Vor Kurzem erst war die Rede von dem Versuch, der Weltgesundheitsorganisation und hier dem Präsidenten Tedros eine Machtfülle für willkürliche Maßnahmen zu übertragen, die dann weltweit zu gelten hätten. Ein reizvolles Projekt, das Covid mit Weltherrschaft vereint, aber es ist vorerst auf Eis gelegt.

Macht zieht Macht an

Doch der Eifer der vermeintlich Edlen hält an. Am 22. September verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen dreiteiligen Reformplan. Er trägt den anspruchsvollen Namen „Zukunftspakt zur Reform der internationalen Ordnung“. Der Zweck dieses Zukunftspaktes wird in einer Pressemitteilung der UN erläutert: Er bestehe darin sicherzustellen, dass internationale Institutionen in einer Welt, die sich seit der Gründung dieser Einrichtungen stark verändert habe, ihre Aufgaben weiterhin erfüllen könnten. Dem gilt auch der Verweis auf die Agenda 2030, welche weltweit eine nachhaltige Entwicklung von wer weiß nicht alles bewirken soll.

Was die Reform der internationalen Ordnung angeht, so kann man getrost die Erfahrungen aus der EU extrapolieren. Immer wenn hier von einer Reform die Rede war und eine durchgeführt wurde, ging das zulasten der Souveränität der Mitgliedsländer und zugunsten des Brüsseler Zentralismus. Die Logik solcher Zusammenschlüsse erklärt, warum es sich bei den Vereinten Nationen nicht anders verhält. Macht entwickelt eine Gravitationskraft und zieht immer mehr Macht an.

Ebenso der zweite Punkt, der globale Digitalpakt: Er behandelt alle Belange

Doch es muss nicht beim Eventualfall bleiben, wenn man sich ein wirklichkeitsnahes Bild von dem machen will, was gemeinhin als Verschwörungstheorie abgetan wird. Denn die Leute, die sich dazu berufen fühlen, die Welt zu lenken – durch Befehl und Gehorsam –, machen aus ihrer Absicht kein Geheimnis. Da ist als erstes das Weltwirtschaftsforum (WEF) des einschlägig bekannten Klaus Schwab, und seine Initiative des „Great Reset“. Dies erhebt ausdrücklich mit dem Hinweis auf Corona den Anspruch, die Weltgesellschaft neu zu gestalten. Schwab erklärt dazu: „Ich denke, wir können solche Probleme nur lösen, wenn wir unsere globale Architektur und unser globales System in Ordnung bringen.“

Tückische Scheinargumente

Dieser Satz ist in mehrfacher Hinsicht verräterisch. Zum einen zeigt er die Anmaßung, über diese Erde und alle Menschen darauf zu verfügen; sie wird, zweitens, abgeleitet von der Behauptung, das globale System sei nicht in Ordnung und, darin eingeschlossen, die weitere Anmaßung, das WEF hätte die Möglichkeiten, das zu ändern, und drittens drängt sich hier wiederum der Vergleich mit der EU auf. Auch hier wurde und wird in anderem Zusammenhang wie etwa der Umwelt in dem Sinne argumentiert, einzelne Staaten seien überfordert und deshalb verpflichtet, ihre Macht an transnationale Gremien abzugeben.

Im selben Sinne äußert sich eine sogenannte Nicht-Regierungs-Organisation (NGO), die sich „Democracy without borders“ nennt. In ihrem Namen veröffentlichte der frühere deutsche Grünen-Politiker Jo Leinen zusammen mit einem Co-Autor eine Schrift mit dem Titel „Über die Notwendigkeit einer demokratischen Weltregierung“. Finanziert wird die grenzenlose Demokratie unter anderem von dem allgegenwärtigen George Soros und dem US-amerikanischen „National Endowment for Democracy“, in welches unter anderem Gelder der CIA aus unklaren Geschäften fließen. Diese ständig wiederholte Berufung auf die Demokratie soll Kritiker frühzeitig ruhigstellen. Doch liegt es auf der Hand, dass eine Weltregierung nicht anders als diktatorisch arbeiten könnte.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Zwischen Duftgeistern und Heimaterde

Wenn die Kunstwelt alle zwei Jahre nach Venedig pilgert – Impressionen von der 60. Biennale in der Lagunenstadt

VON ANNE MARTIN

Wenn schwarz gekleidete Kunstliebhaber die Taxiboote entern, ein Mann im Schottenrock neben einer jungen Frau mit gepierctem Nasenflügel und grüner Haartolle dem Wellengang der Lagune trotzt, kurz, wenn ein Hauch von Exzentrik die Serenissima durchweht, dann ist wieder Biennale in Venedig.

Hauptziel der Pilgerströme sind die „Giardini“ mit ihren 28 Länderpavillons, die luftig über das Gartenreich verteilt sind, eine Spielwiese für die Künstler der Saison, die unter dem Motto „Foreigners everywhere, Fremde überall“ alles durchdeklinieren, was aktuell zum Zeitgeist passt – Geißelung des Kolonialismus, Untersuchung von Herkunft, Migration und Identität. Von den 332 Teilnehmern des noch bis 24. November laufenden Kunstfestivals gehören viele der queeren Gemeinschaft an. Und das indigene Amazonas-Volk der Huni Kuin durfte den zentralen Pavillon der Messe in bunten Mustern und Farben gestalten.

Erster Stopp ist am deutschen Pavillon, jenem 1909 als „Padiglione Bavarese“ errichteten und 1938 umgebauten Tempel mit dem Schriftzug „Germania“ über dem trutzigen Säulen-Portal. Es ist ein Wunder, dass er überhaupt noch steht, so rabiat wurde der Bau in den letzten Jahrzehnten von Künstlern traktiert. Hans Haacke riss 1993 den Travertinbelag auf und schuf ein Eismeer aus Scherben; Anne Imhof legte 2017 Glas über den kontaminierten Boden und schickte Wachhunde als Angstmacher ins Areal; Maria Eichhorn legte 2022 Nahtstellen frei und grub ein Loch in die Mitte.

In diesem Jahr ist der Haupteingang mit Tonnen von Erde blockiert, überwiegend anatolischer Erde. Wer durch den Seiteneingang ins Innere geht, erlebt einen Turm, dessen Wendeltreppe in eine



Zugeschüttet mit überwiegend anatolischer Erde: Der „Eingang“ des deutschen Pavillons auf der Biennale Foto: pa/Felix Hörhager

rekonstruierte Arbeiterwohnung führt, die der Künstler Ersan Mondtag seinem türkischen Großvater Hasan gewidmet hat – einem von vielen Gastarbeitern, die Mitte der 60er Jahre im Berliner Asbestwerk „Eternit“ arbeiteten und an den Folgen von krebserregendem Asbest starben.

Alles ist von einer dicken Staubschicht bedeckt, als solle der Besucher gleich mit ersticken. Als Bodenbelag wählte Mondtag Parkett aus einem aufgegebenen Kulturhaus in Brandenburg, auch dies modrig riechend. Es soll eine Verschränkung der westdeutschen mit der mitteldeutschen Arbeiterklasse assoziieren. Viele Besucher geben sich betroffen, andere zucken die Schultern, denn Montags Großvater war kein tragischer Einzelfall – deutsche

Arbeiter erlitten ein ähnliches Schicksal wie er. Die Verarbeitung von Asbest wurde erst Anfang der 90er Jahre verboten.

Wärterinnen filzen die Besucher

Als Gegenposition läuft ein Film der israelischen Künstlerin Yael Bartana, in dem Menschen in Tiermasken okkulte Tänze aufführen, die an Leni Riefenstahls Körperbild erinnern sollen. In einem Nebenraum können sich die Besucher auf Matratzen legen und an die Decke starren, auf der Szenen aus einer Art Weltraum flimmern. Motto: Nichts wie weg von unserer verseuchten Erde! Dass der von NS-Ästhetik geprägte Pavillon im Sinne der Kunst kurz und klein gehauen wird, ist wohl nur eine Frage der Zeit.

Weiter zieht die Prozession der Kunstinteressierten. Einige Meter entfernt steht der israelische Pavillon, der aus politischen Gründen gar nicht erst eröffnet wurde. In Sichtweite stehen schwerbewaffnete Polizisten. In den australischen Pavillon werden Besucher nur in überschaubaren Grüppchen hineingelassen und von einem jungen Mann streng ermahnt, den Ureinwohnern Respekt zu zollen. An den Wänden finden sich unzählige gestrichelte Namen: ein Stammbaum der Aborigines, der Tausende von Jahren zurückreichen soll. Der indigene Künstler Archie Moore wurde für sein Werk mit dem „Goldenen Löwen“ ausgezeichnet.

Im koreanischen Pavillon hängt ein schwarzer Gnom von der Decke, der aus

seiner Mundöffnung alle paar Sekunden duftenden Nebel speit. Die koreanische Künstlerin hatte ihre Landsleute darum gebeten, Gerüche zu beschreiben, die an die Heimat erinnern. Aus den Einsendungen mischte sie diesen dschungelartigen Geruch, eine Melange aus holzig, süßlich und bitter. Was ist real, was Inszenierung?

Die Frage stellt sich spätestens auf der Giudecca, jener Insel der Lagunenstadt, auf der tatsächlich noch echte Fischer ihre Netze flicken und echte Handwerker in ihren Werkstätten hölzerne Gondeln bauen. Ein riesiges Abbild zweier Füße des Künstlers Mauricio Cattelan weist den Weg zum Frauengefängnis, dem künstlerischen Schauplatz des Vatikans. Zwei Wärterinnen in lachhafter Operettenuniform filzen die Wartenden wie ehemals am Grenzübergang zur DDR. Was, der Mädchenname steht nicht auf der Akkreditierung? Nicht zugelassen! Wie, die Akkreditierung wurde nicht im Internet ausgestellt? Durchgang verboten!

Gehört die pedantische Kontrolle womöglich mit zur Inszenierung? Jedenfalls bleibt es den abgewiesenen Besuchern erspart, in die Rolle von Voyeuren gedrängt zu werden, die neben der Kunst auch die Inhaftierten beobachten.

Zeitlos faszinierend in diesem Irrgarten aus Ethno-Arbeiten, Installationen und Endzeitstimmung bleibt ohnehin der Blick in die Paläste und Kirchen, wie in San Zaccaria, in der die lieblichste Madonna von Giovanni Bellini lächelt. Ein Glanzlicht ist auch das abendliche treppauf, treppab vorbei an gluckernden Kanälen und bröckelnden Fassaden, bis der Besucher in einer Bar mit üppig belegten Tramezzini, den belegten Weißbrotscheiben, landet, um am späteren Abend in einem Restaurant zu stranden, wo der Padrone eine Creme Brûlée zaubert, die alle tagsüber gesehene Düsternis dahinschmelzen lässt. Kochen ist eben auch eine Art von Kunst. Und gut verdaulich noch dazu.

AUSSTELLUNG

Ein zensierter Expressionist

Vor 150 Jahren wurde Otto Mueller geboren – Münster würdigt den Künstler mit einer Geburtstagsschau

Am 16. Oktober 1874 kam Otto Mueller im Riesengebirgsort Liebau [Lubawka] zur Welt. Nach seiner Lithographenlehre in Görlitz und seinem Studium an der Dresdner Akademie mauserte sich das Mitglied der Künstlergruppe „Die Brücke“ zu einem der führenden Expressionisten Deutschlands. Seine besondere Spezialität waren Frauenakte in freier Natur. Sie wirken nicht ausgezogen, sondern ihre Nacktheit erscheint als natürlicher menschlicher Zustand.

Erfolgreich war Mueller auch mit seinen „Zigeuner-Bildern“. Insbesondere diese veranlassten die Nationalsozialisten, Muellers Bilder als „entartete Kunst“ zu beschlagnahmen. Münsters LWL-Museum für Kunst und Kultur richtet Mueller eine Schau zum 150. Geburtstag aus.

Ausgestellt sind rund 100 Gemälde, Aquarelle und Graphiken des 1930 gestorbenen Künstlers. Muellers Werke zeichnen sich durch eine besondere Technik aus: Er trug Leimfarben auf grobes Jutegebe auf, das „Rupfen“ genannt wird. Im Gegensatz zur oft grellen Buntheit expressionistischer Werke weisen Muellers

Bilder gedämpfte Farben auf. Seine von Konturen eingefassten Figuren sind stark formvereinfacht wiedergegeben.

Die zentrale Bezugsperson seines Lebens lernte Mueller 1899 kennen: Maria Mayerhofer, „Maschka“ genannt. Sie war lange Jahre sein wichtigstes Modell. Als Mueller jedoch 1919 die Berufung an die

Breslauer Akademie als Lehrer für Aktmalerei annahm, blieb Maschka in Berlin. Die Scheidung erfolgte 1921. Mueller und Maschka hielten jedoch freundschaftlichen Kontakt. An der Breslauer Akademie lernte Mueller nacheinander mehrere Frauen kennen, mit denen er Liebesbeziehungen einging und die ihm Modell stan-

den. Zunächst Irene Altmann, dann Elisabeth Lübke, die ihm den Sohn Josef gebar, und schließlich Elfriede Timm. Elisabeth war seine zweite, Elfriede seine dritte Ehefrau.

Seit 1924 unternahm Mueller Studienreisen nach Südosteuropa. Besonderes Interesse entwickelte er dabei für die Minderheit der Roma, unter denen er jeweils für mehrere Wochen lebte. Zurück in Breslau fertigte er Gemälde sowie Farblithographien an, die das „Zigeunerleben“ romantisieren. Die in den Bildtiteln der Ausstellung stets durchgestrichene Bezeichnung „Zigeuner“ gilt heute als problematisch und politisch inkorrekt, weil angeblich mit Vorurteilen belastet. Und der Zentralrat der Sinti und Roma äußert: „Otto Mueller, den wir sehr schätzen und gleichzeitig kontrovers diskutieren, hat immer wieder Zigeuner (sic) gemalt, also die Konstruktion einer Gestalt, die für ihn ein möglicherweise rebellisches Ideal dargestellt hat“ – aber eben nicht reale Sinti und Roma.

Veit-Mario Thiede



Frühe Freikörperkultur: Otto Mueller, „Badende“, 1913

Foto: LWL/Hanna Neander

• www.lwl-museum-kunst-kultur.de

● MELDUNGEN

Fotogaga Ernst

Berlin – Mit der Schau „Fotogaga: Max Ernst und die Fotografie“ ist vom 18. Oktober bis 27. April 2025 im Berliner Museum für Fotografie in der Lebensstraße 2 ein Teil der Sammlung Würth zu Gast. In der Kunst des Dadaismus und Surrealismus nimmt Max Ernst eine herausragende Stellung ein. Sein Name steht für grenzüberschreitende Arbeiten, die Traum und Wirklichkeit verbinden. Die Ausstellung begibt sich erstmals auf die Suche nach Berührungspunkten zwischen seinem Werk und der Fotografie. *tws*

Kleist verspätet

Frankfurt (Oder) – Wegen des Oderhochwassers eröffnet das Kleist-Museum erst am 20. Oktober alle Räume der neuen Ausstellung über die Kleist-Erzählung „Michael Kohlhaas“. Offiziell läuft die Schau schon seit dem 8. Oktober, wobei nur der erste Raum im Rahmen von Führungen zu besichtigen war. Die Ausstellung läuft bis zum 23. Februar. *tws*

„DERRICK“

„Harry, hol schon mal den Wagen!“

„Harry, hol schon mal den Wagen!“ ist entgegen einer weitverbreiteten Mär kein einziges Mal in „Derrick“ gesagt worden. Fakt ist hingegen, dass es besagten Harry Klein bereits vor „Derrick“ gab, denn davor war er bereits Assistent von Kommissar Herbert Keller in der ZDF-Serie „Der Kommissar“.

In deren Folge 71 wurde Harry 1974 mit einem Sektumtrunk von seinen Kollegen verabschiedet, um fortan – nur wenige Zimmer weiter, wie es hieß – Stephan Derrick zu assistieren. Mancher Fernsehzuschauer wird sich damals gefragt haben, warum der Harry-Klein-Darsteller Fritz Wepper seine Serienrolle als Assistent des Kommissars Keller in der damals sehr erfolgreichen Krimiserie aufgab, um in einer neuen ZDF-Serie die Assistentenrolle zu übernehmen. Doch Wepper tat gut daran. „Der Kommissar“ endete bereits zwei Jahre später auf Wunsch Odes noch vor dem Erreichen der 100. Folge. An der Seite von Horst Tappert als Derrick konnte Wepper als Harry noch fast ein Vierteljahrhundert ermitteln.

Dabei fing es vor nunmehr einem halben Jahrhundert gar nicht gut an. Dass der Zuschauer von Beginn der Folge an den Täter kannte, kam im Gegensatz zur US-Krimiserie „Colombo“ mit Peter Falk bei der ersten „Derrick“-Staffel nicht gut an. Nach dem Wechsel zum konventionellen Schema mit dem Beginn der zweiten Staffel, bei dem der Zuschauer mitraten konnte, ging es dann bergauf. Die Serie, für die wie beim „Kommissar“ Helmut Ringelmann für die Produktion und Herbert Reinecker für das Drehbuch verantwortlich zeichneten, wurde die meistverkaufte deutsche Fernsehserie.

War „Derrick“ am Anfang ein floter, aktionsreicher Krimi, so wurde dieser schließlich zum Kammerspiel. Horst Tappert fing augenscheinlich an, statt eines normalen Kriminalbeamten sich selbst zu spielen. Derrick/Tappert bewegte sich fast nur noch in der Oberschicht, trug luxuriöse Armbanduhr von Rolex und IWC sowie modische Brillen. Dabei moralisierte und predigte er theatralisch und melodramatisch Weisheiten über das Verbrechen, den Tod und das Leben wie ein Moralphilosoph oder Geistlicher. Das signifikanteste Beispiel für das Abheben Derricks/Tapperts war 1981 der für einen gewöhnlichen Kriminalbeamten ziemlich unrealistische Wechsel beim Dienstwagen von der Mittel- zur Oberklasse, vom 5er- zum 7er-BMW.

Maßlos wird es dann in der letzten Folge. Der bisherige Oberinspektor soll Vorsitzender der Koordinierungskommission des Europäischen Kriminalamtes werden. Es gibt einen großen Festakt ihm zu Ehren, auf dem neben ihm auch der damals bekannte Regisseur, Manager, Kulturpolitiker und Intendant August Everding spricht. Im Publikum sitzt auch Derricks Kollege Hauptkommissar Leo Kress samt Mitarbeitern aus der ZDF-Krimiserie „Der Alte“. Wie zu Beginn der Geschichte von „Derrick“ kommt es also auch an dessen Schluss damit noch einmal zu einem amüsanten Crossover.

Nicht nur, dass wir seitdem auf neue „Derrick“-Folgen am Freitagabend verzichten müssen. Seit 2016 sind uns nicht einmal mehr Wiederholungen vergönnt – als wenn wir etwas dafür könnten, dass drei Jahre zuvor Tapperts Zugehörigkeit zur Waffen-SS bekannt geworden war.

Manuel Ruoff

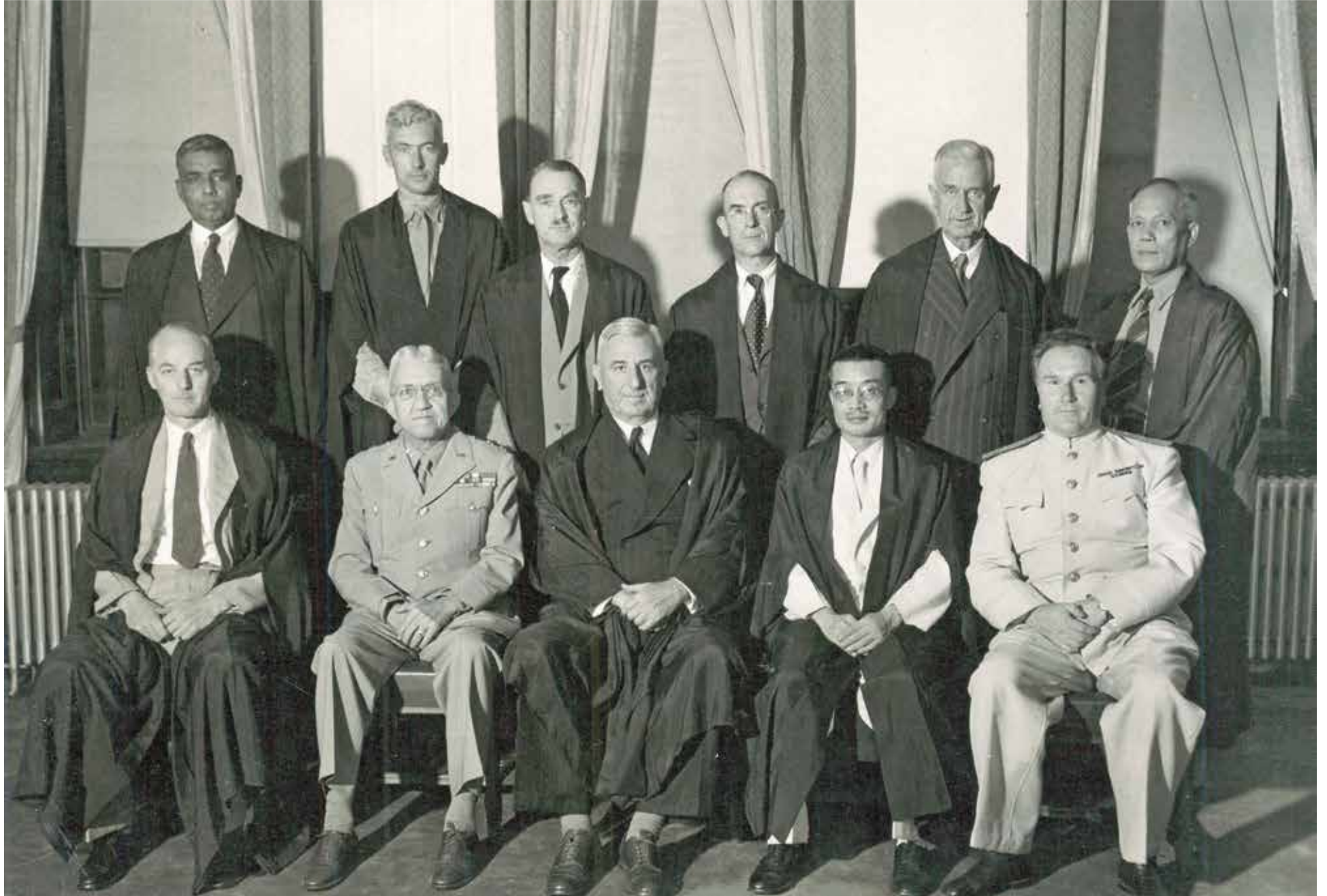


FOTO: UNITED STATES ARMY SIGNAL CORPS. NATIONAL ARCHIVES AND RECORDS ADMINISTRATION

Gruppenaufnahme des IMTTF vom 29. Juli 1946: Vorne sitzen William Donald Patrick, Myron Cady Cramer, William Flood Webb, Mei Ju-ao und Iwan Sarjanow; hinten stehen Radhabinod Pal, Bernard Victor Aloysius Röling, Edward Stuart McDougall, Henri Bernard, Erima Northcroft und Delfin Jaranilla (von links)

TOKIOTER PROZESSE

Die japanischen Pendants zu den Vorbildern aus Nürnberg

Vor 75 Jahren stellten die US-amerikanischen und internationalen Gerichte die Verfahren gegen Nippons Kriegsverbrecher ein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Neun Tage nach der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg vom 2. September 1945 befahl der US-amerikanische Fünfsternegeneral Douglas MacArthur in seiner Eigenschaft als SCAP (Oberkommandierender für die Alliierten Mächte) die Verhaftung von 39 politischen und militärischen Führern des fernöstlichen Kaiserreiches. Zu diesen gehörte nicht zuletzt General Tōjō Hideki, welcher der Einheitspartei Taisei Yokusankai vorgestanden sowie als Premier-, Heeres-, Innen-, Außen-, Kultus- und Wirtschaftsminister sowie Generalstabschef fungiert hatte. Er wurde unter anderem für den Tod von vier Millionen Chinesen und die Entfesselung des Pazifikkrieges gegen die Westalliierten verantwortlich gemacht.

Viereinhalb Monate später setzte MacArthur die Tokio Charta in Kraft, auf deren Grundlage ein Internationaler Militärgerichtshof für den Fernen Osten (IMTFO) zur Verurteilung der japanischen Kriegsverbrecher zusammentrat. Dieser Gerichtshof unterschied sich in mancherlei Hinsicht vom Nürnberger Tribunal. Zum Ersten basierte er auf keiner Vereinbarung zwischen den Siegermächten, sondern auf einer militärischen Anordnung des SCAP. Zum Zweiten stand die gesamte Zeitspanne ab der japanischen Invasion in der Mandschurei im September 1931 bis zum Kriegsende 1945 zur Verhandlung. Zum Dritten blieb der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des besiegten Landes, Kaiser Hirohito, komplett unbehelligt, weil MacArthur den Monarchen benutzen wollte, um die von

den USA oktroyierten Nachkriegsreformen in Japan möglichst reibungslos umzusetzen. Und zum Vierten war das Tribunal internationaler besetzt, wenn allerdings auch diesmal nur die Kriegssieger vertreten waren und weder Neutrale noch gar der Kriegsverlierer. In Nürnberg hatten die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion jeweils zwei Richter und einen Ankläger gestellt. In Tokio hingegen waren die vier Großmächte und sieben mit ihnen gegen Japan verbündete beziehungsweise zu deren Imperien gehörende Länder durch jeweils einen Richter und einen Ankläger vertreten.

Für die Richterbank benannten die USA erst John Patrick Higgins und dann Myron Candy Cramer, die Niederlande Bernard Victor Aloysius Röling sowie die Philippinen Delfin Jaranilla. Die UdSSR schickte Iwan Sarjanow, das Vereinigte Königreich William Donald Patrick, Frankreich Henri Bernard, China Mei Ju-ao, Neuseeland Erima Northcroft, Kanada Edward Stuart McDougall, Britisch-Indien Radhabinod Pal und Australien schließlich William Flood Webb, der den Vorsitz übernahm.

Internationalere Richterschaft

Am 29. April 1946 begann der Prozess gegen letztlich 28 Angeklagte im vormaligen Gebäude des japanischen Kriegsministeriums im Tokioter Stadtteil Ichigaya. Die Ankläger um den von den USA gestellten Chefankläger Joseph B. Keenan warfen den Beschuldigten Verschwörung gegen den Weltfrieden, Mord und Kriegsverbrechen beziehungsweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Dabei beriefen sie sich unter anderem auf die Haager Landkriegsordnung sowie die Genfer Konven-

tion. Ihr erklärtes Ziel bestand darin, alle Angeklagten „des Glammers der Nationalhelden zu berauben“.

Die Verhandlungen, in deren Verlauf 419 Zeugen gehört und 4336 Beweismittel vorgelegt wurden, erstreckten sich über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren. Dann verkündeten die elf Richter am 12. November 1948 ihr Urteil, dessen Begründung 1781 Seiten umfasste. Sieben Angeklagte erhielten die Todesstrafe. Neben Tōjō wartete der Galgen im Sugamo-Gefängnis auf die Generäle Mutō Akira, Itagaki Seishirō, Matsui Iwane, Kimura Heitarō und Doihara Kenji sowie den vormaligen Ministerpräsidenten und Außenminister Hirota Kōki. 18 weitere japanische Militärs und Politiker sowie die ehemaligen Botschafter des Kaiserreiches in Deutschland, Italien und der Sowjetunion verurteilte das IMTFO zu lebenslangen oder zeitlich begrenzten Haftstrafen.

Den Truppenkommandeuren wurden vor allem die unter ihrem Befehl verübten Massentötungen von Zivilisten und Kriegsgefangenen sowie die Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen gegen China und andere Staaten zur Last gelegt. Dahingegen musste Hirota dafür büßen, dass er nichts unternommen hatte, um das Massaker von Nanking zu verhindern, bei dem Ende 1937 bis zu 300.000 chinesische Soldaten und Einwohner der Stadt ums Leben kamen. Mitverantwortlich für dieses Verbrechen war allerdings auch Kaiser Hirohito, der am 5. August 1937 explizit den Befehl erteilt hatte, bei der Behandlung chinesischer Kriegsgefangener das geltende Kriegsvölkerrecht zu ignorieren.

Bei der Verlesung der Urteilsbegründung kam zutage, dass immerhin fünf der

elf Richter abweichende Positionen zu Protokoll gegeben hatten. So bemängelten der Vorsitzende Webb sowie Bernard aus Frankreich, dass der Kaiser nicht auf der Anklagebank saß. Noch kritischer äußerte sich Pal. Der Richter aus Indien votierte dafür, alle Angeklagten freizusprechen, und bezeichnete das IMTFO als Werkzeug einer einseitigen Siegerjustiz. Außerdem forderte er, auch die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gerichtlich zu untersuchen.

Vorrang von US-Interessen

Die Exekution der Todeskandidaten fand am 23. Dezember 1948 auf Befehl von MacArthur statt, der die Vorschläge Australiens, Kanadas, Indiens und der Niederlande hinsichtlich einer Abmilderung der Strafen brüsk zurückwies. Allerdings kam es nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Japan und den alliierten Mächten vom 8. September 1951 zu einer mehrmaligen Reduzierung der verhängten Haftstrafen. Dadurch kamen alle überlebenden Verurteilten bis 1955 frei.

Parallel zu dem großen Prozess vor dem IMTFO in Tokio fanden auf Veranlassung der USA sowie Australiens, Chinas, Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion, der Niederlande und der Philippinen zahlreiche weitere Tribunale gegen japanische Kriegsverbrecher statt. Dabei wurden 5700 Personen angeklagt, von denen 984 die Todesstrafe und 475 lebenslängliche Haftstrafen erhielten. Zu den aufgrund eines solchen Schuldspruches Gehängten zählte auch General Yamashita Tomoyuki, der Verantwortliche für die Kriegsgräuereien in Singapur und auf den Philippinen, die vermutlich 57.000 Menschenleben forderten.

Die Verfahren vor den US-Militärtribunalen endeten allesamt vor 75 Jahren am 20. Oktober 1949, ohne dass sich auch nur ein einziges Mitglied der berichtigten Einheit 731 der japanischen Kwantung-Armee vor Gericht verantworten musste, obwohl diese in der Mandschurei verbotene biologische Waffen erprobt und eingesetzt hatte. Diese Nichtverfolgung resultierte aus einem Deal mit den USA, der die Übergabe der Forschungsergebnisse im Austausch gegen strafrechtliche Immunität vorsah.

ZWEITER WELTKRIEG

Das erste dokumentierte Verbrechen der Roten Armee auf deutschem Boden

Rotarmisten verübten vor 80 Jahren das Massaker von Nemmersdorf. Mindestens 26 Bewohner des ostpreußischen Dorfes wurden ermordet. Möglicherweise waren es einige mehr

VON BJÖRN SCHUMACHER

Der 21. Oktober 1944 wurde zu einem Fanal der Grausamkeit, das als „Massaker von Nemmersdorf“ in die Annalen einging. Zuvor war es der Sowjetarmee gelungen, im Rahmen ihrer Sommeroffensive trotz hoher Verluste an Soldaten und Material sowie überdehnter Nachschubwege kurzzeitig reichsdeutsches Territorium zu besetzen. Dabei drang die 11. Sowjetische Gardearmee auf ostpreußisches Gebiet vor und erreichte am 21. Oktober 1944 den Kreis Gumbinnen, wo sie sich mit der 4. Armee der Wehrmacht erbitterte Gefechte lieferte.

Nemmersdorf hatte mit seiner enorm tragfähigen, breiten Betonbrücke über den Fluss Angerapp eine strategische Schlüsselrolle für die Sowjets. In weiser Voraussicht beschloss daher Fritz Feller, Bauernführer des Kreises Gumbinnen, am 20. Oktober 1944 die Evakuierung der Kreisbewohner in den südwestlich gelegenen Kreis Gerdauen. Fast alle Trecks aus Gumbinnen führten über Nemmersdorf und stauten sich östlich der Brücke. Hinzu kamen deutsche Militärfahrzeuge auf dem Rückzug vor der 25. Sowjetischen Panzerbrigade. Warum die bereits verminte Brücke nicht gesprengt und die Rote Armee am Vormarsch gehindert wurde, ist unklar. Vermutlich unterließ man das mit Rücksicht auf die wartenden Flüchtlingstrecks.

Östlich der Brücke war Nemmersdorf nur durch zwei Schützengräben, einen Panzergraben, eine Stacheldrahtlinie sowie unbefestigte MG-Nester der Wehrmacht geschützt. Dies konnte den Ansturm der Roten Armee nicht aufhalten. Am frühen Morgen des 21. Oktober nahmen ihre Panzerkräfte die Brücke ein und drangen in den Ort vor.

Widersprüchliche Zeugenaussagen

Was danach in Nemmersdorf geschah, lässt sich nur teilweise rekonstruieren. Fest steht, dass Rotarmisten schwere Kriegsverbrechen an den im Ort verbliebenen Zivilisten verübten. Den deutschen Befreiern, zirka hundert Mann des Panzergrenadier-Ersatzbataillons 413 sowie Einheiten der Fallschirm-Panzer-Division Hermann Göring, bot sich am 23. Oktober 1944 ein Bild des Grauens. Mindestens 26 Bewohner waren nach insoweit übereinstimmenden Zeugenaussagen ermordet worden. Dass es einige mehr waren, lässt sich nicht ausschließen. Heute gibt es in Nemmersdorf [Majakowskoje] keinen Grabstein, der auf Einzel- oder Massengräber hinweist und Rückschlüsse auf die exakte Opferzahl zulassen würde. Auch aussagekräftige Fotos solcher Grabstätten scheinen nicht zu existieren.

Ebenso ungeklärt ist der Zustand Nemmersdorfs nach den Kampfhandlungen. Obwohl der Ort heftigem Artilleriebeschuss der Wehrmacht ausgesetzt war, beschrieb ihn Fallschirm-Panzer-Soldat Harry Thürk als kaum zerstört. Ähnlich äußerte sich Bernhard Fisch, der das verlassene Nemmersdorf am 27. Oktober 1944 als Soldat einer anderen Einheit gesehen hatte. Während Feller dies in einem Fragebogenbericht von 1944 bestätigte, reichen Schilderungen überlebender Nemmersdorfer Bürger von mehreren stark beschädigten Häusern bis hin zu völliger Zerstörung. Feller korrigierte sich später und berichtete, der Ort sei zu zwei Dritteln zerstört gewesen.



Nach dem Massaker von Nemmersdorf: Ermordete Zivilisten

Foto: pa/Fotoarchiv für Zeitgeschichte/Archiv

Fakt ist dagegen die propagandistische Ausschachtung des Massakers durch die NS-Führung. Otto Dietrich, Reichspressechef der NSDAP, wies die Redaktionen der gleichgeschalteten Zeitungen am 26. Oktober 1944 an, „die grauenvollen bolschewistischen Verbrechen in Ostpreußen groß und wirkungsvoll herauszustellen und mit äußerster Schärfe zu kommentieren“. In seiner „Tagesparole“ gab Dietrich ein verbindliches Deutungsschema vor: „Ein planmäßiges, grausames Hinmorden jedes einzelnen würde Platz greifen und Deutschland in einen einzigen Friedhof verwandeln“, falls die Rote Armee ihre Divisionen wieder auf Sollstärke bringen, erneut ins Reich vorstoßen und letzten Endes siegen sollte.

Dementsprechend titelten der „Völkische Beobachter“ und die lokalen Blätter des Reiches Parolen wie „Lebend an die Wand genagelt – bisher 61 Opfer des bolschewistischen Mordterrors“, „Reihenweise geschändete und ermordete Mädchen“, „Sowjetische Bestien und Mordbrenner“.

Die Beweggründe dieser Propaganda treten deutlich zutage. Angesichts näher rückender Fronten in Ost und West so-

wie der sich verstärkenden alliierten Bomberoffensive gegen deutsche Groß- und Mittelstädte sollten die Durchhalte-moral deutscher Zivilisten sowie die Kampfmoral von Wehrmacht und Waffen-SS richtunggebend gestärkt werden.

Ein eingeübter Dreiklang dominiert

Im Übrigen hatte das von der NS-Propaganda aufgebauchte Geschehen einen realen Kern, war also kein reines Phantasieprodukt. Zumindest eine vollendete und eine weitere versuchte Vergewaltigung wurden von den betroffenen, überlebenden Frauen bezeugt. Dass es in Nemmersdorf auch Schändungen später ermordeter Frauen und Mädchen gab, ist daher durchaus wahrscheinlich.

Hinzu kommt, dass sich Nemmersdorf in die massenhaften Plünderungen, Verschleppungen, Vergewaltigungen und Ermordungen in Ost- und Mitteldeutschland während und nach dem Zweiten Weltkrieg einfügt. Hetzer und Einpeitscher par excellence war der in sowjetischen Truppenzeitungen publizierende Schriftsteller Ilja Ehrenburg, ein in Kiew geborener jüdischer Russe. Seine kaum verhüllten Forderungen, auch deutsche Zivilisten zu töten („Es gibt nichts Schö-

neres für uns als deutsche Leichen“), ergänzten sich mit Josef Stalins Weigerung, die vom Zarenreich unterzeichnete Haager Landkriegsordnung (1907) als bindend zu akzeptieren.

In der auf NS-Verbrechen und „deutsche Schuld“ fixierten Geschichtspolitik der Bundesrepublik spielt Nemmersdorf keine Rolle. Hier dominiert ein eingeübter Dreiklang aus Totschweigen, Bagatel-lisieren und Täter-Opfer-Verschiebungen. Letzteres gelingt durch Bildung eines „historischen Kontextes“, an dessen Anfang stets die Angriffe des NS-regierten Reichs auf Polen und die Sowjetunion stehen. Daraus wird die absurde These hergeleitet, Deutschland trage als Angreifer-Staat die gesamte moralische und völkerrechtliche Verantwortung für alle im Kriegsverlauf und dessen Nachgang verübten Verbrechen. Das bewährte rechtsethische Prinzip, jeden Rechtsbruch einzeln zu beleuchten und Schuldanteile individuell zu ermitteln, wird komplett ausgeblendet.

● **Dr. Björn Schumacher** ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

DDR-STAATSHYMNE

Koproduktion Bechers und Eislers

24 Tage vor der Gründung der DDR, am 13. September 1949, traf sich das Politbüro der SED in Ost-Berlin zu einer Sitzung unter der Leitung des Parteivorsitzenden und späteren Staatspräsidenten der DDR Wilhelm Pieck. Unter Punkt 4 und dem Stichwort „Deutsche Nationalhymne“ heißt es im Sitzungsprotokoll: „Genosse Ackermann wird beauftragt, mit dem Genossen Johannes R. Becher und dem Komponisten Hanns Eisler über die Schaffung einer Nationalhymne zu sprechen. Frist: 1. Oktober.“

Bis Ende Oktober hatte besagter Genosse Johannes R. Becher, Dichter und erster Präsident des Kulturbundes der DDR, einen Text verfasst. Da lud er den besagten Komponisten Hanns Eisler zu einer Feier anlässlich des 200. Geburtstags von Wolfgang von Goethe in Warschau ein, traf ihn im dortigen Hotel Bristol und bat ihn um eine Vertonung seiner Worte.

Am Nachmittag fuhren sie gemeinsam zum Geburtshaus von Frédéric Chopin im 50 Kilometer westlich der polnischen Hauptstadt liegenden Dorf Żelazowa Wola. Eisler schreibt über das Beisammensein mit Becker: „Ich hatte inzwischen eine Melodie gefunden, und auf dem alten Flügel von Chopin spielte ich sie ihm vor. Er war sehr erstaunt, daß das so rasch ging und sagte: ‚Das müssen wir uns aber noch in Berlin überlegen!‘“

In Berlin-Mitte in der Jägerstraße sollte Eisler am 4. des Folgemonats im großen Saal des „Clubs der Kulturschaffenden“ vor einem mehr oder weniger fachkundigen Publikum seine Komposition vorspielen, begleitet von einem aus Angestellten der Zentralleitung zusammengestellten provisorischen Chor.

Während Bechers Text konkurrenzlos dastand, tat dieses Eislers Komposition nicht. Becher hatte nämlich am 12. Oktober seinen Text dem Komponisten, Bratschisten und Dirigenten Ottmar Gerster, Rektor der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar, geschickt und diesen ebenfalls um eine Vertonung gebeten. Wie Eisler trug nun auch Gerster seine Vertonung vor.

Die Entscheidung fielen jedoch nicht irgendwelche Kulturschaffende und Kulturbund-Funktionäre, sondern das SED-Politbüro. Dieses kam hierzu am Vormittag des Folgetages zu einer außerordentlichen Sitzung in Piecks Wohnung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: „Text und Komposition der Nationalhymne“. Diesmal sangen statt eines improvisierten Amateurchors professionelle Opersänger von der örtlichen Oper die beiden Versionen. Das Politbüro hatte sich ja am 13. September für eine Becher-Eisler-Koproduktion ausgesprochen und gab dieser nun auch den Vorzug. Gerster hatte das Nachsehen.

Noch am Nachmittag desselben Tages wurde die Entscheidung der Partei von der Regierung offiziell nachvollzogen. Am darauffolgenden Tag wurden die Leser des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ über den Text von Becher, die Vertonung von Eisler und den Beschluss des Ministerrats informiert. Auf dem Staatsakt anlässlich des 32. Jahrestages der Oktoberrevolution, dem 7. November 1949, wurde die neue DDR-Staatshymne im Berliner Admiralspalast erstmals öffentlich aufgeführt.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer heutzutage ein Mobiltelefon mit sich herumträgt, verrät damit in der Regel auch seinen Standort, weil das Gerät mit dem Netz des Globalen Positionsbestimmungssystems (GPS) verbunden ist. Darüber hinaus besitzt jedes Gerät eine individuelle Kennung namens Mobile Advertising ID. Durch die Nutzung verschiedener Dienste und Zusatzfunktionen (Apps) stimmen die Telefonkunden gleichsam zu, dass ihre Standortdaten und IDs an Datenhändler in aller Welt gehen, welche das Paket weiterverkaufen, damit es zu Werbezwecken genutzt werden kann. Und das ist hochproblematisch.

Zum einen leidet die Privatsphäre. Zum anderen erwachsen daraus sogar Gefahren für die nationale Sicherheit. Das zeigt nicht zuletzt eine ausführliche Recherche des Bayerischen Rundfunks und des Online-Mediums „Netzpolitik – Plattform für digitale Freiheitsrechte“. Die „Netzpolitik“-Macher hatten sich an die kommerzielle Berliner Datenvermittlungsgesellschaft Datarade gewandt und daraufhin von der US-amerikanischen Datastream Group ein Konvolut mit 3,6 Milliarden Standortdaten von elf Millionen Mobiltelefonen deutscher Nutzer erhalten – und zwar als Gratiskostprobe, welche den Appetit auf weitergehende Abonnements wecken sollte.

Zielpersonen aller Art

Beispielsweise bietet Datastream für rund 14.000 US-Dollar im Monat Standortdaten und Mobile Advertising IDs von 38 Millionen Menschen in 163 Ländern der Welt an, wobei die Standortinformationen stündlich aktualisiert werden. Aber selbst das kostenlose Datenpaket war äußerst aufschlussreich beziehungsweise alarmierend, denn es erlaubte die Erstellung von zahlreichen Bewegungsprofilen.

Auf diese Weise konnte das Rechercheteam 38.000 verschiedene Einzelstandorte von 189 Personen identifizieren, die auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz Dienst tun, wo das US-Militär Atomwaffen auf deutschem Boden lagert. Weitere Bewegungsprofile ergaben sich im Bereich des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern in Berlin und der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw, in der das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr stationiert ist, sowie am Münchener Standort des Rüstungsunternehmens KNDS, welches Panzer produziert.

Mehr noch: In etlichen Fällen gelang es sogar, den Weg von Telefonbesitzern nachzuverfolgen, die offensichtlich für den Bundesnachrichtendienst (BND) oder das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeiten. Damit liegt auf der Hand, welche enormen Risiken mit der Datensammlung



Egal, wo man sich versteckt: Die Ortung per Mobiltelefon ist nahezu lückenlos

Foto: picture alliance / Westend61 | Pau Cardellach Lliso

DATENSCHUTZ

Mobiltelefone werden zum globalen Sicherheitsproblem

Die Geräte ermöglichen Überwachung und Spionage in bislang kaum gekanntem Maß. Nicht nur Privatpersonen, sondern auch die Sicherheitsinteressen ganzer Staaten sind betroffen

und Datenweitergabe zu Werbezwecken verbunden sind.

So können ausländische Nachrichtendienste oder Terroristen Zielpersonen aller Art verfolgen und dadurch auch Tarnidentitäten aufdecken oder geheime Objekte aufspüren. Zudem werden Nachrichtendienstler, Militärangehörige, Industrielle und ähnlich exponierte Akteure bei der Benutzung normaler Privattelefone zum offenen Buch für Angreifer oder Entführer. Sie wissen, wo ihre potentiellen Opfer wohnen, einkaufen, Sport treiben und so weiter – was gleichermaßen für sämtliche Familienangehörige gilt. Auch enthalten die frei auf dem Markt erhältlichen Datensätze nicht selten kompromittierende Informationen, mit denen Erpressungen möglich sind.

Beispielsweise fanden die Experten von „Netzpolitik“ 131 IDs, die sowohl in Militäreinrichtungen als auch Bordellen geortet wurden. Und schließlich können Drogenkartelle oder andere Gruppierungen der Organisierten Kriminalität mit

Hilfe der Standortdaten und IDs wertvolle Informationen über Polizeibeamte gewinnen.

„Netzpolitik“ konfrontierte den Datenvermittler Datarade, welcher übrigens durch einen High-Tech-Gründerfonds gefördert wurde, an dem die Bundesregierung beteiligt ist, mit den Rechercheergebnissen – keine Antwort. Allerdings hatte das Unternehmen im Januar gegenüber dem niederländischen BNR Nieuwsradio erklärt: „Als Plattform fungieren wir nur als Vermittler ... Selbstverständlich lassen wir nur legale Inhalte auf unserer Plattform zu.“

Wie man sich schützen kann

Hierzu meinte der grüne Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Beaufsichtigung der Nachrichtendienste des Bundes (PKGr), Konstantin von Notz: Da der freie Verkauf der Datensätze ein „relevantes Sicherheitsproblem“ schaffe, müsste das Geschäft logischerweise verboten

sein. Deshalb sollten noch vorhandene Gesetzeslücken umgehend geschlossen werden, damit der „untragbare Zustand“ ende, von dem bislang weder die „Öffentlichkeit noch die Nicht-Öffentlichkeit“ ausreichend Kenntnis erlangt hätte. Allerdings könnte die Empörung von Notz allerdings auch nur gespielt sein.

Denn: Wenn fremde Geheimdienste Werbebasierte Spionage, kurz ADINT für Advertising-Based Intelligence, betreiben, warum sollten dies nicht auch der BND, der Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr tun? Immerhin hat der stellvertretende Vorsitzende des PKGr, Roderich Kiesewetter (CDU), erst kürzlich für ADINT-Maßnahmen plädiert.

Darüber hinaus war in der Begründung zur jüngsten Novelle des BND-Gesetzes zum 14. Mai auch ausdrücklich von „Daten aus dem Ankauf zum Beispiel von umfänglichen Werbedatenbanken“ die Rede: Denn das seien samt und sonders „Informationen aus allge-

mein zugänglichen Quellen“, was spezielle gesetzliche Einschränkungen überflüssig mache. Ähnliche Freibriefe enthalten die Gesetze über die Arbeit des Verfassungsschutzes und des MAD. Auf konkrete Rückfragen von „Netzpolitik“ antworteten die Dienste beziehungsweise die zuständigen Ministerien ebenso schmallippig wie hintersinnig, man nutze „alle gesetzlich zulässigen Mittel“.

Vor diesem Hintergrund hat der Telefonbesitzer drei Möglichkeiten, wenn er sich nicht von fremden oder eigenen Geheimdiensten ausspionieren lassen will: Zum Ersten sollte er keine App verwenden, welche Standortdaten abfragt, und zum Zweiten auch den Zugriff auf die Mobile Advertising ID blockieren. Das kann beispielsweise durch die Deaktivierung der Einstellungen im Menüpunkt „Zusendung personalisierter Werbung erlauben“ erfolgen. Und zum Dritten besteht die Möglichkeit, die ID zurückzusetzen oder zu löschen.

GESELLSCHAFT

Der „Nörgler“ als Feindbild

Wer allzu viel Unzufriedenheit äußert, wird schnell als randständig, ja verwirrt in die Ecke gestellt

Das Wort „nörgeln“ fand Ende des 17. Jahrhunderts den Weg aus dem Mitteldeutschen ins Hochdeutsche. Allerdings dauerte es dann noch bis 1965, ehe der Bundesgerichtshof genau definierte, wann man aus juristischer Sicht von „Nörgelei“ sprechen könne, wobei dies nicht zufällig im Zusammenhang mit einem Ehescheidungsverfahren geschah: Nörgeln sei „unberechtigtes Herumkritisieren“, das sich auf keine sachlichen Prinzipien und Gründe stütze und in der Regel aus einem „wesenhaften Unvermögen“, also der „nörgelnden Art“ eines Menschen resultiere. Zwölf Jahre später führte die Reform des Scheidungsrechts dazu, dass die

Gerichte nicht mehr darüber befinden mussten, wann das Herumgenörgel eines der beiden Partner die Auflösung der ehelichen Gemeinschaft rechtfertigt.

Bald darauf erlebte die populärwissenschaftlich-psychologische Literatur, welche zahlreiche Ratschläge zur Bekämpfung der Veranlagung zum Nörgeln bot, einen gewaltigen Boom. Allerdings ohne großen Erfolg: Es wurde nicht nur im Privaten weiter genörgelt, sondern auch im Arbeitsleben und im Umgang mit dem Staat. Der Pionier der Soziologie Max Weber hat einmal geschrieben, dass die staatliche Bürokratie der Idealtypus einer legalen und rationalen Herrschaft sei. Schaut

man sich das Verwaltungs- und Regierungshandeln hierzulande an, so scheint Weber freilich komplett falsch zu liegen.

„Psychopathische Persönlichkeit“

Was dann wiederum erklärt, warum man die Begriffe „Staatsbürger“ und „Nörgler“ heute oft gleichbedeutend verwenden kann. Denn genörgelt wird logischerweise vor allem dann, wenn eine sachliche, auf Argumente gestützte Kritik ins Leere läuft, weil Politiker und hohe Beamte voller Sturheit darauf beharren, keine Fehler zu machen.

Anstatt von diesem hohen Ross herabzusteigen, entscheidet sich der Staat lie-

ber dafür, die von ihm selbst herangezuchteten „Meckerer“ nach Kräften zu stigmatisieren, wobei die Einführung des neuen „Phänomenbereiche“ der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ nur das vorläufige Ende einer langen Entwicklung ist, in deren Verlauf die weniger handzahmen Bürger immer wieder verbal niedergemacht wurden.

So beispielsweise in einem früheren Urteil des Bundesdisziplinarhofes, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt: Wer permanent Unzufriedenheit mit der Obrigkeit äußere, sei oft ein Mensch, „der in egozentrischer Einstellung stets glaubt, allein im Recht zu sein,

während alle anderen Unrecht tun. Er sieht immer und überall jeden auch noch so kleinen Mangel, wertet ihn auf und greift ihn mit kämpferischem Fanatismus und unter Benutzung abseitiger und herbeigeholter Argumente an. Er ist in dieser Art eine abnorme psychopathische Persönlichkeit, ohne dass diese charakterologische Abartigkeit Krankheitswert hat oder sich als Geistesschwäche werten lässt.“

Dem lässt sich freilich entgegenhalten, dass die Unterstellung, es gebe Argumente, welche von vornherein komplett indiskutabel seien, ebenfalls nicht gerade von intellektueller Brillanz zeugt. W.K.



BRANDENBURG

Ein aufsehenerregender Archäologenfund

In den Ruinen der Deutschordenskirche entdeckten Forscher die Grabplatte des Komturs Günther von Hohenstein

VON BODO BOST

Zum ersten Mal führte eine Expedition des Instituts für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften eine groß angelegte Erkundung der Ruinen der Deutschordenskirche in Brandenburg [Ushakowo] durch. Bei der Untersuchung von Kulturschichten aus dem späten Neolithikum bis zum 19. Jahrhundert sammelten die Archäologen eine große Anzahl wertvoller Funde.

Insbesondere fanden sie den Grabstein von Günther von Hohenstein, der als verschollen galt. Hohenstein (1310–1380) war eine der berühmtesten historischen Persönlichkeiten seiner Zeit, sein Name wird wiederholt in historischen Chroniken erwähnt. Er stammte aus dem thüringischen Grafengeschlecht der von Hohenstein und wurde Mitglied des Deutschen Ordens.

Große Zahl wertvoller Funde

1344 wurde er als Komtur der Burg von Schwetz erwähnt. In dieser Funktion erwarb er sich die besondere Gunst von Karl IV. (1346–1378), dem Erben der böhmischen Krone und späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, der nach seiner Rückkehr vom Kreuzzug nach Litauen die Burg besuchte: In den Chroniken wird wiederholt erwähnt, dass Karl ihn bei Festen zu sich rief und ihn unter den anderen Komturen besonders hervorhob. Im Jahr 1349 wurde Günther von Hohenstein Komtur der Burg Osterode [Ostróda], neben der er die Burg Hohenstein [Olsztyn] im heute zur Republik Polen gehörenden Teil Ostpreußens gründete.

Im Jahr 1370 wurde Hohenstein Komtur von Brandenburg. In den Chroniken wird erwähnt, dass ihm 1379 ein Reliquienschein mit einem Teil der Reliquien der heiligen Katharina von Kaiser Karl IV. als Zeichen der Gunst des Kaisers überreicht wurde. Zu dieser Reliquie fanden anschließend lange Wallfahrten statt. Die Reliquien gelangten später in die Marienburg, wo sie in der Kapelle des Hochmeis-



In den Ruinen der Burg Brandenburg: Archäologen entdeckten den erhalten gebliebenen und als verschollen geltenden Grabstein des Komturs Günther von Hohenstein (l.). Von der Kirche ist nur der Turm erhalten (r.)



Fotos: Screenshot Gruppe „Natangija“

Die Siedlung Brandenburg im preußischen Siedlungsgebiet Natangen entstand im 13. Jahrhundert gleichzeitig mit der Burg am Ufer des Frischen Haffs, an einer stark befahrenen Straße, in der Nähe der Bucht und des Flusses Frisching, was zu ihrer raschen Entwicklung beitrug. Die Burg Brandenburg wurde 1266 von Brandenburgs Markgraf Otto III. (1215–1267) während seines dritten Kreuzzugs nach Preußen gegründet.

Einst stolze Siedlung, heute Ruinen

Die Burg war das Zentrum der gleichnamigen Komturei, deren Gebiet sich bis zu den Masurischen Seen erstreckte. Das feste Schloss war ein Zwischenglied in der Befestigungskette Balga–Königsberg. „Große Handelsstadt“ wurde Brandenburg sogar in alten Büchern genannt, mit dem Verfall der Ordensburg ging jedoch auch der Niedergang des Städtchens einher. Zuletzt hatte Brandenburg zur deutschen Zeit 1600 Einwohner. Die Schlosskirche bestand aus einem einschiffigen gotischen Gebäude mit einer halbrunden Apsis, was sie von allen anderen Kirchen in Ostpreußen unterscheidet. Heute sind von der Kirche nur noch Ruinen übrig, und von den Mauern ist nur noch der Turm erhalten, der im 17. Jahrhundert gebaut wurde.

War der große Bau um 1750 noch Bleibe für das Justizkolleg, so begann bald danach der ungehemmte Verfall. Das Haupthaus ging völlig verloren. Die Vorburg diente zuletzt der Domäne Brandenburg als Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Heute sind die meisten Häuser der Ortschaft verfallen und scheinen dem Untergang geweiht. Die Ruine ist in Russlands staatliche Liste der erhaltenswerten Architekturdenkmäler aufgenommen. Laut einer Liste des „Forbes Magazines“ ist die Burg eine der am meisten vom Verfall bedrohten Denkmäler der Russischen Föderation. Nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg wurde es bis heute nicht restauriert. Vielmehr wurde es von russischen Neusiedlern zur Gewinnung von Baumaterial verwendet.

ters, der St. Katharinenkapelle, aufgestellt wurden.

Es ist nicht bekannt, welchen Gefallen Hohenstein dem König erwiesen hat, vielleicht hing es mit den Umständen der Rettung Karls nach seiner Gefangennahme in der Nähe der Stadt Kalisch durch die Männer des polnischen Königs Kasimir III. zusammen. Als eine der wichtigsten Leistungen, die mit dem Namen Ho-

henstein verbunden sind, gilt der Abschluss eines zehnjährigen Waffenstillstands zwischen Preußen und Russland im Jahre 1379. Ein Jahr später, 1380, starb der Komtur auf der Burg Brandenburg und wurde in der Kirche beigesetzt.

Auf dem wiederentdeckten Grabstein ist Hohenstein in voller Größe abgebildet, die Inschrift ist lesbar, sie lautet: „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Hei-

ligen Geistes. Im Jahre 1380 n. Chr., am Maria-Magdalena-Tag, ruhte Günther von Hohenstein hier friedlich. Schaut auf die Stelle, wo er begraben ist, der Herr wird seine Seele empfangen.“ Allerdings wurden bei der Ausgrabung keine Spuren der Komtur-Bestattung selbst gefunden: Vielleicht wurde die Platte verlegt oder die Grabstätte befindet sich in einem anderen Teil der Kirche.

ALLENSTEIN

Appelle für mehr Achtsamkeit im Straßenverkehr

Weil Strafen gegen Handynutzung wenig Wirkung zeigten: Städte setzen auf visuelle Maßnahmen zum Schutz von Fußgängern

Ein zunehmendes Problem in der heutigen digitalen Gesellschaft besteht darin, dass Passanten auf ihr Mobiltelefon starren, anstatt auf den Verkehr zu achten. Das führt zu immer mehr Unfällen mit Beteiligung von Fußgängern. Polizeistatistiken zeigen, dass die meisten von ihnen auf Fahrbahnen getötet werden.

Die Sicherheit von Fußgängern kann auf viele Arten verbessert werden, von der Aufklärung bis zum Bau sicherer Fußgängerüberwege. Die wirksamste Methode, die Sicherheit zu erhöhen, sind finanzielle Strafmaßnahmen.

Nach dem neuen Gebührentarif, der Anfang letzten Jahres in der Republik Polen in Kraft getreten ist, beträgt das Bußgeld für die Benutzung eines Mobiltelefons an einem Zebrastreifen etwa 70 Euro überwegen auf eine Polizeistreife zu treffen, ist jedoch verschwindend gering, sodass das Verbot der Handynutzung



Vor Zebrastreifen: Sichtbare Warnung

beim Überqueren der Straße oft nicht beachtet wird.

Symbole auf dem Boden

Deshalb wurden in vielen polnischen Städten Zeichen auf den Bürgersteig vor den Zebrastreifen gemalt, die daran erinnern, dass man beim Überqueren der Straße nicht auf den Bildschirm des Mobiltelefons schauen sollte. Solche Warnhinweise gibt es schon in Groß Bertung, Wimitten, Darethen, Mauden, Klein Bertung, Reussen, Stabigotten und in der Allensteiner Wohnsiedlung Jomendorf. Bereits zuvor hatten Feuerwehrleute der Freiwilligen Feuerwehr in Groß Bertung reflektierende Bänder an den Schildern angebracht, die über Fußgängerüberwege in der Bartaska-Straße, an der Grenze zwischen Allenstein und der Gemeinde Stabigotten, informieren. Die im Dunkeln leuchtenden Elemente sollen die Sicht-

barkeit der Kreuzungen und damit die der Fußgänger verbessern. Die Freiwillige Feuerwehr ermutigt die Fußgänger, leuchtende Armbänder an ihren Rucksäcken, Taschen, Armen oder Beinen anzubringen, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit spazieren gehen oder anderen Aktivitäten nachgehen, damit die Autofahrer die Fußgänger im Dunkeln und unter schwierigen Bedingungen sehen können. Auch die Polizei appelliert an die Fußgänger, ihre Mobiltelefone wegzulegen, die Kopfhörer aus den Ohren zu nehmen und sich auf die Straße zu konzentrieren, wenn sie die Fahrbahn überqueren. Nur so könne man sein Ziel sicher erreichen.

Die Gemeinde Stabigotten investiert schon seit Jahren in die Verbesserung der Sicherheit an Fußgängerübergängen. Sie profitiert dabei unter anderem von staatlichen Subventionen. Die Kommunalverwaltungen können auf einen Sonderfonds

zurückgreifen, um die Situation gerade an Fußgängerüberwegen in Kreisen und Gemeinden zu verbessern. Im Durchschnitt belaufen sich die jährlichen Mittel auf umgerechnet mehr als sieben Millionen Euro für die Woiwodschaft. Die Beschriftungen auf den Gehwegen vor Fußgängerüberwegen variieren in Inhalt und Form, in Elbing sind beispielsweise Symbole eines durchgestrichenen Mobiltelefons vor Zebrastreifen aufgemalt, und in Rastenburg wurden folgendermaßen lautende Aufschriften angebracht: „Legen Sie das Handy weg und bleiben Sie am Leben!“

In Allenstein, der größten Stadt im südlichen Ostpreußen, gibt es relativ wenige dieser Warnhinweise und -symbole, weshalb Autofahrer fordern, sie in größerer Zahl aufzustellen, insbesondere an stark befahrenen Kreuzungen und an sensiblen Punkten wie Schulen oder Krankenhäusern.

Dawid Kazański



ZUM 102. GEBURTSTAG

Herrmann, Martha, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Lamß, Elisabeth, aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Rußland, Gerda, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dieckmann, Margarete, geb. **Kebbedies**, aus Taabern, Kreis Mohrungen, am 18. Oktober
Pankuweit, Heinrich, aus Bonn, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. Oktober
Seifert, Elfriede, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Thiel, Lieselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, 22. Oktober
Heinemann, Annemarie, geb. **Moselewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fox, Gerhard, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Hellmig, Gisela, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartosik, Werner, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Hinze, Lydia, geb. **Preuß**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober
Pohlentz-Boehlke, Hannelore, aus Mohrungen, am 19. Oktober
Riedel, Githa, aus Insel, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Stauer, Grete, geb. **Goldwich**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fröhlich, Ernst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Gehlhaar, Charlotte, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Grambow, Lisa, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Plöhn, Margarete, geb. **Krebs-ties**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Schwamborn, Betty, geb. **Cy-trich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Windhofer, Ursula, geb. **Fox**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 22. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blättermann, Gertrud, geb. **Lunk**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Broska, Ingeborg, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Dude, Hildegard, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Flegel, Anneliese, geb. **Piwek**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober
Gusek, Horst, aus Treuburg, am 23. Oktober
Jorgowski, Hildegard, geb. **Czierlinski**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kuhlmann, Waltraud, geb. **Kowalzik**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Marks, Hans-Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Prommnitz, Ilse, geb. **Bolz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Reinhardt, Gerhard, aus Wehlau, am 20. Oktober
Stramm, Herbert, aus Gubitten, Kreis Mohrungen, am 20. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Begunk, Waltraut, geb. **Nied-zwetzki**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Benten, Erna, geb. **Birk**, aus Karnitten, Kreis Mohrungen, am 19. Oktober
Grondowski, Waltraut, geb. **Dorhs**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Heins, Elfriede, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, am 23. Oktober
Lamczyk, Elfriede, geb. **Rosa**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Müller, Eva, geb. **Bähr**, aus Mohrungen, am 18. Oktober
Schippel, Klaus, aus Prostken, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Schulz, Werner, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Waldhecker, Gisela, aus Lyck, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartschat, Horst, aus Gru-ten, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Braun, Lieselotte, geb. **Schwarzat**, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Döbler, Anita, geb. **Syperek**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Eckert, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Freis, Inge, geb. **Steinke**, aus Lyck, Hindenburgstraße 17, am 20. Oktober
Fritzenkötter, Margot, geb. **Böhm**, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Mintel, Gerhard, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Patz, Helmut, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Woweries, Christel, geb. **Lobbe**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober
Zieziulewicz, Käte, geb. **Scherotzki**, aus Thomken, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bentrup, Inge, geb. **Kempka**, aus Ortelsburg-Waldsee, am 21. Oktober
Hansch, Liesbeth, geb. **Janowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober

Ostpreußisch behütet

Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung

John, Herbert, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober
Konietzny, Edeltraud, geb. **Sokolowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Oktober
Mordhorst, Inge, geb. **Sudau**, aus Tapiau, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober
Somplatzki, Erwin, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Stengel, Irmgard, geb. **Groß**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bäsmann, Ute, geb. **Waldhauer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Böning, Helga, geb. **Haberland**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Oktober
Gottowik, Eberhard, aus Klausen, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Halgebauer, Erika, geb. **Czybulka**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Jelonnek, Irmgard, geb. **Klekotta**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Kempka, Walter, Kreisgemeinschaft Neidenburg, und aus Neuenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober
Lempio, Hans-Jürgen, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Miermann, Helga, geb. **Makrutzki**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober
Pezold, Erika, geb. **Loetz**, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober

Riemann, Reinhard, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Rosenau, Heinz, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Schmidt, Werner, aus Lyck, am 23. Oktober
Seiffert, Irmgard, geb. **Marchlewitz**, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 22. Oktober
Skilandat, Erhard, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Warnat, Wolfgang, aus Königsberg, am 18. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dohna-Lauck, Graf Peter, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 18. Oktober
Gehrs, Gudrun, geb. **Sommerfeld**, aus Liebenau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Klesatschke, Annemarie Helga, geb. **Herbst**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Schmidt, Renate, geb. **Holländer**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober
Willhöft, Regina, geb. **Prill**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Porten, Angelika, geb. **Schäfer**, aus Wehlau, am 21. Oktober
Voitel, Christel, geb. **Jobs**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Oktober

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel und geben Sie stets den letzten Heimatort an



Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

- 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-**den in Wuppertal (gT)
- 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
- 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in

Wuppertal (gT)
Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 44/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 44/2024 (Erstverkaufstag 1. November) **bis spätestens Dienstag, den 22. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



MENSCH JESUS

Essayistische Auseinandersetzung mit dem wahren Menschen Jesus von Nazareth
von WILLI und MARGUERITE KOLLO

Eine Trilogie des Glaubens

Anlässlich des grausamen Überfalls durch die palästinensische Organisation HAMAS auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023:
Die muslimische Religion des Islam, der KORAN, befiehlt die Vernichtung Andersgläubiger: Juden und Christen!
In den muslimischen Völkern/Ländern gibt es keine Trennung von Staat und Kirche/Religion, wie bei uns seit der Weimarer Reichsverfassung von 1919, Art. 137
Der Koran/Scharia ist das Grundgesetz des Muslims.
Zu bestellen bei shop.tredition.com
Hardcover-ISBN: 978-3-384-33671-2 – office@kollo.com

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Erntedank
Nürnberg – Dienstag, 29. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1: Erntedankfest der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern.

**Hessen**

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Kulturtagung
Wetzlar – Der neue Landesvorsitzende des Landesverbandes der Ost- und Westpreußen in Hessen,

Gerd-Helmut Schäfer, zeigt sich erfreut, dass die jährliche Kulturtagung des Verbandes so gut besucht war. 41 Teilnehmer des insgesamt 200 Mitglieder umfassenden Landesverbandes waren in die Wetzlarer Stadthalle gekommen. Dabei erinnerten die Redner an das Schicksal der Vertriebenen und Geflüchteten sowie an die ost- und westpreußische Kultur und das Brauchtum. Dies gelte es zu bewahren. Dafür setzen sich die Geflüchteten und deren Nachfahren in sieben Kreisverbänden ein.

Herzstück des zweitägigen Treffens waren die Berichte von Geflüchteten und deren Angehörigen. So schilderte die 1938 geborene Gisela Keller, die aus dem Kreis Gumbinnen, Ostpreußen, stammt, wie die Familie flüchten musste. Im Dorf Schöten bei Apolda in Thüringen fand die Familie zunächst ein Obdach. Der Vater war aus der Tschechei zu Fuß nach Thüringen geflüchtet und traf dort seine Familie wieder. In der DDR machte sie eine Ausbildung in einem HO-Laden, Handels-Organisation war das staatlicher Einzelhandelsunternehmen in der DDR. Sie entschloss sich zur Flucht nach

Westdeutschland. Diese Reise führte über Berlin und per Flugzeug nach Hamburg. Von dort ging es zu Verwandten in Niedersachsen. Schließlich zog sie nach Rodermark in Südhessen. Hier hat sie Christian Keller kennengelernt, geheiratet, ein Haus gebaut und eine Familie gegründet. Mit ihrer Heimat verbinde sie noch immer die Liebe zur Scholle. Ihr Mann erzählte die Lebenserinnerungen aus seiner Sicht.

Der Frankfurter Stephan Kannowski hatte im vergangenen Jahr seine Reiseerfahrungen auf den Spuren seines Großvaters geschildert. In diesem Jahr führte er einen 35-minütigen Film vor, den er aus den unzähligen Handy-Video-Filmen zusammengestellt hat. Zunächst hatte er sich auf den Weg nach Königsberg aufgemacht, um das Haus seiner Großeltern zu finden. In Ostpreußens Hauptstadt fasste der 53-Jährige den Entschluss, Hunderte Kilometer zurückzulegen bis an die chinesische Grenze nach Prokopjewsk in Sibirien, wo das Grab des Großvaters sein soll. Dort konnte er mithilfe einer Baptistengemeinde in einem Birkenwald einen Friedhof deutscher Soldaten finden. Eine Liste mit 245 Namen bestätigt, dass auch der Großvater dort in der Nähe eines Gefangenenlagers bestattet wurde.

Das Wissen um die Schicksale von Geflüchteten und Vertriebenen gerät immer mehr in Vergessenheit. Aus diesem Grund hat der LOW-Hessen auf seiner Internetseite www.low-hessen.de ein Projekt begonnen unter dem Titel „Verstorbene Vertriebene aus Ost- und Westpreußen in Hessen“. Das berichtete Vorstandsmitglied Fritz Loseries. Er ist dabei 100.000 Sterbeurkunden 1960 bis 1962 zu sichten und auszuwerten. Bisher hat er 2000 Sterbeurkunden ausgewertet und 1500 Namen in das Verzeichnis aufgenommen.

Er fand heraus, dass im Jahr 1946 insgesamt 33.793 Geflüchtete aus Ostpreußen in Hessen registriert waren. Bis 1950 wuchs diese

Zahl durch die Vertreibungen auf 60.113 Personen an. Aus Westpreußen sind 1946 17.835 Menschen registriert. 1950 waren es 597.287.
Lothar Rühl

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

75 Jahre LO LG NRW e.V.
Düsseldorf – Sonnabend, 19. Oktober, 13 bis 17.30 Uhr, Gerhart Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Gedenk- und Kulturveranstaltung 75 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. moderiert von Dr. Bärbel Beutner, stellvertretende Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen NRW.

**Sachsen**

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Vortrag: Oberländischer Kanal
Dresden – Dienstag, 5. November, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96: Der Oberländische Kanal.

»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fuggert Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE33

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.
Flensburg – Mittwoch, 23. Oktober, 12 Uhr, TSB-Heim: Wrukenessen mit anschließendem Vortrag von Herrn Stange zum Tag der Heimat „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft“.

PAZ wirkt!

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. – Erntedank Flensburg – Die Sonne hatte ihr strahlendstes Lachen aufgesetzt und die Kirche St. Michael am Ochsenmarkt war dank großzügiger Spenden mit Feld- und Gartenfrüchten wie Blumen herbstlich geschmückt. Eine gemischte Gemeinde – vom Kind, das eben Laufen gelernt hatte, bis zum weit über 80-jährigen Gläubigen, darunter immerhin ein Drittel unserer Mitglieder – hatte sich versammelt, um mit Pastorin Sabrina Stralschus für eine reiche Ernte zu danken. Schüler der benachbarten Grundschule hatten nicht nur ein Anspiel einstudiert und dargeboten, sondern gestalteten einen Teil der Andacht durch weitere Beiträge mit. So war es ein nicht alltäglicher, aber gerade die Kinder stark einbeziehender Gottesdienst, der besonders bei diesen großen Anklang fand.

Es schloss sich das traditionelle Erntedank-Essen an: Wruken, manche sagen auch Steckrübe, mit allem Drum und Dran, das gut munde; den Mitgliedern des Kirchengemeinderates sei herzlich für die Bewirtung gedankt. *Michael Weber*

**Königsberg-Stadt**

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbuero@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Versammlung und Vortrag
Duisburg – Sonnabend, 26. Oktober, 11 Uhr, Karmelplatz 5, Vortragsraum des Stadtarchivs, befindet sich beim Patenschaftsbüro: Vortrag „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“ von Jörn Pekrul und Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V.

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt Duisburg durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt; 11.30 Uhr: „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“, Vortrag mit Fotopräsentation von Pekrul, Berlin. Pekrul ist ausgewiesener Kenner Königsbergs und Autor zahlreicher Publikationen zur ostpreußischen Geschichte; 12.30 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitgliederversammlung gemäß Tagesordnung.

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme im Patenschaftsbüro bei Valentina Fischer an.

**Tilsit-Stadt**

Stadtvertreter: Uwe Jörg Schmickt, Niederwallstraße 13, 10117 Berlin, Telefon (0171) 7196434, E-Mail: ujs@mail.de

Neue Stadtvertreterin
Entsprechend Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SG

Fortsetzung auf Seite 16



Zeigt seinen Film gern, Telefon (0157) 31108944, E-Mail: stephan.kannowski@gmx.de: Stephan Kannowski drehte einen Film über die Suche nach seinem verstorbenen Großvater
Foto: Lothar Rühl

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C

ANZEIGE

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

[illegible]

Historisches Seminar der Landsmannschaft Ostpreußen

Fünf von fünf Sternen

„Stationen ostpreußischer Geschichte“ – die Teilnehmer in Helmstedt waren sehr zufrieden

VON ANDREAS GALENSKI

Die östliche Hälfte der ehemaligen Provinz Preußen bildet seit dem 1. Januar 1878 eine eigene Provinz: Ostpreußen. Die Provinz liegt im Norddeutschen Tiefland, ist aber keineswegs flach, sondern weist einen großen Wechsel von Hügelland und Ebenen auf, die in der südlichen Hälfte von der Ostpreußischen Seenplatte durchzogen werden. So vielfältig wie die topographische Gliederung des Landes sind auch die Geschichte und die Menschen der Region. Aus dieser Quelle schöpfte die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ihre Themen für das bereits neunte Seminar mit dem Titel „Stationen ostpreußischer Geschichte“.

Ein Wochenende lang lauschten fünfzig Teilnehmer den Ausführungen der kompetenten Referenten, die Dr. Sebastian Husen, Geschäftsführer der LO, gewinnen konnte. Nach der obligatorischen Vorstellungsrunde der Teilnehmer folgte am Freitag der erste Vortrag.

Der Maler Alfred Partikel

Jan Rüttinger M.A., Kustos und stellvertretender Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, stellte das Werk des Malers Alfred Partikel vor. Der 1888 in Goldap geborene und 1945 in Ahrenshoop verschollene Maler war ein bedeutender Darsteller der ostpreußischen Landschaft, insbesondere der masurischen Hügellandschaft südlich seiner Heimatstadt. Rüttinger ging auf die verschiedenen Wirkungsstätten des Malers ein, beginnend mit seiner abgebrochenen Ausbildung an der Königsberger Kunstgewerbeschule, dem Wechsel an die Königsberger Kunstakademie, über Stationen in München, Weimar, Berlin oder Rom bis zu seiner Berufung als Professor für die Landschaftsklasse an die Königsberger Kunstakademie. An den Wirkungsstätten lernte er bedeutende Maler seiner Zeit kennen und erprobte sich in verschiedenen Stilrichtungen. Das Interesse an zeitgenössischen Künstlern führte ihn von der klassischen Landschaftsmalerei zum Expressionismus und Kubismus, um sich dann der Neuen Sachlichkeit zuzuwenden. Im Zuge der nationalsozialistischen Aktion „Entartete Kunst“ wurden Partikels Bilder aus mehreren Museen entfernt. Heute hängen seine Werke im Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg, in der Kunsthalle Mannheim, in der Berliner Galerie, in Rostock und in Ahrenshoop. Prof. Dr. Bernd Ulrich Hucker eröffnete das Programm am Sonnabend mit seinem Vortrag über die Entstehung des Deutschen Ordens

in Palästina und Preußen. Ein spannendes Thema, nicht minder spannend ist Huckers eigener Wegdegang. Der Historiker und Erzählforscher lehrte mittelalterliche Geschichte an den Universitäten Bamberg, Berlin, Konstanz, Basel, Osnabrück und Vechta, war Mitbegründer des Instituts für Geschichte und Historische Landesforschung, dessen Direktor er siebzehn Jahre lang gewesen ist, und hat es als „Deutscher Forscher Waldemar Isfeld“ sogar in einen viel beachteten Roman geschafft.

Die Geschichte des Deutschen Ordens, der heute seinen Hauptsitz in Wien hat, begann in Palästina. Dort gründeten bremische und lübische Kaufleute während des dritten Kreuzzuges um 1190 in der Stadt Akkon ein Hospital. Aus den Segeltüchern der Bremer Koggen, die übrigens sehr effiziente Großkampfschiffe waren, entstand ein Feldlazarett. In diesem wurden die Kranken und Verwundeten vom Orden der Brüder vom Deutschen Hospital Stankt Mariens in Jerusalem behandelt und gepflegt. Papst Innozenz III. bestätigte 1199 die Umwandlung der Hospitalgemeinschaft in einen Ritterorden. Der Orden breitete sich zunächst im Mittelmeerraum und in Siebenbürgen aus.

Die Goldene Bulle von Rimini war der Auslöser für das Engagement des Ordens im Preußenland. Mit dieser Bulle belehnte der römisch-deutsche Kaiser Friedrich II. den Deutschen Orden 1226 mit der Herrschaft über das Kulmer Land östlich der unteren Weichsel zwischen dem Gebiet des Herzogs von Masowien und dem der Prußen. Der Kaiser beauftragte den Orden mit der Bekämpfung des heidnischen Prußenstammes und sicherte ihm die Landeshoheit über das noch zu erobernde Gebiet zu. Die Bulle erklärte das gesamte Land als Teil des römisch-deutschen Reiches. Straff geführt von den Hochmeistern und dank einer effizienten Verwaltung entwickelte sich der Ordensstaat zur stärksten Macht im Ostseeraum.

Deportationsjahre in Sibirien

Sehr persönlich war der Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer. Das Thema lautete: „Otto Schäfer aus dem Memelland - Seine Deportationsjahre in Sibirien (1949-1958)“ und handelte von seinem Vater. Aber auch Ottos Frau und der kleine Gerd-Helmut wurden deportiert.

Die Kontakte zum Bund der Vertriebenen, das Engagement in der Landsmannschaft Ostpreußen und die Verbindungen zum Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge waren bei der Aufarbeitung der Familiengeschichte sehr wichtig.

Die wechselvolle Geschichte des Memellandes in der Zwischenkriegszeit wurde dargestellt. Der Sonderstatus des Memellandes nach der Annexion durch Litauen machte aus Otto Schäfer einen „litauischen Bürger des Memellandes“. Nach 1945 erfolgte durch die neuen russischen Machthaber die Kollektivierung der Landwirtschaft, der auch der 100 Morgen (etwa 25 Hektar) große Hof der Schäfers zum Opfer fiel. Im Zuge der Umsiedlungsaktionen unter dem Decknamen „Весна“, was so viel wie Frühling bedeutet, wurde die Familie nach Sibirien deportiert. Die Umstände der Deportation ähnelten vielen deutschen Schicksalen jener Zeit: Zusammengepfercht in Viehwaggons, ohne Essen und Trinken, fuhr die menschliche Kriegsbeute ins Ungewisse. Viele Tote, zu viele Tote – sie wurden einfach aus dem Zug geworfen.

Die Schäfers und eine weitere deutsche Familie kamen in eine russische Kolchose. Hier kamen den ostpreußischen Verschleppten ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse zugute. Otto fügte sich gut in die Kolchosengemeinschaft ein und durfte sogar mit Hilfe anderer Dorfbewohner ein kleines Blockhaus bauen. Die Deportation endete nach neun Jahren und neun Monaten, als Otto Schäfer mit seiner Familie wieder deutschen Boden betrat. Das war am 22. Dezember 1958.

Alltagskultur in Königsberg

Die Historikerin und Ausstellungskuratorin Mareike Schönle war einigen Seminarteilnehmern bereits bekannt, hatte sie doch im vergangenen Jahr ihre Arbeit für die Kantausstellung in Bonn und Lüneburg vorgestellt, als deren Ergebnis die Ausstellungsbesucher mit Hilfe einer Virtual-Reality-Brille Immanuel Kant bei seinem Spaziergang durch die Straßen Königsbergs begleiten können.

Diesmal trug die Referentin allerdings den Titel Dr. des. - ein Doktorgrad, der zwischen dem Abschluss des Promotionsverfahrens und der Veröffentlichung der Dissertation geführt werden darf. Und das Thema der Dissertation war auch das Thema ihres Vortrags „Königsberg im Kaiserreich. Alltagskultur einer Metropole um 1900“. Die auf sieben Hügeln erbaute Stadt vereinte viele unterschiedliche soziale Gruppen. Sie war Hansestadt, Universitätsstadt, Garnisonsstadt, es gab Unternehmer, Handwerker, Beamte, Kaufleute, Angestellte und Arbeiter – insgesamt 189.483 Einwohner. Grundlage für die Auswertung waren die Adressbucheinträge mit genauer Berufsbezeichnung und

Wohnstraße. Die nicht immer eindeutige Abgrenzung der Stadtbezirke musste im Einzelfall neu definiert werden, um die sozialen Gruppen in ihren Quartieren widerzuspiegeln. Es gab Wohnquartiere, die überwiegend von Kaufleuten, Handwerkern oder Arbeitern bewohnt wurden. Durch die Überlagerung der einzelnen Gruppen ergaben sich mehr oder weniger große Schnittmengen.

Das nächste Seminar in diesem Format findet statt vom 25. bis 27. April 2025 in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt

Die empirische Studie zur Gesellschaftsgeschichte der Stadt Königsberg ist ein Schlüssel zum Verständnis der östlichsten deutschen Großstadt und ihrer Strukturen um 1900. Damals wie heute gilt jedoch: Menschen prägen Städte und Städte prägen Menschen.

Immanuel Kant an einem gewöhnlichen Dienstag

Im Kantjahr soll natürlich auch an den Königsberger Aufklärer und Weltkenner erinnert werden. Allerdings nicht mit reißerischen Überschriften wie „Kant – Mit Sex und Kanzlerrede“ (Die Zeit) oder „300 Jahre Kant: Sex und Gender“, wie unlängst ein Philosophie-Blog titelte, sondern sachlich und akribisch recherchiert. Schlicht „Ein Tag im Leben Immanuel Kants“ lautete der Titel des Vortrags von Dr. Uwe Rose. Der Referent wählte einen gewöhnlichen Wochentag, Dienstag, den 14. Oktober 1794. Kant war zu diesem Zeitpunkt bereits 70 Jahre alt. Er wohnte in einem Haus in der Prinzessinnenstraße, gleich hinter dem Schloss. Ihm zur Seite stand der treue Diener Martin Lampe, der nach seinem Abschied aus der preußischen Armee in Kants Dienste getreten war. Seine Hauptwerke hatte Kant bereits veröffentlicht, die „Metaphysik der Sitten“ und die Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ sollten noch folgen.

Es ist viertel vor fünf, als Lampe mit dem Weckruf „Es ist Zeit!“ Kants Schlafzimmer betritt und

die Vorhänge des Fensters zur Seite zieht. Um fünf setzt sich Kant an seinen Teetisch, trinkt Tee und zieht an seiner Pfeife. Von sieben bis neun, manchmal auch von acht bis zehn, hält er Vorlesungen in seinem Haus. Danach zieht er sich zurück, um an seinen Schriften zu arbeiten. Um Viertel vor eins folgt das Mittagessen, zu dem er Freunde und Kollegen eingeladen hat. Anschließend unternimmt Kant einen einstündigen Spaziergang zur Festung Friedrichsburg. Danach widmet er sich seiner Korrespondenz, liest Zeitungen und Reisebeschreibungen. Um zehn Uhr geht er zu Bett, um sieben Stunden später wieder aufzustehen und den Kreislauf von neuem zu beginnen.

Rose, studierter Philosoph und Germanist, gab auch eine Kostprobe aus seinem Buch „Verliebt in die Metaphysik“, das kein Fachbuch ist, sondern ein leicht verständliches Lebensbild Kants.

Die philosophischen Gespräche dieses Tages dauerten bis in die späten Abendstunden und endeten in der Bierklausur nach einigen geistreichen Getränken mit neuen Sichtweisen und Erkenntnissen.

Polonisierung, Indoktrination und sozialistischen Erziehung

Das Schicksal elternloser Kinder in Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg war das Thema von Dr. Teresa Willenborg, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Geschichte, Ethik und Theorie der Medizin der Universität Magdeburg. Ein Thema voller Leid und Entbehrungen, erzählt an drei konkreten Schicksalen, denen von Horst Beling, Amalie B. und Alfred Czesla. Sie wurden durch Kriegshandlungen zu Waisen, gingen in den Wirren des Krieges verloren oder wurden ihren Eltern gewaltsam entrissen, wie im Internierungs- und Arbeitslager für Deutsche in Potulice.

Viele der Kinder wurden in polnische Familien eingegliedert, von Russen verschleppt und russifiziert, zur Zwangsarbeit in polnische Arbeitslager gezwungen oder als billige Arbeitskräfte von einem polnischen Kleinbauern zum anderen gegen Geldzahlungen weitergereicht.

Der Staat machte es sich zur Aufgabe, ein ethnisch reines Polen zu schaffen. Die Kinder sollten zwangsweise in den polnischen Staat assimiliert werden. Sie kamen in polnische Heime und Pflegefamilien, erhielten polnisch klingende Namen, sollten die Sprache lernen. Da Kinder aus Masuren ohnehin als „eingedeutschte Polen“ galten, betrieb man eine „Reintegration in die polnische Gesellschaft“.

Die eingangs erwähnten Kinder Horst, Amalie und Alfred haben die Maßnahmen der Polonisierung, Indoktrination und sozialistischen Erziehung auf unterschiedliche Weise über sich ergehen lassen. Die Erstgenannten fanden nach langer Zeit in der Bundesrepublik eine neue Heimat. Alfred hingegen blieb in Polen, zerrissen zwischen zwei Identitäten. Für seine Arbeit als Mitbegründer der Organisationen der deutschen Minderheit in der Region Ermland-Masuren sowie der Masurischen Evangelischen Gesellschaft erhielt der „deutsche Masure“ Dr. Alfred Czesla sogar das Bundesverdienstkreuz.

In der anschließenden Frageunde kam ein Zeitzeuge zu Wort, der die Verhältnisse im Lager Potulice aus der Sicht seiner internierten Eltern schilderte. Die gewaltsame Wegnahme der Kinder von ihren Müttern, die Verbringung der Leichen in die Massengräber und der ständige Hunger. Er habe auch an Gedenkveranstaltungen in Potulice teilgenommen, die aber schon lange nicht mehr stattfänden. Solche Veranstaltungen passen wohl auch nicht in das Bild von Polen als Opferstaat.

Kopernikanische Wende

Prof. Dr. Marie-Luise Heckmann von der Universität Potsdam erläuterte die Kometenwahrnehmung in Preußen und im südlichen Ostseeraum im 16. und 17. Jahrhundert und die kopernikanische Wende.

Ausgehend von der Feststellung, dass Kometen in der kopernikanischen Lehre kaum eine Rolle spielten, ging Heckmann auf die Wissenschaftler der Folgezeit ein. Anhand der veröffentlichten Schriften zeigte sie das Spannungsfeld auf, in dem sich die Kometenforscher bewegten. Hin- und hergerissen zwischen Astronomie, Heiliger Schrift, Mathematik und Physik suchten sie nach Antworten in ihrer Kometenforschung. Ein Prozess, der bis in die heutige Zeit reicht und zeigt, dass eine wissenschaftliche These nur so lange Gültigkeit hat, bis sie widerlegt wird.

Das gemeinsame Singen des Ostpreußenliedes mit Akkordeonbegleitung bildete den offiziellen Abschluss des wie immer lehrreichen und kurzweiligen Bildungswochenendes.

Das Seminar wurde aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg gefördert.

Allgemeines Fazit der Teilnehmer: Das Seminar war sehr interessant und hilfreich. Die Referenten waren sehr kompetent. Bewertung: fünf von fünf Sternen.



Die Referenten des Geschichtsseminars (von links): Gerd-Helmut Schäfer referierte zur Deportation seines Vaters Otto und zeigte dabei die wechselvolle Geschichte des Memellandes in der Zwischenkriegszeit, Dr. Uwe Rose beschäftigte sich mit dem Leben und Wirken Immanuel Kants an einem gewöhnlichen Tag, Jan Rüttinger stellt das Werk Alfred Partikels, ein bedeutender Maler der ostpreußischen Landschaften, vor, Dr. Mareike Schönle referiert über Ostpreußens Hauptstadt Königsberg und seiner Alltagsstruktur um 1900, Dr. Teresa Willenborg widmete sich in ihrem Vortrag den elternlosen Kindern in Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg und Prof. Dr. Bernd Ulrich Hucker referierte zur Entstehung des Deutschen Ordens. Es fehlt Prof. Dr. Marie-Luise Heckmann von der Universität Potsdam, die die Kometenwahrnehmung in Preußen und im südlichen Ostseeraum im 16. und 17. Jahrhundert und die kopernikanische Wende erläuterte

Fotos (6): Andreas Galenski

KÖNIGSBERG I

Königsberg als preußische Garnisonsstadt

Über 5800 Mann waren in der ostpreußischen Hauptstadt stationiert – Bei den Einwohnern waren die Regimentskapellen sehr beliebt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aufgrund der exponierten Lage Königsbergs und der schwer zu sichernden Grenzen Ostpreußens avancierte die Stadt am Pregel ab dem Jahr 1642 zu einem überaus wichtigen Truppenstandort.

Zunächst wurde hier die Kurfürstliche Leibgarde zu Fuß stationiert, aus der das Grenadier-Regiment Nr. 4 entstand. Später kamen das Grenadier-Regiment Nr. 1 und das Infanterie-Regiment Nr. 11 hinzu.

1741 wiederum erhielt Königsberg dann sogar eine militärische Ausbildungsstätte, die École Militaire. Dem schloss sich 1796 die Aufstellung des 1. Feldartillerie-Regiments an. 1855 zog zudem das Kürassier-Regiment „Graf Wrangel“ in der ostpreußischen Hauptstadt ein. 1861 und 1864 folgten das Infanterie-Regiment „Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz“ und das Fußartillerie-Regiment „von Linger“. Zum Zeitpunkt der Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 standen damit rund 5800 Mann in Königsberg.

Die Paukenhunde der Infanterie

Von der stetig wachsenden Bedeutung der Garnisonsstadt zeugte in den Jahren danach auch die Anlage von zwei Schießplätzen in Karschau und Altenberg (1874). Außerdem waren die Fertigstellung des Lazaretts in der Yorckstraße (1879) sowie die Eröffnung des großen Offizierkasinos im Gouverneurshaus (1891) ein weiterer Meilenstein, der Königsberg zunehmend zu einem wichtigen sowie wertvollen Militärstützpunkt machte. Des Weiteren gab es ab 1870 zwei Militärfriedhöfe. Dagegen ging die Garnisonskirche verloren, denn dieses Bauwerk von 1671 musste 1892, also gut 200 Jahre später, abgerissen werden. Allerdings konnte das Militär dafür ab 1816 die Schlosskirche nutzen.

Bei der Bevölkerung sehr beliebt waren die Musikkapellen der Königsberger Regimenter, die bis 1914 regelmäßig Kon-



FOTO (Q): BILDARCHIV OSTPREUSSEN

Kaiserliche Soldaten 1889 auf dem Vormarsch (o.l.), Abmarsch 1941 aus der Königsberger Bismarckschule (o.r.), Schlachtreihe beim Grenadier-Regiment Kronprinz Nr. 1 um 1915 (u.l.), Regimentsversammlung 1915 auf dem Kasernenhof der École Militaire (u.r.)

zerte gaben. Besondere Popularität erlangten dabei die „Paukenhunde“ des Infanterie-Regiments „Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz“, welche die Instrumentenwagen der Regimentskapelle zogen, und der Dirigent Gustav Albrecht Sabac el Cher vom Grenadier-Regiment Nr. 1, der selbst etliche Musikstücke komponierte. Sein Vater stammte aus dem heutigen Sudan und hatte Prinz Albrecht von Preußen als Kammerherr gedient.

Pferde zur Musterung

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges befanden sich dann folgende militärische Einrichtungen in Königsberg: das Generalkommando des I. Armeekorps, das Kom-

mando der I. Division, die Stäbe der 2. Infanterie-, 1. Kavallerie- und 1. Feldartillerie-Brigade sowie das Gouvernement der Festung Königsberg. Dazu kamen Artillerie- und Traindepots, das Bekleidungs- und das Proviantamt sowie eine Pferdevormerkungskommission.

Darüber hinaus lagen in den Kasernen der Stadt und deren Umfeld die beiden Grenadier-Regimenter „Kronprinz“ und „König Friedrich Wilhelm I.“, ein Infanterie-Regiment, ein Kavallerie-Regiment, das 1. und 2. Ostpreußische Feldartillerie-Regiment, ein Fußartillerie-Regiment, zwei Pionier-Bataillone, eine Festungs-, eine Fernsprech- und eine Festungs-Maschinengewehr-Abteilung, die Ostpreußi-

sche Train-Abteilung, die 3. Kompanie des Flieger-Bataillons Nr. 2 sowie die 2. Kompanie des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2, welche über zwei Militärluftschiffe vom Typ Parseval und Zeppelin verfügte, die in der Luftschiffhalle von Klein Amalienau auf ihren Einsatz warteten.

Ausbau der Wehrmacht

Während der Zeit des 100.000-Mann-Heeres der Weimarer Republik schmolz die Königsberger Garnison deutlich zusammen, blieb aber dennoch die größte in Deutschland. An höheren Stäben standen in Königsberg nun das Wehrkreiskommando I, das Kommando der I. Division, der Stab des Artillerieführers I sowie die

Festungskommandantur. Die Truppe wiederum bestand aus je einem Infanterie-, Reiter- und Artillerieregiment sowie kleineren Pionier-, Nachrichten-, Kraftfahrer- und Sanitätseinheiten.

Dann begann der Ausbau der Wehrmacht. Im Zuge dessen bezog das neue Generalkommando des I. Armeekorps drei große Bürohäuser an der Cranzer Allee. Gleichzeitig wurde das Infanterieregiment 1 um spezielle Panzer-Abwehr-Kompanien erweitert. Die Artillerie hingegen erhielt eine zusätzliche schwere motorisierte Abteilung und das 1. Pionier-Bataillon ein motorisiertes Korps. Die 1. Nachrichtenabteilung wuchs um eine Festungs-Funkstelle sowie eine Horchstelle. Ganz neu dazu kamen des Weiteren die Panzerabwehr-Abteilungen 1, 11 und 21.

Stationierung von Jagdmaschinen

Außerdem waren dem Generalkommando des I. Armeekorps die Psychologische Prüfstelle I, das Wehrmacht-Fürsorge- und Versorgungsamt, der Wehrkreisveterinärpark und das Wehrkreispferdelazarett unterstellt. Darüber hinaus existierten etliche Dienststellen im direkten Verantwortungsbereich des Oberkommandos der Wehrmacht beziehungsweise des Heeres wie die Nachrichten- und Transportkommandantur, die Wehrwirtschaftsinspektion I, dazu das Feldzeugkommando I, das Heeresbekleidungsamt sowie die Heeresleherschmiede.

Und ab dem Beginn des Zweiten Weltkrieges diente der bislang zivile Königsberger Flughafen Devau dann als Basis für die Kurierstaffel 2, die Flugbereitschaft des Luftgaukommandos I sowie die Blindflugschule 3. Ebenso verlegten später auch der Stab und die I., II. und III. Gruppe des Zerstörergeschwaders 26 der Luftwaffe nach Königsberg. Diese Verbände verfügten vorrangig über zweimotorige Jagdmaschinen des Typs Messerschmitt Bf 110, welche als Schlachtflugzeuge und Nachtjäger eingesetzt wurden.

KÖNIGSBERG II

Putin droht mit noch mehr Raketen in Königsberg

Die Exklave ist für die Russische Föderation derart von strategischer Bedeutung, dass Moskau dort nachweislich massiv aufrüstet

Wenn die USA Langstreckenwaffen in der Bundesrepublik stationieren, wird sich die Russische Föderation als frei von einem Moratorium für die Stationierung seiner Mittel- und Kurzstreckenraketen betrachten. Damit drohte Wladimir Putin bei einer Parade zum Tag der Marine in St. Petersburg. Ihm zufolge werden sich wichtige russische Regierungs- und Militäreinrichtungen in Reichweite der in Deutschland stationierten US-Raketen befinden. Die Raketen hätten eine Annäherungszeit von etwa zehn Minuten.

Das Weiße Haus teilte am 10. Juli mit, dass die Vereinigten Staaten SM-6- und Tomahawk-Raketen in Deutschland stationieren werden, wobei die Stationierung erst 2026 beginnen soll. Die Mittelstrecken-Marschflugkörper können Ziele in einer Entfernung von bis zu 2500 Kilometern treffen. Mit dieser militärischen Fähigkeit würde die NATO in der Lage sein, fast jedes Ziel in Russland zu treffen.

Washington hatte Ende der 1990er Jahre, nach dem Ende des Kalten Krieges, alle Langstreckenwaffen aus Deutschland abgezogen. In geheimen Gesprächen mit den USA in den letzten Monaten habe die Bundesregierung die Stationierung der Waffen speziell in Deutschland und nicht

anderswo in Europa bevorzugt, heißt es. Die Entscheidung sei darauf zurückzuführen, dass die neue Aufrüstung der Russischen Föderation mit konventionellen Langstreckenwaffen ein Ungleichgewicht im Vergleich zur NATO schaffe. Insbesondere hat Moskau eine beträchtliche Anzahl von Mittel- und Langstreckenraketen in Königsberg [Kaliningrad] stationiert, von wo aus sie fast jedes Ziel in Europa treffen können.

In den Vereinigten Staaten werden Marschflugkörper dieser Reichweite, die von Schiffen als auch von mobilen Abschussvorrichtungen aus gestartet werden können, ebenfalls als militärisch wertvoll angesehen. Bislang hat Washington diese Waffen aber vor allem im pazifischen Raum stationiert.

Russische Muskelspiele

Dabei könnte die Exklave eine sehr gewichtige Rolle spielen. Es ist der geographische Standort, der Königsberg für Putin so wertvoll macht: Einerseits als Zugang zur Ostsee, andererseits die generelle Nähe zu den westlichen Staaten in Europa. Somit werden die dort bereits von den Russen gelagerten Raketen, die mit atomaren Sprengköpfen bestückt sind,



Königsberg ist umringt von westlichen Staaten: Berlin ist nur 500 Kilometer entfernt und somit ein leichtes Ziel für Putin Foto: mauritius images / Colin Waters / Alamy

immer wichtiger, je länger der Krieg mit der Ukraine dauert.

Das von Berlin rund 500 Kilometer entfernte Königsberg wurde in den letzten Monaten von Putin mehrfach besucht. Es waren keine Abstecher aus Freundschaft oder aus Liebe zur Stadt, sondern rein militärische Absichten. Denn strategisch ist die Exklave für den russischen

Präsidenten ein wahrer Glücksfall. Nicht umsonst wird Königsberg auch als der „Stachel Russlands in Europa“ oder unter den Militärs als „bewaffnete Faust“ bezeichnet. Und das hat seinen guten Grund: Quasi umringt von europäischen Staaten kann Putin hier die Muskeln spielen lassen, was dann weitaus mehr als nur ein Schauspiel oder folgenloses Gehabe ist,

sondern ein kräftiges Muskelzucken, das Signale sendet, und zwar Bedrohung.

Hohe Zahl an Hyperschall-Raketen

War Königsberg nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine wahre Brücke der neuen Verständigung und des Austauschs zwischen Ost und West, hat Moskau die Hauptstadt Ostpreußens nun zu einer militärischen und bis an die Zähne bewaffnete Sperrzone umfunktioniert. Hier ist der Hauptstützpunkt der russisch-baltischen Flotte zu Hause und es herrscht angeblich die höchste Dichte an Luftabwehrsystemen des Typs S-400.

Noch bedrohlicher und zugleich exorbitant gefährlicher sind die hier ebenfalls stationierten Kinschal-Hyperschall-Raketen (siehe Seite 2) Diese werden hier nicht nur von der NATO vermutet, sondern Putin hat bereits 2018 offen zugegeben, diese furchtbaren Waffensysteme in und um Königsberg verteilt zu haben. Und als ob das nicht genügen würde, droht er nun, die Anzahl und damit die Dichte an Raketen noch weiter zu erhöhen. Und auch die Stationierung von Atomraketen ist keine bloße Vermutung. Denn entsprechende Ausbaumaßnahmen wurden schon 2022 ausgeführt. bob/JE

JUBILÄUM 1824 – 2024

Jahrestagung am Gründungsort Stettin

200 Jahre Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst – Festempfang im Schloss

VON BERND JORDAN

Die diesjährige Jahrestagung der Gesellschaft für pommersche Geschichte Altertumskunde und Kunst e.V. fand vom 26. bis 29. September aus gegebenem Anlass in der pommerschen Provinzhauptstadt Stettin statt. Hier wurde im Jahr 1824 im Stettiner Schloss die Gesellschaft unter maßgeblicher Mitwirkung des damaligen Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Johann August Sack, gegründet. Auch nach 200 Jahren spielte das Schloss wieder eine wichtige Rolle während dieser Tagung.

Die Unterbringung, die gastronomische Versorgung und die meisten Veranstaltungen während dieser Tage fanden im Hotel „Radisson Blu“ statt. Nach dem Abendessen am ersten Abend erfolgte die Begrüßung der Teilnehmer durch Dr. Wilfried Hornburg, dem Vorsitzenden der Gesellschaft.

Den nachfolgenden Einführungsvortrag hielt Prof. Dr. Rafal Makala von der Universität Danzig. Er sprach zum Thema „Kunstförderung als Politik am Stettiner Hofe der Herzöge von Pommern im 16. und 17. Jahrhundert“. Die Fakten zu dieser Thematik sowie die Rhetorik des Vortragenden beeindruckten die anwesenden Zuhörer.

Vielseitiges Programm

Am zweiten Tag, dem 27. September, bildeten die Teilnehmer der Jahrestagung zwei Gruppen. Die erste Gruppe absolvierte einen Stadtrundgang unter der Führung des in Stettin geborenen Mitglieds der Gesellschaft, Rolf Schneider. Die zweite Gruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Haik-Thomas Porada nahm an einer Führung im Museum der Stadt Stettin teil. Die Führung durch die Gemäldesammlung in diesem Haus übernahm Kinga Krasnodebska. Nach eineinhalb Stun-



Auf der Hakenterrasse in Stettin: Teilnehmer der Jubiläumsveranstaltung

den erfolgte der Wechsel dieser zwei Gruppen.

Um 15 Uhr begann für alle Teilnehmer der Festempfang im Schloss der Pommerschen Herzöge. Hier am Ort der Gründung der Gesellschaft vor 200 Jahren begrüßte der Vorsitzende die Mitglieder sowie die Gäste. Es folgten Grußworte verschiedener pommernspezifischer Einrichtungen. So überbrachte die Leiterin des Pommerschen Landesmuseums Greifswald, Dr. Ruth Slenczka, die Grüße des Museums. Dr. Irmfried Garbe sprach für die Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte. Für die erkrankte Vorsitzende der Historischen Kommission für Pommern, Dr. Jana Olschewski, verlas Prof. Dr. Porada die Grußworte. Klaus-Dieter Kreplin sprach für den Pommerschen Greif e.V. Der Vorsitzende der Stiftung „Haus Stettin“, Bernd Köpcke, übernahm die Grußansprache für den Lei-

ter des „Hauses Stettin“, der leider verhindert war. Für den Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine wollte Dr. Martin Schoebel die Grüße überbringen. Da er leider nicht kommen konnte, übernahm Dr. Garbe das Verlesen der Grußworte.

Die angekündigten Grüße von Heiko Miraß, dem parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg, konnte er erst am Sonnabend persönlich überbringen. Von den eingeladenen polnischen Gästen von der Woiwodschaft, der Universität Stettin, des Staatsarchivs Stettin, des Museums der Stadt Stettin und des Schlosses Stettin überbrachte nur der stellvertretende Leiter des Schlosses der Pommerschen Herzöge eine Grußansprache.

Anschließend hielt der Vorsitzende, Dr. Wilfried Hornburg, die Festrede anlässlich des 200. Jahrestages der Grün-

dung der Gesellschaft. Dabei ging er auf Höhepunkte, Persönlichkeiten und auch auf Probleme der altherwürdigen Gesellschaft ein.

Der dritte Tag, der 28. September, begann mit den Grüßen des parlamentarischen Staatssekretärs Heiko Miraß. Er verwies auf die Bedeutung der Gesellschaft für den vorpommerschen Landesteil sowie für die Geschichte Pommerns insgesamt. Der Staatssekretär machte den anwesenden Mitgliedern der Gesellschaft Mut für die weitere Tätigkeit in den kommenden Jahren.

Blitz in die Zukunft

Traditionell stand dann der Tag im Zeichen der Vorträge und der Mitgliederversammlung. Den Vortragsreigen eröffnete Dr. Maciej Szukala aus Stettin mit dem Thema „Die Akten der Gesellschaft für pommersche Geschichte in den Beständen des Staatsarchivs in Stettin“. Ihm folgte der Vortrag von Prof. Dr. Porada mit dem Titel „Bischof Otto von Bamberg – Apostel der Pommern. Die Jubiläen seiner Missionsreisen als Teil der regionalen Erinnerungskultur“. Dr. Irmfried Garbe verlas den Vortrag von Dr. Martin Schoebel, der den Titel trug „Die Sammeltätigkeit der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst als Satzungsauftrag, Aufbau und Verbleib der Sammlungen“. Den Abschluss bildete der Vortrag „Die Gegenwart der Geschichte bei Caspar David Friedrich“ von Dr. Ruth Slenczka vom Pommerschen Landesmuseum Greifswald.

Um 16 Uhr begann die Mitgliederversammlung mit ihren feststehenden Regularien. In den Aussprachen gab es Hinweise, Anregungen und auch Kritik für die weitere Arbeit der Gesellschaft. Zum würdigen Abschluss der Jahrestagung sangen die Mitglieder drei Strophen des „Pommernliedes“ des gebürtigen Stettiners Adolf Pompe.

● MELDUNGEN

Stoewer, Pomerode und Wettbewerb

Stettin – Derzeit werden die letzten Szenen zum Film „Das Stoewer-Impe-rium. Von der Waschmaschine zur Limousine“ in der Odermetropole abgedreht. Federführend dabei: Journalistin Helena Kwiatkowska. Sie drehte zuvor einen Film über Johannes Quistorp. TS

Greifswald – Bis zum 31. Oktober können sich Künstler (ab 15 Jahren) am gesamt-pommerschen Wettbewerb „Caspar David Friedrich – Romantiker Pommerns“ mit ihren Werken beteiligen. Adresse für Deutsche: Pommersches Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald. TS

Lauenburg – Im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerkes Chotischow soll auch die Bahnstrecke zwischen Lauenburg und Leba modernisiert werden. Dazu werden auch die Haltepunkte erneuert und neue eingerichtet. Die Erneuerungen der Strecke erfolgt bis 2029. TS

Wolgast – Vom 11. bis 13. Oktober fand im Wolgaster Ratssaal des Kornspeichers die Fachtagung „Mission in eine Welt im Wandel“ anlässlich des 900. Jubiläums der Missionsreisen Otto von Bamberg statt. Neben Vorträgen in- und ausländischer Referenten stand auch eine entsprechende Exkursion auf dem Plan. TS

Pomerode, Santa Catarina, Brasilien – Am 26. und 27. Oktober wird der 17. Internationale Pomerode-Marathon auf den Strecken von sechs, 21 (Halbmarathon) und 42 Kilometern gelaufen. Besonderheit der Veranstaltung mit Volksfestcharakter: Es gibt sogar Fassbier für die Läufer. Pomerode wurde 1863 von pommerschen Siedlern gegründet. TS

VOGELWELT

Tierisches Naturschauspiel an Pommerns Küste

Alle Jahre wieder erklingen schmetternde Trompetenrufe tausender Kraniche und der Gesang der Wildgänse und Singschwäne

Flieg, Vogel, flieg! Und schon sind sie wieder da, die Zugvögel aus Skandinavien und dem Baltikum. Sie versammeln sich alljährlich an der vorpommerschen Küste zwischen Darß und Stettiner Haff zur großen Herbstrast.

Allen voran bestimmen abertausende Kraniche das Bild an den Bodden und Buchten sowie auf den Feldern im Hinterland. Sie erfüllen die eher ruhige Herbststimmung in diesem Landstrich mit Kilometer weit zu hörendem Getröte, das sich häufig mit dem Krakeelen zahlloser nordischer Wildgansscharen mischt. Fallen dann noch die Schalmäienchöre der Singschwäne mit ein, ist das visuelle und phonetische Schauspiel perfekt. Es sucht seinesgleichen und zieht deshalb Natururlauber vor allem aus Süddeutschland an, wo es solche Auftritte nicht gibt. Kraniche avancieren zu den Lieblingsvögeln der Touristen, die das Geschehen aus respektvoller Distanz mit Ferngläsern und Teleobjektiv bewehrten Kameras verfolgen.

Die Tagesstunden verbringen die hungrigen Großvögel vor allem auf abgernteten Äckern, um sich an zurückgebliebenem Erntegut zu bedienen. Auch wenn in den vergangenen milden Wintern manche Trupps kraftsparend im Lande blieben, führt sie der Herbstzug im Nor-

malfall immerhin über Westeuropa bis nach Südspanien. Eine solche Wegstrecke kostet Energie. Die bäuerlichen Gratisgaben werden deshalb rigoros genutzt, um sich Reserven anzufüttern.

Wer die meist eifrig pickenden Herbstgäste in so großer Zahl beobachtet, meint mitunter zwar, dass nach einigen Tagen jedes Maiskorn, jedes Wurmgetier aufgepickt sein müsste, doch finden die stochernden Schnäbel immer wieder neue Nahrung. Zum Ärger betroffener Landwirte, denn die einen Meter großen Vögel beschränken sich keineswegs auf Ernterückstände, sie machen sich auch über frisch bestellte Wintersaaten her. Der Staat gewährt jedoch je nach Umfang der Schäden einen finanziellen Ausgleich.

In der Dämmerung fliegen sie satt, guter Dinge und grandiose Rufkonzerte auf-führend direkt an den Küsten ein, wo sie im seichten Wasser stehend, aber doch schlafend die Nächte verbringen. Raubtiere, etwa Füchse, können ihnen dort nichts anhaben. Die viele Kilometer weiten, für Kraniche sicheren Flachwasserzonen und das günstige Nahrungsangebot sind Gründe für die Nordländer, sich an der vorpommerschen Küste in solchen Mengen einzufinden. Allerdings sind auch aus dem Binnenland bemerkenswerte An-

sammlungen bekannt, etwa an der unteren Peene bei Anklam, der Trebel- und Peeneniederung unweit der Stadt Demmin sowie an der Müritz.

In Groß Mohrdorf, nordwestlich von Stralsund gelegen, befindet sich seit 1996 das Kranichzentrum des Naturschutzbundes, in dem die Arbeitsgemeinschaft Kranichschutz ihren Sitz hat. Hier beobachten, analysieren und dokumentieren die Wissenschaftler unter anderem das gesamte Zuggeschehen, das durchaus Veränderungen unterliegt. Auch wird mit vielen ehrenamtlichen Helfern die Entwick-

lung der heimischen und der bundesweiten Brutpopulationen erfasst. Das Zentrum widmet sich zudem der internationalen Forschung, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und bietet Führungen zu attraktiven Aussichtspunkten an der nur zwei Kilometer entfernten Boddenküste an.

Wie steht es eigentlich um die Situation der heimischen Brutkraniche im Nordosten Deutschlands? Die Vögel wählen gern möglichst störungsfreie Sümpfe, Brüche und Moore als Fortpflanzungsstätten. Der Stettiner Ornithologe Paul Robin bezeichnete Kraniche in den 1920er

Jahren für Vorpommern als eher selten vorkommend. Später, so um 1970, beziferten Ornithologen den Bestand im heutigen Mecklenburg-Vorpommern allerdings schon auf etwa 300 Paare, womit sich tatsächlich eine positive Tendenz abzeichnete, die in ihrer Intensität kaum jemand unter den Fachleuten für möglich hielt. Gegenwärtig geht man im nordöstlichen Bundesland von einem Brutbestand von sage und schreibe mindestens 5000 Paaren aus. Eine Größenordnung, die nicht annähernd von den Nachbarländern erreicht wird. Die Art hat sich damit zwischen Elbe und Oder zu einem wahren Charaktervogel gemausert.

Ihre Zahl nimmt aber auch in anderen Teilen Deutschlands allmählich zu. Nach Angaben des Kranichzentrums kommen dem Wert von Mecklenburg-Vorpommern am nächsten Brandenburg mit etwa 3300 Paaren und Niedersachsen mit 2000. Sachsen-Anhalt mit knapp 1000, Schleswig-Holstein mit 550 und Sachsen mit knapp 400 Brutpaaren holen inzwischen ebenfalls auf. Der Südwesten Deutschlands gilt dagegen noch als kranichfrei. Karl-Heinz Engel



An Vorpommerns Boddenküste: Tausende Kraniche aus Skandinavien und dem Baltikum legen hier eine Herbstrast ein Foto: Engel

● NABU-Kranichzentrum: www.kraniche.de

„Fehler machen nur andere. Wie einfach!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Sie überraschen mich immer, wie viel Neuartiges sich in der ‚Preußischen‘ verbirgt“

Hannah Seeliger-Widmann, Köthen



Ausgabe Nr. 40

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SANKTIONEN GEGEN UKRAINE?

ZU: 14 SANKTIONSPAKETE SCHADEN DER EU MEHR ALS RUSSLAND (NR. 41)

Vielen Dank für den zutreffenden Artikel. Sanktionen haben bisher noch keinen Diktator von seinen Vorhaben abgehalten. Bisher haben sie nur der Europäischen Union geschadet. Die EU-Funktionäre begreifen das leider nicht, deshalb sollten die EU-Staaten endlich ein Machtwort sprechen und diesem Unsinn ein Ende machen. Und wenn die Ukraine kein russisches Gas mehr durchlässt, sollten die EU-Staaten keine Waffen oder Gelder mehr an die Ukraine geben. Mal sehen, was Herr Selenskyj dazu sagen würde.

Gereon Backmann, Neubiberg

NACHHOLBEDARF IN LITAUEN

ZU: ALS LITAUER OSTPREUSSENS WILDNIS URBANISIERTEN (NR. 40)

Der Autor schreibt, dass die Bundesrepublik Deutschland bis heute auf jegliche offizielle Erinnerung an die litauische Bevölkerung in Ostpreußen verzichtet.

In der Tat besteht in Deutschland kaum Interesse an Themen wie Ostpreußen, Memelland und das sogenannte Preußisch-Litauen. Ich schreibe manchmal Artikel zur Geologie und zum Grundwasser für die lokale Presse in Südbaden, die gerne entgegengenommen werden; nicht hingegen mein Aufsatz über eine 98-jährige Ostpreuße in der Nachbarschaft. Das sei Schnee von gestern, passe gar nicht in unsere Zeit und interessiere praktisch niemanden, so die mündliche Begründung der Redaktion.

Immerhin bietet die deutsche Internetseite „Ostpreußen wiki-fandom“ (ostpreussen.fandom.com/de/wiki/Ostpreußen) ergiebige Informationen zu den preußischen Litauern im Ostpreußen. Darin ist unter anderem beschrieben, dass der Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich III., im Jahr 1878 die Petition der preußischen Litauer gegen den Abbau des muttersprachlichen Unterrichts (Stich-

wort: Kulturkampf) und die Delegation mit Interesse, Rührung und mit Wohlwollen empfangen hat. Daraufhin wurde 1879 die Litauische Literarische Gesellschaft gegründet. Belegt ist, dass sich die deutsche Seite vielseitig für die litauische Sprache eingesetzt hat.

Wäre es nicht vor allem Aufgabe des litauischen Staates, der protestantischen preußischen Litauer zu gedenken? Der von Litauen organisierte Tag des Genozids an der Bevölkerung Kleinlitauens am 16. Oktober geht an diesem Thema vorbei.

Bei meinen Besichtigungen in Memel [Klaipėda] sind mir vor allem national gesinnte Gedenktafeln aufgefallen, die das Abtrennen des Memellands vom damaligen Deutschen Reich verherrlichen, ferner die Steinskulptur Memelland zusammengeklammert mit Litauen und das monumentale Denkmal des (von Litauen inszenierten) Aufstandes von 1923 gegen die deutsche Präsenz in Memel.

Informationen in der Stadt zu den Memelländern und zu den protestantischen Litauern habe ich in Klaipėda – bis auf das Denkmal der Flucht der Memelländer vor der Sowjetarmei im Herbst 1944 – vor dem Bahnhof nicht gesehen. Besteht hier nicht Nachholbedarf auf der litauischen Seite, um der Geschichte gerecht zu werden?

Dr. Bernhard Grimm, Breisach

EINE KASTE PRIVILEGIERTER

ZU: EINE WEIBLICHE SICHT AUF DIE WELT (NR. 40)

Eine Ausstellung für Frauen durch Frauen? Darin liegt etwas Diskriminierendes, Ausschließendes, wo eigentlich die Freiheit des Geistes und der Genius der Kunst herrschen sollten.

Die Emanzipation der Frauen im 20. Jahrhundert, losgetreten durch die Männer der Wirtschaft und der Politik, die einen am Zugewinn, die anderen an der Ausweitung ihrer Macht interessiert, haben eine neue Kaste Privilegierter geschaffen, die zusätzlich zu ihren historischen Sonderrechten ständig nach mehr Rechten verlangen. Insofern finde ich,

sollte man(n) und Frau solche Veranstaltungen grundsätzlich meiden.

Peter Wendt, Hamburg

FEHLERHAFTE REGIERUNG

ZU: DEUTSCHLAND STEHT VOR EINEM „HERBST DER ENTSCHEIDUNGEN“ (NR. 39)

Ist es wirklich erst der „Herbst“? Die derzeitige Regierung ist entscheidungsunfähig, und wenn sie Entscheidungen trifft, ist es immer gegen die Interessen Deutschlands und seiner Bürger. Aber das trifft nicht nur auf die Politik zu.

Auch die Wirtschaft macht Fehler, indem auch sie entweder keine oder keine vorausschauenden Entscheidungen trifft. Große Teile der Bevölkerung glauben noch immer den Beteuerungen, dass in Deutschland schon alles gerichtet wird zum Wohle seiner Bürger. Diese akzeptieren noch immer die vielen handwerklichen Fehler dieser Regierung, so wie sie es schon bei der vorherigen Regierung taten, die nach eigenen Angaben keine Fehler begangen haben will. Fehler machen nur andere. Wie einfach!

Heinz-Peter Kröske, Hameln

MONARCHIE UND CHAOS

ZU: „ICH BIN BEREIT, WENN MAN MICH RUFT“ (NR. 37)

Um es mit den Worten Friedrichs des Großen zu sagen: „Die Monarchie ist entweder die beste oder die schlimmste Regierungsform.“ Da konnte er noch nicht wissen, dass es nach ihm eine Steigerungsform des Niedergangs in Gestalt von Technokraten und Gesellschaftsingenieuren aller Couleur geben wird.

Jedenfalls erwähnte Winston Churchill 1932 einem deutschen Industriellensohn namens Reinhard Henschel gegenüber: „Es war ein Fehler, dass wir nach dem Ersten Weltkrieg die Abschaffung der Monarchie in Deutschland zuließen.“ Und genau in dieses Vakuum konnte der böhmische Gefreite hineinstoßen.

Die Aussage, die Monarchie hätte uns in den Ersten Weltkrieg geführt, wird selbst von unseren ehemaligen Gegnern nicht mehr kolportiert und kritisch hinterfragt.

Das deutsche Kaiserreich prosperierte damals in unzähligen Bereichen, nicht zuletzt deswegen, weil der Kaiser hierfür die richtigen Weichen gestellt hatte. Dieser enorme Erfolg der Deutschen auf den Weltmärkten brachte die Statik der Hochfinanz, gebündelt in der Londoner City, zunehmend in Bedrängnis.

Nicht umsonst hat Kardinal John Murphy Farley, Erzbischof von New York, im Juli 1914 auf einem Weltkongress in Lourdes ausgesagt: „Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht, niemanden über sich zu haben, kennt keinen Gott oder Herren und möchte alle Staaten als großes Bankgeschäft regieren lassen.“

Frank Naumann, Wadgassen

FREUEN AUF DIE FALSCHEN

ZU: DAS GEDENKEN AN DEN HAMAS-TERROR GERÄT ZUR FARCE (NR. 41)

Die Linke ist in Deutschland traditionell israelphob und araberphil. Man vergleiche zum Beispiel die langjährige Zusammenarbeit der Juso-Jugend mit der extremistischen Fatah-Jugendorganisation. Bundeskanzler Olaf Scholz war immerhin Juso-Vizevorsitzender bis 1988, sodass ihm dies nicht entgangen sein dürfte.

Deutschland soll sich durch die Aufnahme der Zuwanderer aus dem Orient verändern, so der Tenor dieser Leute. Man freut sich sogar hierauf. Wer das eine will, muss das andere mögen: hier die Verherrlichung palästinensischer Gräueltaten in Israel auf deutschen Straßen.

Also kann man sich nicht aktiv und mit gebotener Klarheit gegen die selbstherbeigeschonten Auswüchse, mögen sie auch noch so pervers sein, aussprechen.

Sven Rothe, Gera

ANZEIGE

»Dieses Buch hat mich umgehauen ...«

»Ich dachte, ich würde nur die interessanten Memoiren eines guten Arztes lesen. Stattdessen entdeckte ich die bahnbrechendste, unorthodoxeste, unkonventionellste Abhandlung über das Herz, die mir je untergekommen ist. Wenn Sie ein Herz haben und lange leben wollen, ist dieses Buch absolute Pflichtlektüre.«

Ben Greenfield, New-York-Times-Bestsellerautor

»Was passiert, wenn Ärzte das Herz als mechanische Pumpe betrachten? Wir bekommen es mit schaurigen Operationen, Medikamenten mit grauenhaften Nebenwirkungen und seelenlosen fettarmen Diäten zu tun. Tom Cowan lädt uns ein, einen ganz neuen Blick auf das Herz zu werfen, und beginnt mit dem Nachweis, dass das Blut das Herz in Bewegung versetzt, und nicht umgekehrt. Diese Beobachtung bildet die Grundlage für eine Methode zur Behandlung von Herzkrankheiten, die wirksamer, sanfter und erfolgreicher ist als konventionelle Therapien. Mit der Schilderung entscheidender Ereignisse aus dem Leben des Verfassers und den daraus gewonnenen Erkenntnissen [...] wird *Menschliches Herz, kosmisches Herz* Ihren Blick auf den Prozess des Heilens und die wunderbare Welt des menschlichen Körpers verändern.«

Sally Fallon Morell, Präsidentin der Weston A. Price Foundation

Mit 20 Jahren stieß der College-Absolvent Thomas Cowan auf die bahnbrechenden Erkenntnisse von Weston A. Price und Rudolf Steiner. Die Faszination, die diese Arbeiten auf Dr. Cowan ausübten, hielt auch während seines gesamten Medizinstudiums und des Aufbaus seiner ärztlichen Praxis an; besonders fesselte ihn Steiners provokante These, dass das Herz keine Pumpe ist. Wenn Steiner recht hatte, welche Rolle spielt das Herz dann wirklich im Körper?

In dieser zutiefst persönlichen, sich selbst nicht schonenden und fesselnden Schilderung zeigt Dr. Cowan nicht nur, dass Steiner recht hatte, sondern auch, dass unser Verständnis von Herzkrankheit vollkommen falsch ist. Dieses Missverständnis ist der Grund dafür, dass Herzkrankheiten die häufigste Todesursache weltweit sind.

Dr. Cowan bietet einen revolutionären neuen Weg zum Verständnis des wichtigsten Organs in unserem Körper und zeigt, wie wir am besten dafür sorgen – und für uns selbst.

Dr. Thomas Cowan: *Menschliches Herz, kosmisches Herz* • gebunden • 192 Seiten • Best.-Nr. 991 180 • 20,- €

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

www.kopp-verlag.de



HEISSGETRÄNKE

Auf eine Tasse Friesen-Tee

Nu ist Teetied – Die Ostfriesen mögen’s heiß, vor allem wenn es draußen kälter wird. Im Schnitt trinken sie mehr Tee als die Briten

VON MANFRED LÄDTKE

Gut, niemand würde nur für ein Glas Wein an die Mosel fahren. Auch nicht wegen einer Tasse Tee nach Ostfriesland. Aber wenn man schon mal da ist ...

Tee, Kaffee? Ein Bier oder ein Wein? Für Heidrun Dirks stellt sich die Frage „Tee oder wat?“ erst gar nicht. Die Forderung der französischen Revolution ‚lieber Tee‘ (liberté) hat uns sofort überzeugt“, kalauert die Ostfriesin. Es ist 16 Uhr und damit „Teetied“, wie die Teezeit hier auf Ostfriesisch heißt. In einer Teestube im Hafen des Binnenstädtchens Leer gießt sich die blonde Frau aus einer Porzellan-kanne das Nationalgetränk der Küstenbewohner in eine filigrane Tasse auf den süßen „Kluntje“ (Kandiszucker).

Wenn Dirks vom Land in die Stadt kommt, ist der Besuch in einer Teestube obligatorisch. Jetzt mit der Minikelle und kreisenden Bewegungen etwas Sahne auf den Teespiegel geben. Immer gegen den Uhrzeigersinn – das soll für einen Moment die Zeit anhalten. Aber nicht umrühren! Nun warten, bis die Sahne nach unten sinkt. Wie von Zauberhand steigen plötzlich „Wulkje“ (Wölkchen) schwungvoll auf und bringen den kupfer-braunen Friesentee in Wallung.

Dass die Vereinten Nationen sogar einen Internationalen Tag des Tees ausgerufen haben, ist für die 61-Jährige kein Grund zum Anstoßen. „Hoch die Tassen“ beherzigen Ostfriesen als gelebte Kulturpraxis seit Jahrhunderten. Teezeit sei dort 365 Tage im Jahr. Die bis zu vier Mal tägliche Trinkpause ist ein Brauch, der Genuss und Geselligkeit mit festen Ritualen folgt und wegen seiner identitätsstiftenden Funktion von der UNESCO als immaterielles Kulturerbe anerkannt ist.

Dirks nimmt die Kanne vom Stövchen und lässt den kantigen Kandis zum zweiten Mal in der Tasse knistern. Als Beigabe empfiehlt die Kellnerin einen Butterkuchen oder ein sahniges Stück Ostfriesentorte. „Tscha“, meint Heidrun und streicht sich mit den Fingern durch das blonde Haar: „Bi uns to Hus han we immer Krintstuut mit Budder!“ (Bei uns zu Hause haben wir immer Rosinenbrot mit But-



Bronzene Serviererin: „Teelke mit der Tasse Tee“ verkörpert in Leer die typische ostfriesische Teekultur Foto: Ostfriesland.travel

ter). Die Bedienung lächelt verständnisvoll: Jo, geiht ook!“ (Ja, geht auch!) Dann verschwindet sie hinter einer mit verführerischen Süßigkeiten bestückten rustikalen Kuchentheke.

Die Kuchenwahl ist Geschmackssache, die Wahl der Teesorte für jeden Ostfriesen aber fast schon eine Weltanschauung. Die „echte ostfriesische Mischung“ wird in Ostfriesland nämlich allein von vier alteingesessenen Firmen hergestellt. Tee ist also nicht gleich Tee. Nur wenn er in Ostfriesland gemischt ist, darf der Tee namensrechtlich geschützt „echte ostfriesische Mischung“ heißen.

Unterschiedliche spezielle Kompositionen aus feinstem Assam Tee, Darjeeling-, Ceylon- und Javasorten vereinen sich zu einem herb-aromatischen kräftigen Geschmack. So wie sich Fußballfans

nicht immer grün sind, soll es gelegentlich auch in Familien Unstimmigkeiten wegen der bevorzugten Teesorte geben. „Nee, dat is keen Seemannsgarn“, bestätigt die Teekennerin. Mit der Teekultur werde manchmal sogar die favorisierte Geschmacksvariante von Generation zu Generation weitergegeben.

Tee oder wat?

Wieder knistert das Heißgetränk in der mit blass-rottem Blumendekor verzierten dünnwandigen Tasse. Als Teesieb und Kluntjezange zum Einsatz kommen, lässt die Friesin den silbernen Löffel wieder links liegen. Der liege nämlich nicht zum Umrühren auf der Untertasse, sondern sei vielmehr eine Art „Stoppschild“. Jen- seits von Teestuben sei es zum Beispiel bei privaten Einladungen üblich, den Löff-

fel erst einmal zu ignorieren. Später stellt man ihn in die Tasse und signalisiert damit: Danke genug, bitte keinen Tee mehr! Dieser Wink sollte aber frühestens erst nach der dritten Tasse zum Einsatz kommen. „Dree is Oostfresenrecht“ (Drei ist Ostfriesenrecht) lautet eine Order. Das heißt, mindestens zwei Tassen werden nachgeschenkt. Alles andere wäre unhöflich.

Okay. Aber warum nicht umrühren? Einerseits, um die Geschmackfolge wahrzunehmen. Zunächst die cremige Sahne, dann der herbe Tee und schließlich der süße Bodensatz, klärt Heidrun auf. Aber eigentlich käme die Zurückhaltung aus einer Zeit, als Kandis teuer war und für mehrere Tassen reichen musste.

Die Friesin nestelt ihr Handy aus der Handtasche. Auf einem Foto ist ein früh-

gotisches Backsteingebäude zu sehen. Ein Rathaus? „Dat wär mal so, nu aber nich mehr“ antwortet sie: Das heutige Teemu- seum in Norden vermittele die ganze Welt des Tees – von Übersee bis an Frieslands Küste. Bereits im Stehen nimmt sie den letzten Schluck aus der Tasse. „Mien Bus fohrt glik“. Ihr Bus fährt gleich. Abends werde sie dann für die Familie kochen. „Es gibt Tee“, sagt sie schmunzelnd.

Auf dem Weg zum Bahnhof begegnet Flaneuren in der Fußgängerzone „Teelke mit der Tasse Tee“. Die Skulptur als Symbol für die typische ostfriesische Teekul- tur ist das am meisten geknipste Fotomodel- l in Leer.

Nach rund 50 Minuten Fahrzeit öffnet sich in dem fast 770 Jahre alten Norden der größte Marktplatz der Küstenregion. Nahe der mächtigen Ludgerikirche mit dem freistehenden Glockenturm steht am Kreisverkehr das Ostfriesische Teemuse- um. In der originalgetreuen Küchenstube wartet eine Besuchergruppe auf eine Tee- zerenomie.

Teestunden seien für echte Ostfriesen wie „Wellness“, erfahren die Museums- gäste von Gerta Endelmann und dass im Durchschnitt jeder Ostfriesen pro Jahr knapp 300 Liter Tee trinkt. Da können selbst die Engländer (210 Liter) den welt- meisterlichen Friesen nicht das kalkarme Wasser reichen.

Als auch der letzte Teilnehmer Handy und Kamera beiseitelegt und zur Tasse greift, macht die Zeremonienmeisterin Appetit auf einen Museumrundgang auf den Spuren der Kulturpflanze. Wem zu einem ergiebigen Teeseminar die Zeit fehlt, der kommt im Teezimmer bei Tilde Harms auf den Geschmack. Bei einem Tässchen klönt (spricht) sie mit Besu- chern über das „heel besünneren“ (ganz besondere) Küstengold. „Tee oder wat?“ ist auch hier keine Frage.

● Friesische Teestuben gibt es zum Bei- spiel in Norden (Westgaster Mühle), Greetsiel (Zwillingsmühle), Leer (Teestube am Hafen) und Marienhafen (Störtebeker’s Teestube). Ostfriesisches Teemuseum Norden: www.teemuseum.de; Bünting Teemuseum Leer: www.buening-teemu- seum.de; www.ostfriesland.travel

TEEKONSUM

Ein weithin beliebtes Wohlfühlgetränk

Tee bestätigt seinen guten Ruf – Mit neuen Kräutermischungen und Bio-Angeboten gegen leichte Konsumzurückhaltung

Die Deutschen haben weiterhin viel Durst auf Tee. 68,2 Liter Tee, so hat es der Deutsche Tee & Kräutertee Verband errechnet, hat der Durchschnitts-Bürger im vergan- genen Jahr konsumiert. Das klingt gewaltig, ist aber relativ gering im Vergleich zu den absoluten Lieblingsgetränken der Deutschen: So liegt der jährliche Pro- Kopf-Konsum von Kaffee bei rund 170 Li- tern und der von Bier bei 90 Litern.

Dennoch sorgen die vielen Teeliebha- ber dafür, dass die Geschäfte mit dem Tee weiter gut laufen. Im neuen Tee Report 2024 mit dem Titel „Tee tut gut und Gu- tes“ zieht der Deutsche Tee & Kräutertee Verband eine weitgehend positive Bilanz für das vergangene Jahr. So gebe es ein stabiles Hoch beim Absatz, steigende Um- sätze trotz leichtem Konsumrückgang und neue Produktideen, die neue Ziel- gruppen auf den Geschmack bringen. Außerdem hätten sich Kräuter- und Früchtetees als gesunde und natürliche Lebens- und Genussmittel etabliert. Aus

Sicht der Tee-Branche kann die Entwick- lung so weitergehen – mit Tee, der er- schwinglich bleibt, Freude macht und neue Trends setzt.

Insgesamt wurden 2023 hierzulande pro Kopf 40,5 Liter Kräuter- und Früchte- tee sowie 27,7 Liter Grün- und Schwarztee konsumiert. Umgerechnet waren das 47,5

Milliarden Tee-Momente, die sich Ver- braucher über das Jahr gegönnt haben. Allerdings war der Gesamtabatz gegen- über 2022 mit 1,3 Prozent leicht rückgän- gig. Auch wenn die Preissensibilität infolge der Inflation stieg, nahm der Verkauf von Bio-Tees nur um 0,1 Prozentpunkte ab. Mit 15,5 Prozent aller verkauften Tees lag der Bioanteil immer noch mehr als doppelt so hoch wie der durchschnittliche Anteil aller Bio-Lebensmittel.

„Tee hat auch nach der Corona-Pan- demie in allen Bevölkerungsgruppen wei- ter an Akzeptanz gewonnen. Die hohe und verlässliche Qualität der deutschen Er- zeugnisse wird dabei genauso geschätzt, wie die große Angebotsvielfalt, die Le- bensmittelmärkte, Discounter, Drogerie- märkte und Fachgeschäfte bereithalten“, fasst Frank Schübel als Vorsitzender des Deutschen Tee & Kräutertee Verbands das vergangene Jahr zusammen.

Mit Tee aus neuen Ursprungsländern und innovativen Produktideen wie Func-

tional oder Cold Brew Teas weiten die Hersteller ihr Angebot kontinuierlich aus. Dabei haben sich speziell Cold Brew Teas – also spezielle Tees, die sich mit kaltem Wasser zubereiten lassen – insbesondere bei jüngeren Zielgruppen als sehr erfolg- reich erwiesen. Eiskalt, zuckerfrei und un- kompliziert zubereitet, sind sie abwechs- lungsreiche Durstlöscher im Sommer und bei sportlichen Aktivitäten.

„Zum Beginn von 2024 war eine kon- junkturbedingte Kaufzurückhaltung spür- bar, zudem hat das warme Wetter von März bis Juli den Teekonsum etwas aus- gebremst“, beurteilt Schübel die derzeiti- ge Marktsituation. Trotz dieser Widrig- keiten bleiben die Unternehmen optimis- tisch und setzen im weiteren Jahresver- lauf auf die stetig steigende Teebegeiste- rung der deutschen Verbraucher.

H. Tews; Dt. Tee & Kräutertee Verband

● Teereport „Tee tut gut und Gutes“ beim Teeverband: www.teeverband.de



Ein paar Kräuter in heißem Wasser ziehen lassen: Tee ist ein schnell erzeugtes Getränk

● FÜR SIE GELESEN

Mit schalem Beigeschmack

Neuerdings erscheinen verstärkt Bücher, in denen Vertreter des gesellschaftlich-politischen Establishments beklagen, dass unser Land immer mehr verkomme, was nicht zuletzt an der derzeitigen Energie-, Klima-, Wirtschafts- und Migrationspolitik sowie dem Siegeszug der Politischen Korrektheit liege. Hierzu gehört auch der Sammelband „Aus der Zeit gefallen?“ von Jürgen Großmann, Dominik Pförringer und Franca Bauernfeind.

Großmann saß unter anderem im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften Deutsche Bahn und Volkswagen, der Deutschen Post und der Dresdner Bank sowie im Vorstand der Atlantik-Brücke und des paneuropäischen Vereins United Europe. Pförringer ist ebenfalls in der Atlantik-Brücke sowie bei United Europe aktiv und Veranstalter des Digital Health Summit. Bauernfeind war bis 2022 Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und als solche Mitglied im Bundesvorstand der CDU.

Nun sinnieren die Drei enttäuscht über den Niedergang Deutschlands aufgrund einer Reihe von Entwicklungen, die aus dem Ruder gelaufen seien. Dabei geizen sie nicht mit Verbesserungsvorschlägen aller Art. Wie ähnliche Bücher auch hinterlässt das Werk einen schalen Beigeschmack, weil es lediglich das wiederholt, was als „rechts(extrem)“ gescholtene Mahner schon seit etlichen Jahren sagen. W.K.

Jürgen Großmann/Dominik Pförringer/Franca Bauernfeind: „Aus der Zeit gefallen? Drei Generationen wider den Zeitgeist“, Langen Müller Verlag, München 2023, gebunden, 317 Seiten, 25 Euro



Abgründig düstere Story

Éliette ist 64 Jahre alt. Die attraktive Witwe genießt die Rente in ihrem Häuschen auf dem Land. Eigentlich wollte sie hier mit ihrem Ehemann den Ruhestand verbringen. Die Kinder wohnen weit entfernt. Éliettes Leben ist zu einem Monolog geworden: „Sie hatte eine Weile gebraucht, um es sich einzugestehen: Sie brauchte ihre Familie, aber nach vierundzwanzig Stunden sehnte sie sich danach, dass sie wieder fahren.“ Kurze Zeit später kreuzt ein rund 20 Jahre jüngerer Mann namens Étienne ihren Weg. Es wird schnell klar, dass mit diesem etwas nicht stimmt. Er entpuppt sich als Kleinganove. Éliette lässt ihn in ihr Haus, und das Verhängnis nimmt seinen Lauf.

Garniers Roman ist abgründig düster, hoffnungslos und gänzlich unromantisch – und beschert dem Leser schon aufgrund der Sprache großen Lesegenuss. Der trockene Humor mindert den Schrecken, den die Geschichte entfaltet. Eine perfekte Lektüre für Herbstabende. Ansgar Lange



Pascal Garnier: „Zu nah am Abgrund“, Septime Verlag, Wien 2024, gebunden, 144 Seiten, 20 Euro

SACHBUCH DER WOCHE



Unglücksbringer oder nur eine Katze?

Der Historiker Tillmann Bendikowski schreibt über Aberglaube und magisches Denken der Menschen vom Mittelalter bis heute

Angst dient als Grundlage allen magischen Denkens, dabei unterscheidet Tillmann Bendikowski in seinem Sachbuch „Himmel Hilft!“ über Magie bewusst nicht zwischen Glaube und Aberglaube, was er in seinen Ausführungen deutlich begründet. Überaus interessant zeichnet der Historiker anhand von vielen Beispielen und durch viele Illustrationen veranschaulicht nach, weshalb Krisenzeiten auch magisches Denken beleben. CRS



Tillmann Bendikowski: „Himmel Hilft!“, C. Bertelsmann Verlag, München 2023, gebunden, 320 Seiten, 25 Euro

POLITIK

Anleitung eines Dünnbrettbohrers

Der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz sinniert über Gefahren für die Demokratie in unserem Land und gibt Lesern Tipps

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz hat erkannt, dass der Demokratie hierzulande Gefahr droht und das Buch „Tu was!“ auf den Markt geworfen, das als „Kurze Anleitung zur Verteidigung der Demokratie“ dienen soll. Dabei ist Polenz in vorbildlicher Weise inklusiv vorgegangen, denn sein Traktat glänzt über weite Strecken durch eine überaus einfache Sprache: „Wir dürfen verschieden sein. Unsere Würde ist unantastbar ... Staat und Gesellschaft sind getrennt. Der Staat soll der Gesellschaft dienen. Wir leben nicht in einem Obrigkeitsstaat. Unsere Gesellschaft trägt unseren Staat. Er ist von unserer Zustimmung abhängig.“

Darüber hinaus überwältigt Polenz' analytische Schärfe: „Die Demokratie hat auch Feinde, die sie zerstören wollen ... Die Gefahren für unsere Demokratie sollten alarmieren ... Wir müssen den Feinden unserer Demokratie entgegentreten.“

Glücklicherweise weiß Polenz auch ganz genau, wie das geht. Das zeigen seine klugen Ratschläge an alle potentiellen Retter der Demokratie, die unter anderem lauten: „Zeigen Sie Zivilcourage im Alltag! ... Seien Sie gut informiert! ... Gehen Sie wählen! ... Demonstrieren Sie mit! ... Stellen Sie mit Gleichgesinnten etwas auf die Beine! ... Spenden Sie Geld! ... Treten Sie in eine politische Partei ein!“

Damit liegt Polenz vollkommen richtig. Trotzdem hat seine Argumentation einen entscheidenden Haken: Sämtliche Rat-

schläge sollen erklärtermaßen dazu beitragen, einer Partei aus dem bundesdeutschen Parteienspektrum das Wasser abzugraben. Gemeint ist die AfD, obwohl diese in keiner Weise für den desolaten Zustand unseres Landes und der hiesigen Demokratie verantwortlich zeichnet. Dieses „Verdienst“ kommt allein dem rot-grün-schwarz-gelben Politik-Kartell zu, in dessen Namen Polenz agitiert. Ansonsten scheint dem Demokratie-Verteidiger Polenz auch überhaupt nicht bewusst zu sein, wie undemokratisch es ist, einer Massenpartei, die von immer mehr Menschen gewählt wird, das Recht abzusprechen, das Volk zu vertreten. Desgleichen gilt, dass Polenz und die CDU die Demokratie weder erfunden noch gepachtet haben, obwohl er und seinesgleichen ständig von „unserer Demokratie“ sprechen.

Aber wie gesagt: Polenz' praktische Tipps – so simpel sie auch daherkommen mögen – sind durchaus dazu geeignet, den Verfechtern einer echten Demokratie (Volksherrschaft) im Ringen um die Zukunft Deutschlands Rückenwind zu verschaffen. In diesem Sinne ist das Buch des CDU-Urgesteins letztlich doch keine schnöde Papierverschwendung.



Ruprecht Polenz: „Tu was! Kurze Anleitung zur Verteidigung der Demokratie“, Verlag C.H. Beck, München 2024, broschiert, 108 Seiten, 12 Euro

BIOGRAPHIE

Späte Würdigung eines Preußen

Muriel Mirak-Weißbach geht der Frage nach, inwieweit Otto Liman von Sanders am Völkermord an den Armeniern beteiligt war

VON BODO BOST

Der Völkermord an den Armeniern begann am 24. April 1915 mit der Deportation der armenischen Intelligenz aus der osmanischen Hauptstadt Konstantinopel. Einen Tag später begann die Landung der Alliierten an den Dardanellen. Dass diese misslang, war der größte Sieg des türkisch-deutschen Bündnisses im Ersten Weltkrieg. Sie war der brillanten Taktik des aus Pommern stammenden preußischen Generals Liman von Sanders als Oberbefehlshaber der Bündnisstruppen bei den Dardanellen zu verdanken. Unter seinen damals etwa 100 türkischen Offizieren diente auch ein türkischer Offizier mit Namen Mustafa Kemal, der später als Kemal Atatürk der Gründer der neuen republikanischen Türkei werden sollte.

Gerade wegen seines Sieges von Gallipoli konnte Marschall von Sanders es sich leisten, den osmanischen Bündnispartner am Völkermord an den Armeniern zu hindern. Liman, der seit 1913 Leiter der deutschen Militärmission im Osmanischen Reich war, scherte aus dieser Kollaboration aus: Wiederholt weigerte er sich, den Deportations- und Ausrottungsbefehlen des osmanischen Innenministers Talat Pascha Folge zu leisten, und rettete so Tausenden von Armeniern und Griechen in Smyrna sowie später zahlreichen jüdischen Siedlern in Palästina das Leben.

In britischer Kriegsgefangenschaft (1919) in Malta sah sich Liman mit britischen Vorwürfen konfrontiert, selbst ein

Kriegsverbrecher und am Genozid an den Armeniern beteiligt gewesen zu sein. Doch diese erwiesen sich als haltlos, und er kehrte als freier Mann nach Deutschland zurück, wo er 1929 starb und in Darmstadt beerdigt wurde. 2015 wollte die Stadt jedoch den Status eines Ehrengrabes für den Helden von Gallipoli auf dem Darmstädter Friedhof zurückziehen.

Liman von einer Mitschuld am Völkermord an Armeniern freizusprechen, ist das Verdienst von Muriel Mirak-Weißbach, die selbst armenische Wurzeln hat. Sie fand heraus, warum Liman auch von den geretteten Griechen und Armeniern vergessen wurde. Die 1915 von Liman in Smyrna, dem heutigen Izmir, Geretteten wurden 1922 die letzten Opfer des türkischen Völkermords, als eine Armee unter dem Kommando von Mustafa Kemal die seit 1918 von Griechen besetzte Stadt Smyrna zurückeroberte. Nur wenige Griechen konnten sich damals retten, darunter der spätere Milliardär Aristoteles Onassis.

Muriel Mirak-Weißbach: „Retter oder Täter? Ein General zwischen Staatsräson und Moral: Otto Liman von Sanders



und der Völkermord an den Armeniern“, Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Hg. Dieter Reisenberger/Wolfram Wette, Donat Verlag, Bremen 2022, gebunden, 208 Seiten, 16,80 Euro

KREIS GOLDAP

Zeitzeugnis wahrer ostpreußischer Lebensart

Neuer Ortsatlas des Kirchspiels Szittkehmen/Wehrkirchen: eine Sammlung voller Details, Wehmut, Erinnerungen aber auch Zuversicht

VON ANDREAS GAUTSCHI

Bei der dem Forstmeister Joseph Freiherr Speck v. Sternburg in Szittkehmen gewidmeten Dokumentation handelt es sich um die zweite Auflage des einst von Dr. Wolfgang Rothe in Zusammenarbeit mit Heinz Gruber und Lutz Wenau (alle verstorben) geschaffenen Ortsatlanten von 1996.

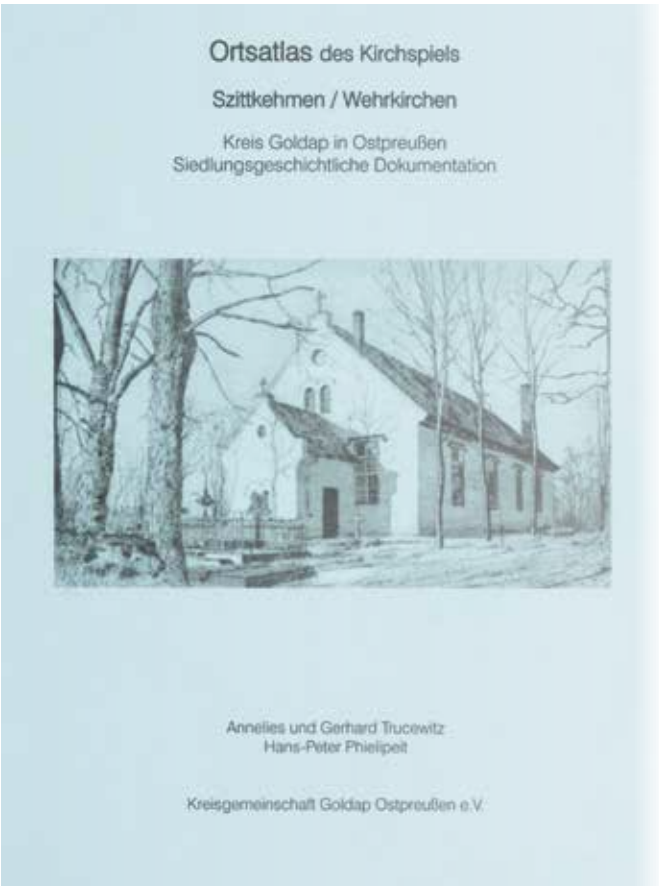
War schon die erste Auflage wertvoll für all jene, die sich über das in seiner baulichen Substanz weitgehend zerstörte östlichste Kirchspiel Preußens informieren wollten, so stellt die zweite Auflage in ihrem praktischen und historischen Wert eine weitere bedeutende Steigerung dar.

Die Verfasser haben keine Mühe gescheut, den bereits vorliegenden Erkenntnissen durch das Erschließen neuer Quellen viele weitere hinzuzufügen. Vor allem, indem sie sich an die ältesten Zeitzeugen wandten, bei denen sie Angaben aus erster Hand erhielten.

Namentlich für die kleineren Dörfer des Kirchspiels gestaltete sich die selbstgestellte Aufgabe, nämlich „die Geschichte, die Kultur, das Alltagsleben, die Arbeit der Menschen, die dörflichen Strukturen und die Erinnerung an das Schicksal der Flucht der Menschen für die heutigen und zukünftigen Generationen aufzuheben“, schwierig, sind doch heutzutage die Stimmen größtenteils verstummt, welche noch vor wenigen Jahrzehnten die wertvollsten Angaben hätten machen können.

Es ist der Wunsch der Verfasser, „diese siedlungsgeschichtliche Dokumentation Teil der Erinnerungskultur, und weiteren wissenschaftlichen Forschung werden zu lassen“, und so werden zweifellos landeskundliche Untersuchungen in Zukunft mit großem Nutzen auf diese Publikation, die in dieser verbesserten Form auch für weitere Kirchspiele des Kreises Goldap vorliegen, zurückgreifen können. Allen Verfassern und Mitarbeitern, die sich um die Erhaltung der Kulturgeschichte ihrer verlorenen Heimat verdient gemacht haben, gebührt hoher Dank.

Dass die Genannten das Werk immer weiter auszubauen verstanden, führte da-



Der neue Ortsatlas (l.) ist Joseph Freiherr Speck v.n Sternburg in Szittkehmen (r.) gewidmet



Foto: Bildarchiv Kreisgemeinschaft

zu, dass das einstige Leben in diesem auf tragische Weise verlorenen östlichsten Teil Deutschlands, des ostpreußischen Kreises Goldap, nun besser für die Zukunft konserviert ist als es in manchen heute noch von Deutschen bewohnten Gebiet der Bundesrepublik der Fall ist. Dort ist oft wenig Interesse dafür vorhanden, das Erbe der Ahnen – das ja immer noch gegenwärtig ist – zu pflegen.

So darf man feststellen, dass die Zerstörung und der Entzug der Heimat bei den Betroffenen zur starken Besinnung auf die Wurzeln ihres Daseins geführt und zur Erbringung von besonderen kulturhistorischen Leistungen bewegt hat, was bei weiterem Verbleib in der Heimat nicht so eindringlich stattgefunden hätte. Diese Feststellung kommt in der Arbeit zum Ausdruck und beweist erneut, wie wichtig Menschen die angestammte Heimat ist und wie sie noch wichtiger wird, wenn sie fern und fremd geworden ist.

In dem Ortsatlas werden die Dörfer des Kirchspiels Szittkehmen in alphabetischer Reihenfolge behandelt und für jedes Dorf zunächst die Umbenennungen und Veränderungen des Ortsnamens angegeben. Sodann wird die politische Verwaltungszugehörigkeit bis ins 16. Jahrhundert zurückverfolgt. Auch die Gerichtsbarkeit und kirchliche Administration werden genannt, dazu Angaben über die Infrastruktur, Bahn- und Poststation, Amtsbezirk und -vorsteher, Bürgermeister, Gendarmeriebezirk, zudem Apotheke, Zahnarzt, Hebamme und die medizinische Versorgung mit dem Johanniter-Krankenhaus in Szittkehmen erwähnt. Ebenso werden Strom-, Wasser- und Telefonanschlüsse, Schulen, industrielle, gewerbliche und die landwirtschaftlichen Betriebe aufgeführt.

Die Karten der besiedelten Flächen sind in genügender Größe und in ausgezeichneter Qualität auf Grund der Mess-

tischblätter erstellt worden, wobei jedes Gebäude mit einer Nummer versehen wurde, mit welcher in der daneben abgedruckten Legende unschwer die einstigen Bewohner mit Ruf- und Nachnamen sowie Berufsbezeichnungen gelistet sind. Es fehlen auch nicht die Angaben über die durch Krieg, Flucht, Vertreibung und Gefangenschaft ums Leben gekommenen Einwohner der jeweiligen Ortschaften.

Zeitzeugen des dortigen Lebens

Eine Zeittafel gibt danach zweckmäßig Auskunft über die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse seit Mitte des 16. Jahrhunderts für das betreffende Dorf. Es folgen kürzere Schilderungen von Zeitzeugen, die ob ihrer aus dem Leben gegriffenen schlichten Art historisch eindrücklich wirken. Jedem Dorfkapitel ist am Schluss eine gut ausgewählte kleine Sammlung von Fotografien beigelegt. Gegen Ende des Buches sind in einem Anhang weitere

das Kirchspiel insgesamt betreffende aufschlussreiche Darlegungen wiedergegeben, außerdem ein Bestand von Farbaufnahmen aus der Neuzeit sowie ein Gesamtnamensregister.

Nachdenklich hat der Verfasser dieser Zeilen, der nunmehr seit über drei Jahrzehnten in Szittkehmen wohnt, auf seinen Gängen und Jagden die mit Buschwerk bestandenen alten Hofstellen betrachtet, auf deren Fundamenten nun der Fuchs in der Wintersonne ruht. Dieses Werk erzählt vieles, sehr vieles, was hier einst gewesen.

● **Herausgeber:** Kreisgemeinschaft Goldap/Ostpr. e.V., Stade, 2024, ISBN 978-3-9815253-9-7. Verfasser: Annelies u. Gerhard Trucewitz, Hans-Peter Phielpeit. Titel: Ortsatlas des Kirchspiels Szittkehmen/Wehrkirchen, Kreis Goldap in Ostpreußen. Siedlungsgeschichtliche Dokumentation. Selbstverlag Kreisgemeinschaft Goldap e.V.. 384 Seiten. Preis: 28,90 Euro

Dokumentierte Dörfer:

Die Ortsbezeichnung hinter dem Kürzelstrich war von 1938 bis 1945 gültig. Es ist der sogenannte „eingedeutschte Ortsname“

Abscherningken / Ebershagen, Auxinnen / Freudenaus, Billehnen / Billenau, Budweitschen / Altenwacht, Dagutschen / Zapfengrund, Dobawen / Dobauen, Gollubien / Unterfelde, Kallweitschen / Kornberg, Keppurdeggen / Kühlberg, Kögskehmen / Keckskeim, Kraginnen / Kraghof, Kuiken / Albrechtsrode, Lengkupchen / Lengenfließ, Matzutekehmen / Wellenhausen, Pabbeln, Pablindszen / Zollteich, Pellkawen / Pellkauen, Präszlauken / Praslau, Reddicken, Ribbenischken / Ribbenau, Sausleszowen / Seefeld, Serteggen / Serteck, Skaisgirren / Hellerau, Szittkehmen / Wehrkirchen, Wyszupönen / Kaltensee

Rekordbesuch beim Tag der Heimat

Der BdV Landesverband Bayern e.V. begrüßte erstmals Wissenschaftsminister Markus Blume

Einen nicht vorhersehbaren Besucherandrang erlebte die Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im September, im Sudetendeutschen Haus. Die vorgesehenen 200 Sitzplätze reichten nicht aus, um den aus allen Teilen des Freistaates angereisten Landsleuten gerecht zu werden, so groß war der Andrang zu dem anspruchsvollen, fast dreistündigen Programm. Selbst kritische Geister, wie der frühere oberbayerische SL-Bezirksvorsitzende Hans Slezak, sprachen von einem „ganz besonderen Tag der Heimat“. Begeistert zeigte sich auch Wissenschaftsminister Markus Blume (CSU), der Ministerpräsident. Markus Söder (CSU) vertrat. Für ihn war es eine BdV-Premiere.

Das Leitwort des Festakts „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ hatte BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer animiert, diesen erstmals durch Grußworte von Vertretern der Herkunftsländer eröffnen zu lassen. Sowohl Rumäniens Generalkonsulin Miheia-Mălina Diclescu-Blebea wie Ungarns Konsul Peter Lorenz bedauerten die Vertreibungen und Diskriminierungen der Deutschen in ih-

ren Ländern in den Nachkriegsjahren, zeigten sich aber auch stolz auf den gelungenen Ausgleich mit ihren ehemaligen Landsleuten. Die heute lebenden deutschen Minderheiten würden in beiden Ländern nach Kräften unterstützt und um deren Verbleib geworben. Für beide Diplomaten zähle der ständige Austausch und das gelebte Miteinander mit den Landsmannschaften der Sathmarer Schwaben, der Siebenbürger Sachsen, der Banater Schwaben und der Deutschen aus Ungarn als Selbstverständlichkeit.

Dass die Bemühungen gerade dieser beiden Länder auch bei den Heimatvertriebenen und Aussiedlern gewürdigt werden, wurde in der Festrede des Landesvorsitzenden deutlich. So stellte der frühere Aichacher Landrat die Minderheitenpolitik beider Länder als „beispielgebend für Europa“ heraus. Ungarn sei heute das einzige Land außerhalb des deutschen Sprachraums, in dem die deutsche Minderheit ihre Bildungslaufbahn vom Kindergarten bis zur Universität in der Muttersprache absolvieren könne. Die gesetzliche Regelung Rumäniens, für ihre einst deutschen Bewohner, die nach dem

Zweiten Weltkrieg in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, Monatsrenten in die Bundesrepublik zu überweisen, müsste der deutschen Politik „Schamesröte“ ins Gesicht steigen lassen. Bekanntlich hatte Deutschland 2015 für seine verschleppten Zwangsarbeiter nur



Festredner Markus Blume (l.) im Kreis der BdV-Kulturpreisträger

eine einmalige Anerkennungsleistung in Höhe von 2500 Euro ausbezahlt.

Eine der heute wichtigsten Aufgaben der Landsmannschaften und des BdV, dem Brückenbau zu seinen Nachbarn, brachte die Tanz- und Späldeel Leba aus Erlangen mit ihren Aufführungen zum Ausdruck. Mit ihren Darbietungen aus dem großen Schatz des pommerischen Kulturguts erntete das Folkloreensemble Beifallsstürme. Mit Liedern im pommerischen Platt und den zugehörigen Tänzen, überzeugten sie die Festgäste und präsentierten sich dabei als wahre Botschafter für eine völkerverbindende Arbeit. Zusammen mit ihren polnischen und brasilianischen Partnergruppen trägt die rund 35-köpfige Tanzgruppe in besonders zur internationalen Verständigung bei.

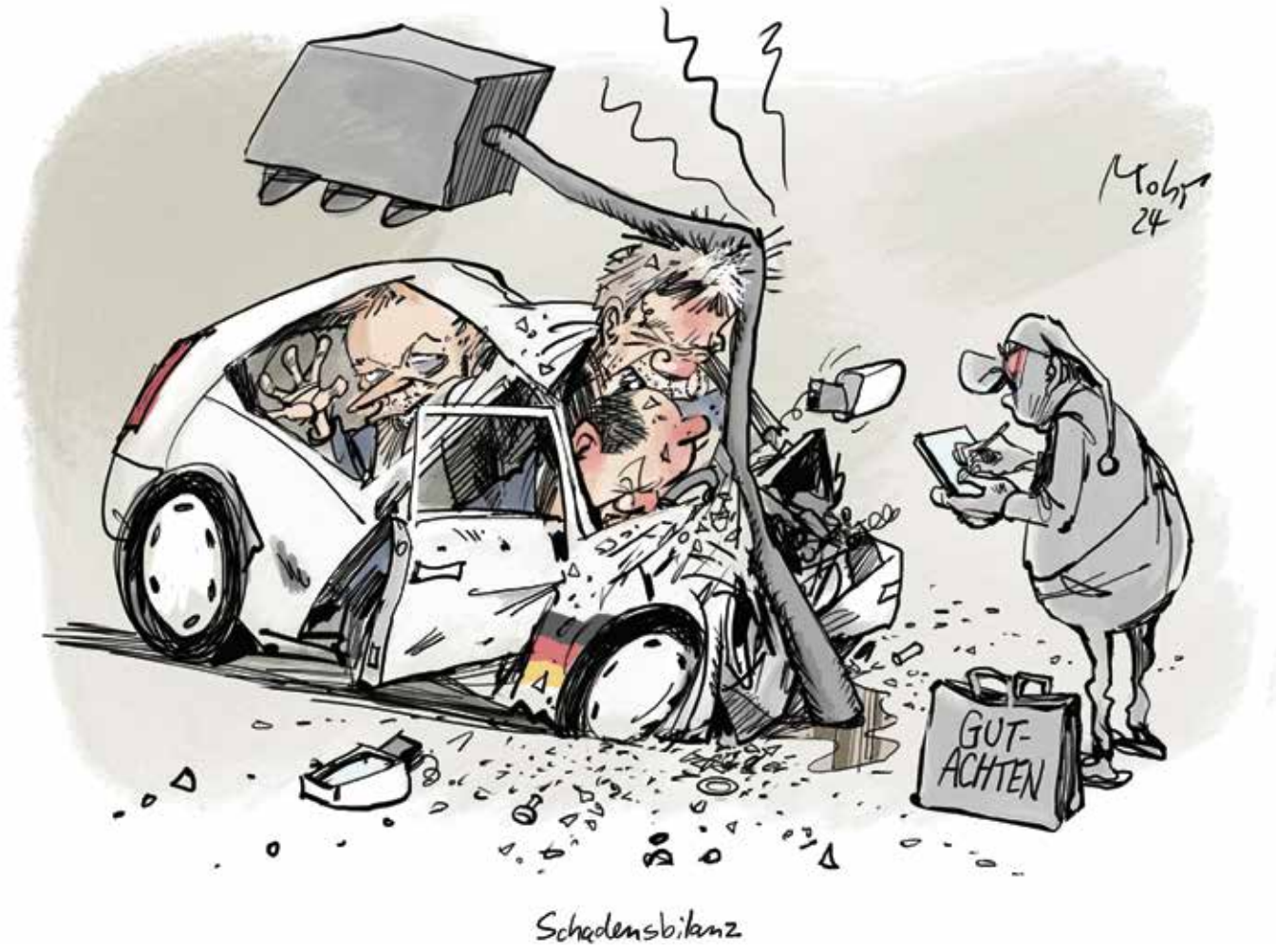
Wie anerkannt der bayerische BdV heute ist, zeigte sich auch an der langen Liste der Ehrengäste unter die sich auch der Haushaltsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Josef Zellmeier, der Direktor des Hauses des Deutschen Ostens, Andreas Weber, Roman Tiutenko von der Ukrainischen Freien Universität München, die Bürgermeister aus Moosburg und Pfaffen-

hofen an der Roth, Josef Dollinger und Sebastian Sparwasser sowie die Bundesvorsitzende der Karpatendeutschen Landsmannschaft, Brunhilde Reitmeier-Zwick, gemischt hatten. 13 Fahnenabordnungen, die Trachtenträger der Leba und der herausragenden Donauschwäbischen Singgruppe aus Landshut sorgten für ein beeindruckendes Bühnenbild. Den richtigen musikalischen Takt hielten die Original Banater Dorf Musikanten, die sich zudem über den BdV-Kulturpreis 2024 freuen durften.

Wissenschaftsminister Blume zeigte sich beim Abschluss des Nachmittags begeistert. Hier spüre man Gemeinsinn, Engagement und Heimatliebe. Mit großem Applaus wurden seine Feststellungen, dass die Förderung der Vertriebenenarbeit zur „DNA der bayerischen Politik“ gehöre und man sich auch weiterhin auf die Unterstützung im politischen wie im kulturellen Bereich durch die Staatsregierung verlassen könne, aufgenommen. „Ich gehe mit vielen guten und neuen Eindrücken aus diesem Termin und Sie können sich darauf verlassen, dass ich wiederkomme“, so der Minister. LV Bayern

● AUFGESCHNAPPT

Dass Zuschauern von schlechten Theateraufführungen übel wird, kann vorkommen. Wenn aber der Rettungsdienst kommen muss, um an zwei Tagen gleich 18 Besucher notärztlich zu versorgen, dann muss es sich um ein richtig übles Stück handeln. Die Staatsoper Stuttgart sprach vor der Aufführung des Stücks „Sancta“ der Wiener Performeekünstlerin Florentina Holzinger vorab Warnungen aus, dass es zu „drastischen Szenen“ kommen würde. Dass es so schockierend sein würde, hatten die wenigsten geahnt: Nackte Nonnen vollführen halsbrecherische Rollschuh-Stunts vorm Altar, bei einer Kreuzigungsszene wird eine Piercingkünstlerin an ihrer Haut in die Luft gezogen, es fließt Blut und es kommt zum Geschlechtsverkehr auf der Bühne. Die katholische Kirche protestierte schwach ob dieser Blasphemie. Doch wen juckt's? Wäre man Allah und dem Islam auf ähnliche Weise zu Leibe gerückt, wären Köpfe gerollt. Doch auf einen Gegner einzuschlagen, der sich nur mit Worten wehren kann, fällt immer am leichtesten. H. Tews



● STIMMEN ZUR ZEIT

Jan Fleischhauer ist in seiner Kolumne „Der schwarze Kanal“ (12. Oktober) der Meinung, dass die westliche Kultur derjenigen der Taliban überlegen ist:

„Ich würde immer sagen, dass eine Kultur, die Frauen nicht steinigt oder auspeitscht, Kulturen, in denen man das für gute Sitte hält, überlegen ist ... Was der Taliban in Afghanistan anstellt oder der Islamist in Pakistan, darauf habe ich keinen Einfluss. Aber wie er sich hier aufführt, wenn er nach Deutschland kommt, das können wir beeinflussen. Und ich bin dezidiert der Meinung: Wir sollten es auch tun.“

Hans-Jörg Vehlewald erklärt in „BILD“ (10. Oktober), warum keine Partei mit Sahra Wagenknecht (BSW) Deals machen darf:

„Altkommunistin Wagenknecht wittert politisches Kapital, verlangt Bekenntnisse GEGEN die Ukraine, GEGEN US-Raketen für Deutschlands Sicherheit, GEGEN Waffen für Israel. Diesen miesen Deal dürfen SPD und Union auf keinen Fall eingehen. Diesen Kampf um unsere Grundwerte darf Wagenknecht auf keinen Fall gewinnen!“

Holger Locher, Chef des Brandenburger Folienherstellers Oräfol, warnt im „Spiegel“ (5. Oktober), dass die Wirtschaft „wieder in eine Planwirtschaft kippt“, auch wegen bürokratischer Vorschriften und Gesetze:

„Unsere letzte Baugenehmigung erforderte fast vier Jahre, im Vergleich zu vier Wochen in den USA. Unser Wettbewerb bedankt sich für das Tempo deutscher Amtsstuben. Wir hätten nach dem Zweiten Weltkrieg kein Wirtschaftswunder erlebt, wenn wir beim wirtschaftlichen Aufbau oder der wirtschaftlichen Entwicklung solche Zeithorizonte wie heute gehabt hätten.“

Ute Oelker empört sich auf NIUS.de (13. Oktober) über den Bundeskanzler in der RTL-Sendung „Am Tisch mit Olaf Scholz“, bei dem dieser auf den Vater eines Opfers islamisch motivierter Messergewalt traf:

„Es ist in Ordnung, dass ich mich über den Kanzler ärgere ... Aber mich für ihn und wegen ihm zu schämen oder schämen zu müssen, ist indiskutabel. In so einer Situation erwarte ich vom Bundeskanzler, dass er auf menschliche und empathische Weise mit dem Vater einer ermordeten Tochter echtes Beileid zeigt ...“

Marc Felix Serrao spricht in der „NZZ“ (7. Oktober) Klartext zur Erlaubnis der Anti-Israel-Demonstrationen in Deutschland.

„Die Deutschen lassen die Juden im Stich: Das Land der Nachfahren der Täter ist auch heute kein sicherer Hafen. Ein Menschenalter nach dem Terror der Nazis müssen sich Juden in Deutschland wieder davor fürchten, als Juden erkannt zu werden. Das ist die Lage. Sie ist zum Schämen.“

● WORT DER WOCHE

„Der Witz der Woche – eine Behörde wird aufgebaut, um bürokratische Hürden abzubauen.“

Hendryk M. Broder, Kolumnist auf „Welt TV“ am 10. Oktober, dass die Bundesnetzagentur eine Meldestelle gegen vermeintliche Propaganda auf Sozialen Medien zugelassen hat

DER WOCHENRÜCKBLICK

Märchenland im Phrasennebel

Über Tage der Wahrheit, die zeigen, was die Verheißungen der „Ampel“ im Ernstfall wirklich wert sind

VON REINHARD MOHR

Manchmal möchte man ausrufen: „Völker der Welt, schaut auf dieses Land!“ Entgegen allen Unkenrufen entwickelt es sich prächtig. Zumindest formulierte es Robert Habeck, Vizekanzler und Wirtschaftsminister, der es wissen muss, in der vergangenen Woche so: „Ich habe das Land in Fahrt gebracht wie kein anderer Wirtschaftsminister zuvor!“ Diese Form der Bescheidenheit und Demut erinnert an Gesundheitsminister Karl Lauterbach, der in seinem unverwechselbaren rheinischen Singsang jüngst zum Besten gab, Olaf Scholz sei „der beste Kanzler, den wir je hatten“.

Kenner der Berliner Szene behaupten felsenfest, dass er dabei nicht unter dem Einfluss der Cannabis-Pflanze stand, deren Legalisierung freilich die marokkanische Drogenmafia zu überzeugten Fans der Ampelregierung werden ließ. In deren Kreisen ist die Freude über die staatlich angeordnete Ausweitung des Drogenmarktes groß – Holland, woher sie meist kommen, dient als leuchtendes Vorbild.

Was war dagegen schon Ludwig Erhards „Wirtschaftswunder“?!

Die Politik der Ampel trägt Früchte

Derweil zeichnet sich das neue „grüne Wirtschaftswunder“ (Olaf Scholz) schon am Horizont ab: Die Autoproduktion bricht ein, Unternehmer verlagern ihre energieintensive Produktion ins Ausland, die Zahl der Insolvenzen steigt – insgesamt ein phantastischer Zugewinn an Umweltschutz und nachhaltigem ökologischen „Down-Sizing“, zu Neudeutsch „Degrowth“. Kein Wunder: Vom Wirtschaftsexperten Habeck haben wir ja gelernt, dass niemand insolvent werden muss, wenn die Produktion aufhört. Irgendwie geht es immer weiter im Märchenland Deutschland, wo die nachhaltige Produktion von Phrasen, Narrativen und ideologischen Nebelschwaden niemals pleitegeht. Man muss nur fest daran glauben.

Der Baron von Münchhausen, Felix Krull und Quax, der Bruchpilot sowie andere Hochstapler scheinen sich dabei die Hand zu geben, und noch im freien Fall verspricht der Bundeskanzler unerschütterlich: „You'll never walk alone!“ (was auf Deutsch „Du gehst niemals allein“ heißt, aus seinem Mund jedoch für viele Wähler nicht unbedingt wie

ein Versprechen klingen dürfte). Dass immer weniger mitgehen wollen und die Kanzlerpartei bei 15 Prozent Wählerpotential (in Sachsen und Thüringen knapp über fünf Prozent) herumdümpelt, macht nichts. Denn die nächste „Erzählung“ wartet schon:

Friedrich Merz, gemäß Mainstream-Publizistik herzloser neoliberaler Blackrock-Millionär und skrupelloser Privatflieger, will sich nur um die „Besserverdienenden“ kümmern, den Sozialstaat abbauen und die Renten kürzen. Angesichts dieser reaktionären Ungeheuerlichkeiten haken sich die Sozialdemokraten unter und planen die stärkere Besteuerung der „Reichen“ sowie die Verteilung der so gemachten Beute an die Armen.

Dass zu Letzteren auch viele illegal eingereiste, ausreisepflichtige Migranten gehören, die nach dreijährigem Durchhaltevermögen mit Rechtsbeistand, Pro Asyl und bürokratischem Verhinderungsirrsinn der Abschiebebehörden automatisch „Bürgergeld“ inklusive Miet- und Heizungskosten beziehen, wagt nur jemand wie FDP-Vize Wolfgang Kubicki als „hellen Wahnsinn“ zu bezeichnen.

In derselben Millisekunde hört man im Hintergrund das nächste Rumpel-Narrativ „Populismus auf dem Rücken der Ärmsten!“ heranknattern, ein linker Abwehrreflex, der immer stärker wird, je mehr die Wirklichkeit durch die Ritzen der politisch-medialen Blase dringt. Plötzlich erscheint Cem Özdemir als „völkischer Rassist“, nur weil er endlich einmal über muslimisch-arabische Frauen- und Schwulenverachtung geredet hat – ähnlich wie Kevin Kühnert, der sich erst kurz vor seinem Rücktritt traute, ein paar Dinge beim Namen zu nennen.

Das Gegenteil von Wahrheit

Viel lieber philosophiert man in der deutschen Märchenrepublik über „feministische Außenpolitik“, auch wenn sie nicht einmal in Spurenelementen erkennbar ist – abgesehen von Gender-Kursen in Afrika. En vogue sind auch apodiktische Behauptungen, die das gerade Gegenteil der Wahrheit sind – ob „Abschiebungen im großen Stil“ oder „Antisemitismus hat keinen Platz in Deutschland!“ Niemals, seit Hitler im Führerbunker sein elendes Leben aushauchte, hatte die Judenfeindschaft so viel Platz in Deutschland wie in diesen Tagen.

Märchenhaft auch das Mantra, „Israels Sicherheit“ sei deutsche „Staatsräson“. „Nitschewoi!“, sagt da der alte Römer.

Irgendwie geht es immer weiter im Märchenland Deutschland, wo die nachhaltige Produktion von Phrasen, Narrativen und ideologischen Nebelschwaden niemals pleitegeht



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de